

Niedersachsen. Unsere Heimat. Unsere Zukunft.

Landeswahlprogramm des
Landesverbandes Niedersachsen der
Alternative für Deutschland



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Stichworte	3
I. Präambel – wofür wir stehen	11
II. Unsere Grundwerte	12
III. Politische Inhalte der AfD Niedersachsen	14
1. Bürgerrechte stärken – Volksabstimmungen erleichtern	14
2. Finanzielle Unabhängigkeit für Land und Gemeinden	17
3. Die Verwaltung dient dem Bürgerwohl	20
4. Wirtschaft stärken – Beschäftigung fördern	22
5. Infrastruktur modernisieren und ausbauen	29
6. Energieversorgung in Niedersachsen	31
7. Unsere Landwirte schützen – Höfesterben beenden	34
8. Der AfD-Sozialpakt	39
9. Arbeit schafft Wohlstand	42
10. Die Familien sind das Herz und die Zukunft unserer Nation	46
11. Gesundheitsversorgung sichern – Strukturen modernisieren	50
12. Bildung ist Zukunft – unser Bildungssystem wiederaufbauen	56
13. Kultur und Wissenschaft	61
14. Den Rechtsstaat schützen und die innere Sicherheit stärken	65
15. Massenzuwanderung stoppen – unsere Identität schützen	71
16. Verbrechen bekämpfen – Demokratie schützen	73
17. Die Europolitik gefährdet unseren Wohlstand	79
18. Die Bundeswehr ist uns in Niedersachsen willkommen – wir stehen hinter unserer Bundeswehr	80

Stichworte

Inhaltsverzeichnis	2
Stichworte	3
I. Präambel – wofür wir stehen	11
II. Unsere Grundwerte	12
1. Mehr Direkte Demokratie in Niedersachsen	12
2. Gewaltenteilung wiederherstellen	12
3. Rechtsstaatlichkeit durchsetzen	12
4. Soziale Marktwirtschaft – Freiheit und Verantwortung	12
5. Föderalismus umsetzen	12
6. Subsidiarität – das Grundprinzip	12
7. Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur	13
8. Wir sind alle Niedersachsen	13
III. Politische Inhalte der AfD Niedersachsen	14
1. Bürgerrechte stärken – Volksabstimmungen erleichtern	14
9. Das Instrument der Volksabstimmungen stärken	14
10. Kommunale Selbstverwaltung stärken und ausbauen	14
11. Zurück zur Gewaltenteilung in Niedersachsen	14
12. Wahlverfahren den Vorgaben der Landesverfassung anpassen	15
13. Parteienfinanzierung deckeln und den Landtag verkleinern	15
14. Benachteiligung der kleineren kommunalen Fraktionen aufheben	15
15. Wahlverfahren den Vorgaben der Landesverfassung anpassen	15
16. Stellen im öffentlichen Dienst fair ausschreiben	15
17. Fraktionszwang beenden	15
18. Den Einfluss von Interessengruppen wirksam einschränken	16
19. Transparente Gesetze mit Erfolgskontrolle und Verfallsdatum	16
20. Kein Übermaß von Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Landtag	16
2. Finanzielle Unabhängigkeit für Land und Gemeinden	17
21. Föderalismus und Gemeinschaft stärken	17
22. Die Finanzhoheit der Kommunen stärken	17
23. Für ein transparentes und gerechtes Steuersystem	17
24. Steuerpflicht für alle Gewinne und Einkommen durchsetzen	17
25. Bisherige Förderpraxis beenden	17
26. Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben	18
27. An Kommunen übertragene Aufgaben vollständig finanzieren	18
28. Schuldenbremse konsequent umsetzen	18
29. Straßenausbaubeiträge landesweit abschaffen	19
30. Eigentümerland Niedersachsen	19
31. Grundsteuer: keine Neuregelung zu Lasten der Bürger	19
32. Vereinfachung bei Ertrags- und Umsatzsteuer	19
3. Die Verwaltung dient dem Bürgerwohl	20
33. Effektiv zum Wohle der Bürger	20
34. Gesetze und Vorschriften auf den Prüfstand stellen	20

35. Entscheidungskompetenz der Verwaltung stärken	20
36. Das niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung rückabwickeln	20
37. Förderungsblase beenden	20
38. Verwaltung in der Fläche stärken	21
39. Chancen der Digitalisierung nutzen	21
40. Verfahren beschleunigen – Planungssicherheit schaffen	21
41. Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen	21
42. Steuerverschwendung und unkontrollierte Ausgaben vermeiden	21
43. Keine politischen Beamten in Behörden des Landes und der Kommunen	21
4. Wirtschaft stärken – Beschäftigung fördern	22
44. Die Soziale Marktwirtschaft	22
45. Corona-Maßnahmen: Folgen entschädigen	22
46. Kleine und Mittlere Betriebe fördern – nicht vorrangig Großkonzerne	22
47. Industriestandort Niedersachsen sichern	22
48. Investitionen fördern	23
49. Landesbeteiligung bei VW erhalten	23
50. Wirtschaft und Hochschulen stärken	23
51. Den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft stoppen	23
52. Störung von Lieferketten vorbeugen – Produktion nach Niedersachsen zurückholen	24
53. Bürokratieabbau sichert und schafft Arbeitsplätze	24
54. Schluss mit Bevormundung – freie Unternehmer	24
55. Benachteiligung beseitigen – Gleichmacherei beenden	24
56. Schluss mit EU-Vergaberichtlinien – einheimische Betriebe zuerst	24
57. Wirtschafts- und Exportförderung als Anschubhilfe mit Erfolgskontrolle	24
58. Betriebe weiterführen und Neugründungen unterstützen	25
59. Klare Herkunftsangaben auf Produkten	25
60. Keine Sanktionen zu Lasten unserer Wirtschaft	25
61. Unabhängige und kostengünstige Energieversorgung	25
62. Regionale Bankeninfrastruktur erhalten	26
63. Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten	26
64. Wohneigentumsquote erhöhen	26
65. Wohnraumangel nicht durch Massenmigration verschärfen	26
66. Mieten staatlicherseits nicht zusätzlich in die Höhe treiben	26
67. Neubau statt mehr Mangelverwaltung	27
68. Wohnungsneubau erleichtern und attraktiver machen	27
69. Mehr Wohngeld	27
70. Mieten und Wohnungsbau nicht durch neue Vorschriften zusätzlich verteuern	27
71. Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt	27
72. IHK und Handwerkskammer neu ordnen	28
73. Reserven aktivieren und besser qualifizieren	28
74. Fachkräfte stärken	28
75. Das duale System als zentrale Säule der Ausbildung stärken	28

5. Infrastruktur modernisieren und ausbauen	29
76. Verkehrsinfrastrukturaufgaben an die Einnahmen koppeln	29
77. Dauerbaustellen vermeiden – Aufträge intelligent ausschreiben	29
78. Schluss mit ideologischer Verkehrspolitik	30
79. Straßen und Schienen im Staatseigentum	30
80. Transrapid statt Lastenfahrrad	30
81. Bahn modernisieren – Engstellen beseitigen	30
82. Pendlerpauschale erhöhen	30
83. Strafen des Bußgeldkataloges sind vielfach unverhältnismäßig	30
6. Energieversorgung in Niedersachsen	31
84. Die bisherige Klimaschutzpolitik ist falsch	31
85. Der „Green Deal“ dient nur der Kapitalverschiebung	31
86. Der weitere Ausbau der sog. „Erneuerbaren“ ist keine Lösung	31
87. Günstige Lebensmittel haben Vorrang vor teurem Ökostrom	32
88. Keine Ausnahmen für EEG-Anlagen	32
89. EEG abschaffen – Stromnetze wieder stabilisieren	32
90. Elektromobilität ist Marktsache	32
91. Kernenergie als verlässlichen Grundlaststromproduzenten beibehalten	33
92. Forschung und Entwicklung der Kernenergietechnik wieder aufnehmen	33
93. Ein geologisches Endlager wird nicht benötigt	33
94. Fossil befeuerte Kraftwerke bleiben unverzichtbar	33
7. Unsere Landwirte schützen – Höfesterben beenden	34
95. Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft	34
96. Regionalisierung und Direktvermarktung fördern	34
97. Der Bodenspekulation entgegenwirken	35
98. Heimische Landwirtschaft erhalten	35
99. Der „Green Deal“ ist ein schlechter Deal	35
100. Verschärfte Düngeverordnung sofort abschaffen	35
101. Moderne Technik nutzen, um unsere Betriebe für die Zukunft zu stärken	35
102. Rücknahme der Änderung der EU-Förderung	35
103. Weidetiere schützen statt Risse von Raubtierrudeln honorieren	36
104. Schweinemarkt in Deutschland retten, totalen Strukturbruch verhindern	36
105. Versorgungslage mit Milch für die Bevölkerung sichern	36
106. Wettbewerb bei Molkereien erhalten – Kleinbetriebe schützen	36
107. Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben	36
108. Tiertransporte reduzieren	37
109. Wir erkennen den positiven Wert der Jagd an	37
110. Naturschutz statt sogenanntem „Klimaschutz“	37
111. Die Gängelung der Forstwirtschaft beenden	37
112. Natur- und Landschaftsschutz gewährleisten – Flächenausweitung stoppen	37
113. Unsere Fischer wirksam unterstützen	38
114. Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen	38
115. Tourismus in ländlichen Regionen fördern	38
116. Ferien auf dem Bauernhof stärken, effizient fördern und vermarkten	38

8. Der AfD-Sozialpakt	39
117. Das Wertvollste in Niedersachsen sind seine Menschen	39
118. Hartz IV muss dringend verbessert werden	39
119. Gute Arbeit, guter Lohn, gute Rente	39
120. Steuern und Abgaben insbesondere auf Löhne senken – Leistung muss sich lohnen	39
121. Steuerfreigrenzen für kleine Einkommen und Renten erhöhen	40
122. Doppelbesteuerung der Renten beenden	40
123. Nur Sachleistungen für ausreisepflichtige Ausländer	40
124. Das Eigentum unserer Bürger schützen und mehren	40
125. Armutsgefährdung auf dem höchsten Stand	40
126. Kleinkindbetreuung durch Eltern und Großeltern fördern	41
127. Die Mittelschicht ist die Basis unserer Demokratie	41
128. Pflegesituation in Niedersachsen verbessern	41
9. Arbeit schafft Wohlstand	42
129. Die AfD fordert ein Ende der geschönten Arbeitslosenstatistik	42
130. Keine Gleichstellung von Personen mit langer Erwerbsbiografie und Zuwanderern	42
131. Leiharbeit angemessen entlohnen	42
132. Mindestlohn stärken	43
133. Qualifikation statt Alimentierung	43
134. Eingliederung und Weiterbildung gezielt fördern	43
135. Neustart nach Kindererziehung erleichtern	43
136. Eltern/Frauen, die Kindererziehung leisten, dürfen nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung benachteiligt werden	43
137. Über eine Million Langzeitarbeitslose sind zu viel	44
138. Ältere Arbeitnehmer gehören nicht aufs Abstellgleis	44
139. Das Potenzial älterer Arbeitnehmer optimal nutzen	44
140. Aktualität gemeldeter offener Stellen der Jobbörse der Arbeitsagentur	44
141. Abwanderung von Fachkräften entgegenwirken – Zuwanderung Geringqualifizierter stoppen	44
142. Arbeitsmarktpolitik verbessern	45
143. Jugendarbeitslosigkeit senken – Abschlussquote für Schule und Ausbildung erhöhen	45
10. Die Familien sind das Herz und die Zukunft unserer Nation	46
144. Für den Erhalt der Familie als Grundpfeiler unserer Gesellschaft	46
145. Übergriffe des Staates in die Familien verhindern	46
146. Die Familie aufwerten und sichern	46
147. Familien finanziell entlasten	46
148. Bezahlbarer Wohnraum für Familien	46
149. Hebammenberuf unbedingt erhalten	47
150. Ehe stärken – Trennungsfolgen mindern	47
151. Alleinerziehende Eltern unterstützen	47
152. Familienstrukturen generationsübergreifend stärken	48
153. Bewegung unserer Kinder fördern und Familien unterstützen	48
154. Die Gefahren der „Virtual Reality“ für unsere Jugend ernstnehmen	48
155. Frauen unterstützen – ungeborenes Leben schützen	48
156. „Gender Mainstreaming“ keine Plattform geben	48

157. Frühsexualisierung unserer Kinder verhindern	49
158. Kinder brauchen Bindung	49
159. Corona-Impfpflicht für unsere Kinder verhindern	49
11. Gesundheitsversorgung sichern – Strukturen modernisieren	50
160. Gesundheit ist keine Ware	50
161. Mehr lokale Gesundheitszentren	50
162. Hebammen aktiv unterstützen	50
163. Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln	50
164. Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung	50
165. Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern	51
166. Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache	51
167. Besser versorgen	51
168. Den Kommunen die Durchführung von Prävention ermöglichen	51
169. Bewegung und sportliche Betätigung sind fester Teil des Lebens	52
170. Pflegefachkräftemangel beheben statt beklagen	52
171. Fachleute in die Aufsichtsgremien	52
172. Antibiotikastrategie forcieren	52
173. Keine Impfpflicht	52
174. Palliativmedizin ausbauen	53
175. Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld	53
176. Stationäre Pflege durch klare Fokussierung verbessern	53
177. Pflegeberufe stärken	54
178. Den Rettungsdienst wieder zur schnellen Hilfe machen	54
179. Mehr Unabhängigkeit von Importen – auch in der Medizin	54
180. Abrechnungssystem patientenfreundlich reformieren	55
12. Bildung ist Zukunft – unser Bildungssystem wiederaufbauen	56
181. Schule. Aber normal. Für ein leistungsorientiertes Schulsystem und eine ideologiefreie Bildung	56
182. Ideologiefreie Bildung	56
183. Inklusion nur mit Augenmaß	56
184. Ganztage als Ausnahme	57
185. Digitalisierung vorantreiben	57
186. Werte und Integration in der Schule fördern	57
187. Ethikunterricht statt Religionsunterricht	58
188. Kopftuchverbot im Unterricht	58
189. Die Hauptfächer stärken	58
190. Schule normal trotz Corona	59
191. Gendern abschaffen	59
192. Schule ohne politische Indoktrination	59
193. Berufliche Bildung stärken	60
13. Kultur und Wissenschaft	61
194. Deutsche Sprache fördern und bewahren	61
195. Kultur in Bräuchen und Denkmälern erhalten	61
196. Heimat und Industriemuseen sind ein lebendiger Teil unserer Geschichte	62
197. Musik und Kunst mit klassischem Schwerpunkt	62

198. Medien müssen politisch unabhängig sein	62
199. Verkleinerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	63
200. Abschaffung der Zwangsgebühr	63
201. Rundfunkräte direkt wählen	63
202. Entflechtung von „privatem“ Rundfunk und Pressekonzernen	63
203. Wissenschaft und Forschung, die wirklich frei sind	64
14. Den Rechtsstaat schützen und die innere Sicherheit stärken	65
204. Unabhängigkeit des Verfassungsschutzes herstellen	65
205. Waffengesetz (WaffG) und die Angst des Staates vor den Bürgern	65
206. Keine weitere Verschärfung für Sportschützen, Jäger und Waffensammler	65
207. Linke Gewalt entschieden bekämpfen	66
208. Stärkung unserer Polizei in Niedersachsen	66
209. Feuerwehren ausbauen und verstärken	67
210. Unsere Rettungsdienste wichtig und schützenswert	67
211. Verbesserung des Katastrophenschutzes	68
212. Wieder Nahrungsmittelvorräte für den Krisenfall bereithalten	68
213. Alarmierung von Einsatzkräften und Bevölkerung	69
214. Für ein freies Netz	69
215. Sport ist eine Investition in die Zukunft unserer Bürger	69
15. Massenzuwanderung stoppen – unsere Identität schützen	71
216. Niedersachsen ist kein Einwanderungsland	71
217. Die Massenzuwanderung erfolgt in die Sozialsysteme	71
218. Verfassungswidrige Zuwanderung beenden	71
219. Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen	72
220. Einschränkung der Pull-Faktoren	72
16. Verbrechen bekämpfen – Demokratie schützen	73
221. Für einen konsequenten Strafvollzug	73
222. Maßregelvollzug verschärfen – Resozialisierung nicht zu Lasten der Sicherheit	73
223. Die politische Freiheit schützen	73
224. Wiederherstellung des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit	73
225. Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte sichern	74
226. Jugendstrafjustiz beschleunigen, damit sie erzieherisch wirkt	74
227. Jugendstraftäter nachhaltig resozialisieren	75
228. Die Streitschlichtung neu ordnen – Gerichte entlasten	75
229. Der Schutz der Bürger hat Vorrang	75
230. Schluss mit geschönten Statistiken	76
231. Mehr Personal für die Justiz	76
232. Personal im Strafvollzug richtig einsetzen	76
233. Größere Realitätsnähe der Strafjustiz herstellen	77
234. Recht sprechen – kein Bonus für Prominente und Reiche	77
235. Effektivität im Justizsystem wiederherstellen	77
236. Opfer- und Zeugenschutz ausbauen; Schutz der Richter	77
237. Opferanwälte für Nebenkläger	77
238. Keine kulturellen und religiösen Vorbehalte – kein Scharia-Recht auf deutschem Boden	78

239. Keine Staatsverträge mit den islamischen Verbänden	78
240. Keine Gendersprache in der Justiz	78
241. Einfach gelagerte Strafverfahren zeitlich straffen	78
17. Die Europolitik gefährdet unseren Wohlstand	79
242. Schluss mit der Inflationierung unseres Geldes durch die EZB	79
243. Bargeld muss weiter vollumfänglich Zahlungsmittel bleiben	79
244. Ende der Finanzierung Südeuropas durch Target 2-Schulden	79
245. Enteignung der deutschen Sparer stoppen	79
18. Die Bundeswehr ist uns in Niedersachsen willkommen – wir stehen hinter unserer Bundeswehr	80
246. Streitkräfte sind wesentlicher Ausdruck staatlicher Souveränität	80
247. Die Bundeswehr ist traditionell wichtig für Niedersachsen	80
248. Krieg ist kein Mittel der Politik	80

I. Präambel – wofür wir stehen

In unserem Programm für Deutschland haben wir die Verortung der Alternative für Deutschland im politischen Spektrum festgelegt:

- ▶ **Wir sind Liberale und Konservative**
- ▶ **Wir sind freie Bürger unseres Landes**
- ▶ **Wir sind überzeugte Demokraten**

Auf dieser Basis vereinen wir Bürger aus allen gesellschaftlichen Bereichen unserer Nation und vertreten die Interessen des deutschen Volkes im Sinne unseres Grundgesetzes. Wir sind überzeugte Demokraten und stehen auf dem Wertefundament unserer Kultur und Tradition: Im Bewusstsein und in der Wertschätzung unserer langen Geschichte, unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer natürlich gewachsenen Sprache wollen wir unsere landsmännische Kultur bewahren und eine bessere Zukunft für unser Land Niedersachsen gestalten.

Wir sind die Partei der Freiheit und der Eigenverantwortung, unterstützen aber alle Mitglieder unserer Solidargemeinschaft, die diese nicht wahrnehmen können. Wir stehen im Geiste der Aufklärung, fördern wissenschaftliche Erkenntnisse und stellen sie in den Dienst des Gemeinwohls, dem wir uns verpflichtet fühlen. Die Wissenschaft steht über der Ideologie.

Wir sind davon überzeugt, dass die größtmögliche, verantwortungsvoll genutzte persönliche und wirtschaftliche Freiheit unserem Wohlstand am besten dient. Außerhalb der staatlichen Kernaufgaben wird jeder Euro, der im Vermögen des Bürgers verbleibt, innovativer und kreativer investiert, als durch die Hand jedweder öffentlichen Verwaltung.

Die Politik der Altparteien hingegen hat sich in den letzten Jahrzehnten konsequent gegen die tragenden Säulen unserer Gesellschaft gerichtet: Selbstständige, Facharbeiter und Familien werden durch die derzeit noch tonangebende Klasse aus Politik, Medien, Kirchen und Gewerkschaften vernachlässigt oder geradezu verachtet: Die Bürger sollen arbeiten, zahlen und schweigen. Ihre Einkommen werden durch Steuern und Abgaben abgeschöpft, ihre Ersparnisse verschwendet, ihre Zukunft verspielt. Und das Grundgesetz wird unter dem Mantel von Verordnungen systematisch umgangen. Wer Missstände beim Namen nennt, wird von selbsternannten Moralisten diffamiert und zum Schweigen gebracht.

Wir beugen uns diesen Denk- und Sprechverboten nicht. Deshalb wollen wir eine sachliche und vernunftorientierte Diskussionskultur wiederherstellen. Politisches Handeln muss sich am Sachinteresse der Bürger statt an weltfremden, ideologischen Vorgaben orientieren. Als Partei freier und verantwortungsbewusster Bürger aus der Mitte der Gesellschaft setzen wir uns für einen nachhaltigen Wandel der Politik und für eine grundlegende Erneuerung der Demokratie ein. Hierbei wollen wir die Verantwortung nicht immer weiter zentralisieren, sondern, wo immer es möglich und sinnvoll ist, uns Bürgern zurückgeben. Dies ist das bewährte, aber von den Altparteien aufgegebenes Subsidiaritätsprinzip.

II. Unsere Grundwerte

Aufbauend auf die Positionierung in der Präambel unseres Grundsatzprogramms vertreten wir die nachfolgend aufgeführten Grundwerte, die auch Maßstab unserer Zielsetzungen auf Landesebene sind:

1. **Mehr direkte Demokratie in Niedersachsen**

Wir treten auf Landes- und Kommunalebene für die Direkte Demokratie ein. Als «Partei des gesunden Menschenverstandes» setzen wir auf das Urteilsvermögen und das Verantwortungsbewusstsein der mündigen Bürger.

Diese müssen bei allen wichtigen Entscheidungen ihrer Volksvertreter ein Mitsprache- oder Veto-recht haben, wie dies in der Schweiz der Fall ist.

2. **Gewaltenteilung wiederherstellen**

Wir wollen eine klare Gewaltenteilung auf allen Bundes- und Länderebenen. Jede Aufweichung der Gewaltenteilung ist zu verhindern oder zurückzunehmen. Die Justiz darf nur dem Grundgesetz und der Landesverfassung verpflichtet sein.

Die politische Einflussnahme wollen wir beenden. Mitglieder der Landesregierung dürfen nicht zugleich stimmberechtigtes Mitglied im niedersächsischen Landtag sein.

3. **Rechtsstaatlichkeit durchsetzen**

Die Freiheit des Einzelnen und der Schutz vor unverhältnismäßigen Eingriffen staatlicher Institutionen ist die Basis unseres Staatsverständnisses.

Wir setzen uns für einen schlanken Rechtsstaat ein und verschaffen dem Grundgesetz und der niedersächsischen Verfassung wieder uneingeschränkte Geltung.

4. **Soziale Marktwirtschaft – Freiheit und Verantwortung**

Die Umsetzung des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard hat zu einem in der Welt einmaligen wirtschaftlichen Wohlstand für alle in Deutschland geführt. Voraussetzung dafür ist ein Ordnungsrahmen für einen Wettbewerb mit klaren und gerechten Regeln, die allen Marktteilnehmern eine Chancen- und Leistungsgerechtigkeit ermöglicht. Die Freiheit und die Eigenverantwortung jedes Einzelnen sind wesentliche Bestandteile funktionierender Märkte.

Sämtliche über eine Ordnungspolitik hinausgehenden Staatseingriffe außerhalb seiner hoheitlichen Aufgaben sind ein Zeichen von Staatsversagen mit der Folge der Entmündigung der Bürger.

5. **Föderalismus umsetzen**

Wir wollen die staatlich notwendigen Aufgaben in Kommune, Land und Bund transparenter zuordnen. Denn nur unter dieser Voraussetzung können die Wähler die politisch Verantwortlichen für deren Entscheidungen sanktionieren.

6. **Subsidiarität – das Grundprinzip**

Um die Freiheit und Individualität zu gewähren, wollen wir das Subsidiaritätsprinzip bei der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben anwenden. Staatliche Aufgaben sind nur dann auf eine nächsthöhere Ebene zu übertragen, wenn dies für die Mehrheit der beteiligten Bürger von Vorteil ist. Mit dem Recht, diese Übertragung aufheben zu können.

Damit wollen wir der zunehmenden Entmündigung von Kommunen durch Land und Bund, aber auch der Länder durch den Bund entgegenreten.

7. Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur

Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen und stärken die Familien.

Wir machen unser Bildungssystem wieder so leistungsfähig, dass es den unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnissen der Schüler gerecht wird.

Wir werden unsere deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft und unsere gelebten Traditionen dauerhaft erhalten. Sie sind die Quelle des Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins unseres Volkes. Wir wollen, dass nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder und Enkel langfristig in unserem Land mit deutscher Mehrheit und mit deutscher Leitkultur leben können.

8. Wir sind alle Niedersachsen

Wir bewahren als Niedersachsen unsere landsmännische und kulturelle Identität. Wir wollen die vielfältige niedersächsische Kultur- und Naturlandschaft erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für uns und alle zukünftigen Generationen.

Wir stehen für ein Niedersachsen als ein starker Partner in einem Europa der Vaterländer und in der Welt. Die vielfältigen internationalen Beziehungen unseres Bundeslandes sind ein wichtiger Faktor für Kultur, Sport, Wissenschaft und Wirtschaft.

III. Politische Inhalte der AfD Niedersachsen

1. Bürgerrechte stärken – Volksabstimmungen erleichtern

Nach der niedersächsischen Verfassung geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Diese wird in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Dabei wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung nur mit. Wir wollen diese rechtsstaatlichen Anforderungen erfüllen, indem wir nachfolgende Änderungen anstreben:

9. Das Instrument der Volksabstimmungen stärken

Direkte Demokratie bedeutet, dass sich die wahlberechtigten Bürger Niedersachsens sowohl auf Landesebene als auch kommunaler Ebene zwischen den Wahlen an der politischen Willensbildung des Landtags beteiligen, mitentscheiden oder selbst entscheiden können.

Auf Landesebene kann eine Volksinitiative von 70.000 (rd. 1,1 %) Wahlberechtigten verlangen, dass sich der Landtag mit einem Vorhaben befasst. Beim Volksbegehren haben 10 % (rd. 610.000) der Wahlberechtigten die Möglichkeit, dem Landtag einen Gesetzesentwurf vorzulegen oder ein bestehendes Gesetz ändern oder aufheben zu lassen. Sofern der Landtag diesem Entwurf nicht wesentlich folgt, ist ein Volksentscheid herbeizuführen. Dieser bedarf einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei mindestens 25 % (rd. 1.500.000) der Wahlberechtigten die Gesetzesvorlage befürwortet haben müssen.

Aufgrund dieser Hürden sind die bisherigen Regelungen in Niedersachsen wirkungslos. Daher wollen wir die jeweils erforderlichen Wählerstimmen bei der Volksinitiative auf 60.000 (rd. 1 %) und beim Volksbegehren auf 2,5 % (etwa 150.000 Wahlberechtigte) senken. Da es keine Mindestbeteiligung (Quorum) bei einer Landtagswahl gibt, lehnen wir dieses auch für Volksentscheide ab.

Diese Neuregelungen sollen zugleich ohne jede Einschränkung gelten, also auch für haushaltsrechtliche Entscheidungen aller Art. Nur unter diesen Voraussetzungen werden die Parlamente jede neue Verschuldung zu Lasten nachfolgender Generationen sorgfältiger abwägen. Darüber hinaus treten wir für verbindliche Volksentscheide (obligatorische Referenden) bei Verfassungsänderungen und bei jeder Übertragung oder Rückholung von Souveränitätsrechten ein.

10. Kommunale Selbstverwaltung stärken und ausbauen

Föderalismus heißt auch, regionale kulturelle Unterschiede zu wahren. Dies ist in Art. 29 Abs. 1 S. 1 GG niedergelegt. Wir werden daher die kommunale Selbstverwaltung ausbauen und stärken sowie die zunehmende Fremdbestimmung der Bürger durch Land, Bund und EU abbauen.

Wir setzen uns auch für ein Mitentscheidungsrecht der Gemeindevertretungen sowie aller Bürger in allen Belangen ein, welche die Gemeinden oder Landkreise unmittelbar berühren.

Die Bürger sollen selbst entscheiden dürfen, welche Leistungen sie mit welchem Steuerbetrag finanzieren wollen. Die Kosten für übertragene Aufgaben sind vollständig durch das Land, den Bund oder die EU zu übernehmen.

11. Zurück zur Gewaltenteilung in Niedersachsen

Wir wollen eine klare Gewaltenteilung. Jedwede Vermengung der drei Gewalten ist aufzulösen und dauerhaft zu unterbinden. Dies erfordert auch die Trennung von Amt und Mandat. Mitglieder der Exekutive dürfen nicht zugleich Mitglied der Legislative sein.

Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern aller Ebenen und Gerichtshöfe sowie von Staatsanwälten beenden und für die Zukunft ausschließen. Dazu ist die Selbstverwaltung auszubauen, indem wir einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat im Sinne des Modellvorschlags des Deutschen Richterbundes einrichten.

Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft werden wir beenden.

12. Wahlverfahren den Vorgaben der Landesverfassung anpassen

Nach der Niedersächsischen Verfassung sollen die Mitglieder des Landtages in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden.

Wir streben ein Wahlrecht wie auf kommunaler Ebene an, in der eine freie Listenwahl durch Kumulieren und Panaschieren möglich ist.

13. Parteienfinanzierung deckeln und den Landtag verkleinern

Sowohl die direkte als auch die indirekte Parteienfinanzierung sind zu deckeln. Dies betrifft Wahlkampfkostenerstattungen und Stiftungen. Über eine Veränderung – auch der Abgeordnetenentschädigungen – sollen die Wähler in Verbindung mit einer Landtagswahl entscheiden.

Das Parlament ist keine Versorgungsanstalt für „verdiente Parteimitglieder“. Daher lehnen wir die weitere Erhöhung der Abgeordnetenzahl des Landtages ab. Wir wollen stattdessen die Anzahl der Landtagsabgeordneten im Landtag reduzieren.

14. Benachteiligung der kleineren kommunalen Fraktionen aufheben

Im Ergebnis der Änderung des Berechnungsverfahrens für die Sitzverteilung und die Personalausstattung in Kommunalparlamenten durch das Kommunalverfassungsgesetz vom 13.10.2021 werden kleinere Fraktionen aktuell schlechter gestellt als zuvor.

Die AfD fordert wie im Landtag einen Oppositionszuschlag und die Rückkehr zum Hare/Niemeyer-Verfahren bei den Ausschussbesetzungen.

15. Wahlverfahren den Vorgaben der Landesverfassung anpassen

Zur Vermeidung von Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernden Strukturen und Lobbyismus fordern wir eine Amtszeitbegrenzung für Listenabgeordnete im Landtag auf höchstens vier Legislaturperioden. Diese Regelung gilt nicht für direkt gewählte Abgeordnete.

16. Stellen im öffentlichen Dienst fair ausschreiben

Gemäß dem Grundgesetz hat jeder Deutsche gleiche Zugangschancen zu jedem öffentlichen Amt. Wir werden durchsetzen, dass alle Besetzungen von Ämtern im öffentlichen Dienst und in öffentlich dominierten Unternehmen – insbesondere in Führungspositionen – über öffentliche Stellenausschreibungen transparent und nachprüfbar vorgenommen werden. Die Parteizugehörigkeit darf hierbei ebenso wenig ein Entscheidungskriterium sein wie das Geschlecht, das Alter oder eine ethnische Zugehörigkeit.

17. Fraktionszwang beenden

Die Mitglieder des Landtages sind gemäß Landesverfassung nur ihrem Gewissen unterworfen. Fraktionszwang oder Fraktionsdisziplin sind verfassungswidrig. Daher sollen auf Antrag einer Fraktion Abstimmungen in geheimer Wahl durchführbar sein.

18. Den Einfluss von Interessengruppen wirksam einschränken

Die Mitglieder des Landtages vertreten das ganze Volk. Wir wollen den Einfluss von Interessengruppen auf unsere Abgeordneten einschränken.

Wir fordern außerdem, dass alle Abgeordneten verpflichtet werden, die gleichen Korruptionspräventionsregeln wie die Beschäftigten der Landesverwaltung einzuhalten, sämtliche Interessenkonflikte anzuzeigen und alle Nebentätigkeiten in einem Register offenzulegen.

19. Transparente Gesetze mit Erfolgskontrolle und Verfallsdatum

Neue Gesetze ziehen meist eine Reihe zusätzlicher Verordnungen und Vorschriften auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen nach sich. Einerseits sichert dies die Umsetzung gesetzlicher Inhalte. Andererseits steigt dadurch die Komplexität des Verwaltungshandelns immer weiter an. Deswegen sollen gesetzliche Regelungen zukünftig eine zeitlich begrenzte Gültigkeit haben und erst nach Prüfung der Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit hinsichtlich des Regelungszieles unbefristet verabschiedet werden dürfen.

Im Rahmen der Erstellung von Gesetzesvorlagen ist öffentlich zu dokumentieren, welche Interessengruppen oder Experten an deren Erstellung beteiligt gewesen sind.

20. Kein Übermaß von Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Landtag

Gemäß Landesverfassung kann die Wählbarkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes zahlenmäßig beschränkt werden. Dieser Artikel soll bis auf weiteres angewendet werden.

Die Schlechterstellung der Selbstständigen und unselbstständig Beschäftigten gegenüber öffentlich Bediensteten, denen exklusiv das Ruhen ihres Dienstverhältnisses zusteht, ist ungerecht. Es hat zur Verbeamtung der Parlamente geführt.

2. **Finanzielle Unabhängigkeit für Land und Gemeinden**

21. **Föderalismus und Gemeinschaft stärken**

Wir als AfD setzen uns dafür ein, den Föderalismus und die Selbstbestimmung der Länder und Gemeinden zu stärken. Wir stehen zum Subsidiaritätsprinzip, wonach Aufgaben immer so weit nach unten delegiert werden, wie dies möglich und sinnvoll ist.

Dieses für die AfD sehr wichtige Prinzip staatlicher Organisation findet sich in allen Bereichen unseres Wahlprogramms wieder.

Wir wollen, dass zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Aufgaben klar getrennt und auch die Steuereinnahmen dementsprechend auf die verschiedenen Ebenen verteilt werden.

Zudem fordern wir, dass durch turnusmäßige Wirtschaftlichkeitsanalysen die Finanzierung übernommener Aufgaben überprüft wird. Diese Aufgabenkritik muss regelmäßig, mindestens aber einmal pro Legislaturperiode, vorgenommen werden.

22. **Die Finanzhoheit der Kommunen stärken**

Bei einer Neuordnung des Steuerrechts werden wir uns dafür einsetzen, dass Steuereinnahmen verstärkt der untersten Ebene zugesprochen werden, damit diese mehr und bürgernähere Entscheidungsspielräume bekommt.

Unsere Reformvorstellungen schließen auch die Gewerbesteuer und die Umsatzsteuer ein. Dass damit einhergehend auch die Verteilung der Einnahmen über die Ebenen neu geordnet werden muss, ist selbstverständlich und hat wie zuvor beschrieben aufgabenbezogen zu erfolgen.

Wir befürworten einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern und zwischen den Kommunen im Rahmen einiger Prozentpunkte, aber nicht außerhalb einheitlicher Gesetze und Regelungen.

23. **Für ein transparentes und gerechtes Steuersystem**

Wir wollen ein zukunftsweisendes Steuersystem in Deutschland. Wir sind bereit, dieses gemeinsam mit anderen Parteien und sachorientierten Organisationen, wie beispielsweise dem Bund der Steuerzahler, zu erstellen.

Ein eigenes Steuererhebungssystem für die EU lehnen wir kategorisch ab.

24. **Steuerpflicht für alle Gewinne und Einkommen durchsetzen**

Wir fordern eine Steuerpflicht für alle deutschen Staatsbürger, insbesondere auch für jene, die ihren Wohnsitz in die Schweiz, nach Monaco usw. verlegt haben. Zudem wollen wir, dass in Deutschland erzielte Gewinne künftig auch in Deutschland besteuert werden. Wir wollen daher internationale Steuerschlupflöcher schließen, die Verschiebung von Gewinnen unterbinden und dies insbesondere auch auf Ebene der EU durchsetzen.

25. **Bisherige Förderpraxis beenden**

Subventionen wirken auf Dauer wie eine Droge, die die Leistungsbereitschaft der Empfänger reduzieren und die Lasten der Mehrheit erhöhen.

Wir werden dafür sorgen, dass Subventionen reduziert, auf einen möglichst kurzen Zeitraum befristet und standardmäßig durch Wirtschaftlichkeitsanalysen überprüft werden. Zudem darf nur ein begrenzter und verantwortlicher Personenkreis die jeweiligen Bewilligungen erteilen oder Gelder freigeben.

26. Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben

Aktuell werden ideologische und religiöse Vereine häufig als gemeinnützig eingestuft, obwohl sie vollkommen einseitig und nicht selten gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung gerichtet agieren. Wir wollen die privilegierte Gemeinnützigkeit auf solche Vereine und Verbände beschränken, deren gesellschaftliches Interesse aus dem Grundgesetz abgeleitet werden kann und die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bejahen.

Mit uns gibt es keine Unterstützung mehr für:

- ▶ verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppen,
- ▶ Islamverbände,
- ▶ Gender Mainstreaming und sexuelle Vielfalt,
- ▶ Anti-Kapitalismus-Projekte,
- ▶ die Förderung illegaler Einwanderung,
- ▶ die Verhöhnung der Opfer von Straftaten durch „Täter-Opfer-Ausgleich“ etc.
- ▶ Werbung für die Legalisierung des Drogenmissbrauchs,
- ▶ Klimaschutzpropaganda

Wir sind nicht gegen gesellschaftlichen Pluralismus. Vielmehr sind wir Garanten dafür, dass jeder selbst entscheiden darf, wie er leben will, solange er anderen dieses Recht ebenfalls zubilligt und der Gesellschaft mit seinem Verhalten keinen Schaden zufügt. Anders zu sein, ist allerdings keine Rechtfertigung dafür, Geld vom Staat zu erhalten.

27. An Kommunen übertragene Aufgaben vollständig finanzieren

„Wer bestellt, bezahlt“. Wir wollen diesen im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Grundsatz konsequent zum Schutz der Kommunen anwenden.

Schon der 2019 geregelte Rechtsanspruch auf kostenlose Kinderbetreuung hat viele Kommunen an die Grenze der finanziellen Belastbarkeit geführt, da die Mehrkosten nicht vollständig durch den Bund und das Land finanziert wurden. Heute wird darüber hinaus schon der Rechtsanspruch auf kostenfreie Ganztagsbetreuung diskutiert. Da in den Kommunen das Personal für die Kinderbetreuung fehlt und selbst dieser Rechtsanspruch heute noch nicht überall erfüllt werden kann, werden damit viele Kommunen weiterhin alleingelassen.

Eine vollständige Kosten- und Kostenfolgeabschätzung ist in Niedersachsen nicht klar geregelt. Andere Bundesländer haben hierzu gesetzliche Regelungen wie ein Konnexitäts-Ausführungsgesetz erlassen oder Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden geschlossen. Wir fordern, diese Lücke zu schließen und den Kommunen einen aufgabengerechten Steueranteil zuzusprechen.

28. Schuldenbremse konsequent umsetzen

Eine Ausweitung von Aufgaben des Staates ist nur möglich, wenn diese durch Einnahmen oder Kreditaufnahmen gedeckt werden. Die seit 2019 in der Niedersächsischen Verfassung verankerte Schuldenbremse darf auch nach einem Regierungswechsel nicht aufgeweicht werden. Damit soll der Bürger vor einer weiter ausufernden Steuer- und Abgabenbelastung geschützt werden. Absurde Steuerideen wie eine „Bettensteuer“ oder eine Pferdesteuer lehnen wir ab.

29. Straßenausbaubeiträge landesweit abschaffen

In Niedersachsen sollen keine Straßenausbaubeiträge (Strabs) mehr erhoben werden. Die Art der Erhebung führt fallweise zu erheblichen finanziellen Belastungen der Anwohner. Von guten Straßen profitieren aber alle. Diese ungleiche Belastung gefährdet den sozialen Frieden der betroffenen Kommunen.

30. Eigentümerland Niedersachsen

Vor dem Hintergrund der rasant steigenden Immobilienpreise setzen wir uns für eine Senkung der Grunderwerbsteuer um einen Prozentpunkt ein. Der Ersterwerb eines selbstgenutzten Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung soll Grunderwerbsteuerfrei werden.

31. Grundsteuer: Keine Neuregelung zu Lasten der Bürger

Die Neuregelung der Grundsteuer in Niedersachsen lehnen wir ab. Das per Öffnungsklausel für Niedersachsen geltende Gesetz führt zu Mehrbelastungen für die Bürger. Die seitens der etablierten Parteien versprochene „Aufkommensneutralität“, wonach das Volumen der Grundsteuer durch die Neuregelung nicht steigt, wird es nicht geben.

32. Vereinfachung bei Ertrags- und Umsatzsteuer

Mit Blick auf die Umsatzsteuer streben wir eine Senkung und die Einführung eines einheitlichen Umsatzsteuersatzes an. Die bisherige Praxis, beispielsweise Babynahrung mit 19 % aber Hundekekse mit 7 % zu besteuern, wollen wir damit beenden. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass das Einkommensteuerrecht wesentlich vereinfacht wird.

3. Die Verwaltung dient dem Bürgerwohl

Die Verwaltung in Niedersachsen ist ein Baustein, um Dienstleistungen für den Bürger zu erbringen, die besser durch den Staat als durch den Markt bereitgestellt werden können. Wir stehen für eine schlanke und bürger-nahe Landesverwaltung.

33. **Effektiv zum Wohle der Bürger**

Verwaltungsentscheidungen dauern vor allem dort zu lange, wo Entscheidungen zum Wohle der Bürger und der Unternehmen gefragt sind.

Bürokratische Hemmnisse verzögern individuelles Handeln und schränken die Freiheit der Bürger ein. Die Einhaltung von Fristen für Entscheidungen muss daher künftig auch für die Verwaltung gelten. Dies bedeutet, dass bei Nichteinhaltung von Fristen die Genehmigung als erteilt gilt. Bearbeitungszeiten werden hierdurch planbar werden, was insbesondere auch Investitionsvorhaben der Wirtschaft zu Gute kommen wird. Das Widerspruchsrecht gegen Verwaltungsentscheide muss ohne Beschreiten des Klageweges grundsätzlich möglich sein. Um effektive Entscheidungen zu sichern, können neu zu schaffende Schiedsstellen einer Einbindung von Verwaltungsgerichten vorgezogen und damit die Gerichte selbst entlastet werden.

34. **Gesetze und Vorschriften auf den Prüfstand stellen**

Gewerbeaufsicht, Brandschutz und weitere Regelungen mit Berichts- und Dokumentationspflichten sollten ihrem wesentlichen Regelungsziel nach nicht dazu dienen, Unternehmen zu behindern oder Neugründungen zu verhindern. Leider ist aber genau dies in der aktuellen Ausgestaltung vielfach der Fall. Wir fordern daher, sämtliche Vorschriften prüfen, verschlanken und wenn möglich streichen zu lassen. Denn es gilt weiterhin der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

35. **Entscheidungskompetenz der Verwaltung stärken**

Wir werden die Anzahl der Verwaltungsebenen in Niedersachsen wie auch die Anzahl der Behörden reduzieren. Damit geht eine klare Aufgabenzuordnung und eindeutige Verantwortlichkeit einher.

36. **Das niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung rückabwickeln**

Das 2017 gegründete Ministerium wollen wir ersatzlos streichen. Es gibt keine separate Aufgabe, die außerhalb der von den übrigen Ministerien bereits wahrgenommenen Aufgaben durch dieses Ministerium wahrgenommen werden müsste.

Solange die Bundesrepublik Deutschland Zahlungen an die EU leistet, sollen von den übrigen Ministerien konsequent sämtliche mögliche Fördermittel ausgeschöpft werden, um zumindest einen Teil dieser leistungslosen und durch den EU-Bürokratismus deutlich reduzierten Zahlungen dem Land zukommen zu lassen.

37. **Förderungsblase beenden**

Auf Landesebene und darunter wollen wir für alle Förderungen festlegen, welche Behörde für einen Förderzweck einen Bewilligungsbescheid erstellen darf. Damit soll der Verwaltungsaufwand deutlich reduziert werden, da derzeit mehrere Verwaltungen für einen einzigen Förderzweck in der EU, dem Bund, dem Land, dem Kreis und der Gemeinden/Städte Bewilligungen vornehmen können.

38. Verwaltung in der Fläche stärken

Die beständige Aushöhlung der Autonomie der Kommunen durch Landesgesetze weisen wir entschieden zurück. Wir wollen die kommunale Eigenständigkeit verbessern und die Politik der permanenten Einmischung „von oben“ beenden.

39. Chancen der Digitalisierung nutzen

Die Digitalisierung interner Verwaltungsprozesse und die digitale Integration der Behörden untereinander soll weiter vorangetrieben werden, um einerseits die Mitarbeiter in den Behörden zu entlasten und Verwaltungsabläufe zu beschleunigen.

Zur Steigerung der Bürgernähe sollen die Behörden ihre digitalen Leistungsangebote für den Bürger weiter ausbauen und ihre Kommunikation, etwa in Schreiben und Veröffentlichungen, adressatengerechter gestalten. Der Bürger muss kostenfrei alle Informationen erhalten. Dies gilt auch für finanz- und haushaltsrechtliche Themen, denn Transparenz fördert die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen bei Steuer- oder Gebührenerhöhungen ebenso wie das Kostenbewusstsein auf der Ausgabenseite.

Wir werden uns für eine hochleistungsfähige Mobilfunk- und Netzinfrastruktur für alle Bürger und die Verwaltung einsetzen.

40. Verfahren beschleunigen – Planungssicherheit schaffen

Wir werden das öffentliche Bau- und Planungsrecht vereinfachen. Raumordnungs-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren müssen innerhalb weniger Monate rechtssicher durchgeführt werden können.

41. Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen

Öffentliche Bauprojekte müssen so geplant und ausgeführt werden, dass Kostensteigerungen weitestgehend vermieden werden, wie es in der Privatwirtschaft Standard ist. Hier ist professionelles Projektmanagement ohne beständige politische Eingriffe und Änderungen erforderlich.

42. Steuerverschwendung und unkontrollierte Ausgaben vermeiden

Die AfD fordert die Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung für Staatsdiener und Amtsträger. Diese müssen bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit haftbar gemacht werden können. Dies gilt, ähnlich wie in der Privatwirtschaft, bei der Geschäftsführerhaftung für Organisationsversagen. Die Kommunalaufsicht und die Rechnungshöfe sollten hierfür eine Ermittlungs- und Anzeigepflicht erhalten.

43. Keine politischen Beamten in Behörden des Landes und der Kommunen

Im öffentlichen Dienst muss die Qualifikation zählen und nicht das passende Parteibuch, Geschlecht oder ein Migrationshintergrund. So werden bislang politische Beamte häufig etwa als Polizeipräsidenten oder Oberstaatsanwälte eingesetzt, obwohl sie für die fachliche Führung ihrer Mitarbeiter ungeeignet sind. Wir fordern die vollständige Abschaffung politischer Beamter als Leiter von Landesbehörden.

4. Wirtschaft stärken – Beschäftigung fördern

Die Soziale Marktwirtschaft soll in der Krise anstelle der Notfall-Planwirtschaft beibehalten werden.

Die Freiheit muss durch die Soziale Marktwirtschaft gesichert werden.

Wir wollen uns nicht fremd bestimmen lassen.

44. Die Soziale Marktwirtschaft

Diese stellt nach dem Willen ihrer Vordenker Wilhelm Röpke, Walter Eucken und Alfred Müller-Armack sowie ihres politischen Umsetzers Ludwig Erhard die Alternative zu einer staatlichen Lenkungswirtschaft und dem reinen Wirtschaftsliberalismus dar. Der starke, aber zurückhaltende Staat im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft schafft mit einer durchgreifenden Ordnungspolitik die Rahmenbedingungen für eine faire Wettbewerbswirtschaft und sorgt für sozialen Ausgleich.

Die europapolitischen Utopien und ideologische Reglementierungen haben zu einer Instrumentalisierung und Gängelung der Wirtschaft geführt.

45. Corona-Maßnahmen: Folgen entschädigen

Die Erfahrungen mit den Corona-Maßnahmen während der Krise zeigen auf, dass eine Überregulierung der Wirtschaft durch Eingriffe des Staates zu einer Übersteuerung mit negativen Folgen führt.

Die Folgen der Corona-Maßnahmen haben in der Wirtschaft großen Schaden angerichtet, insbesondere bei Kleinbetrieben und in mittelständischen Unternehmen.

Bedingte Betriebsschließungen oder indirekte Zugangsbeschränkungen gegenüber Kunden und Mitarbeitern, die nicht geimpft sind, stellen einen Eingriff in die Gewerbefreiheit der Betriebe dar, der zu hohen finanziellen Einbußen für die Betroffenen führte und bis heute staatlicherseits nicht entschädigt wurde.

Die AfD fordert hier umgehend staatliche Leistungen und für die Fälle zukünftiger Einschränkungen zeitgleiche Regelungen zur Existenzsicherung sowie die volle Entschädigung gerade auch kleiner Betriebe und Selbstständiger.

Große Millionenhilfen aus deutschen Steuermitteln an ausländische Konzerne, welche in Deutschland keine oder kaum Steuern bezahlen, sind für die AfD nicht akzeptabel.

Im Gegensatz zu Bayern, wo die Landesregierung eine unkomplizierte und präventive Entschädigungsregelung umgesetzt hat, war die Ausgestaltung der Hilfen durch SPD und CDU in Niedersachsen absolut mangelhaft, wobei die übergeleiteten temporären Bundeshilfen zunächst sogar mitten in der Pandemie zurückgefordert worden sind!

46. Kleine und Mittlere Betriebe fördern – nicht vorrangig Großkonzerne

Eine Umsatzverlagerung von kleinen Betrieben vor Ort hin zu Großkonzernen, die über das Internet Geschäfte abschließen und in Deutschland, außer der Lohnsteuer, fast keine Steuern zahlen, werden hierdurch noch begünstigt.

Hier muss eine gezielte Besteuerung dieser Großkonzerne erfolgen und eine Reduzierung der Steuern für die regionalen Betriebe vor Ort in Niedersachsen.

47. Industriestandort Niedersachsen sichern

Die systematische Deindustrialisierung der letzten Jahrzehnte mit massiver Verlagerung ganzer Industriezweige in Länder mit niedrigeren Lohn- und Energiekosten sowie geringeren Umweltstandards ist zu stoppen. Dies gilt erst recht für das Programm der Dekarbonisierung mit seinen verheerenden

Auswirkungen auf Niedersachsen als Wirtschaftsstandort. Eine reine Fokussierung auf Veredelung und Dienstleistungen halten wir langfristig für sehr gefährlich.

Durch die aktuelle Politik von Landes- und Bundesregierung sind bis zu einer Million Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und deren Zulieferbetriebe in Deutschland bedroht. Der Verlust so vieler Arbeitsplätze würde die Existenz von Millionen Haushalten in Niedersachsen gefährden.

Die AfD fordert, dass die Bürger selbst entscheiden sollten, welche Energieträger sie z. B. beim Autofahren, Heizen etc. nutzen wollen.

48. Investitionen fördern

Es gilt daher, dem verarbeitenden Gewerbe und den mit ihm verbundenen Dienstleistern als Wachstumsmotoren ein investitionsfreundliches Umfeld zu schaffen. Die Sicherung der Industriestandorte und ihrer Wettbewerbsfähigkeit erfordert gerade in einem Hochlohnland wie Niedersachsen einen ständigen Wissens- und Technologievorsprung.

49. Landesbeteiligung bei VW erhalten

Von den rund 4,8 Mio. Arbeitnehmern in Niedersachsen sind über 10 % in den großen Industrieunternehmen unseres Bundeslandes beschäftigt. Darüber hinaus arbeiten viele Beschäftigte bei deren Zulieferbetrieben.

Wir bekennen uns deshalb ausdrücklich zu diesen strukturbestimmenden Unternehmen.

Die AfD wendet sich daher gegen jede Reduzierung der Beteiligung beim VW-/Porsche-Konzern.

50. Wirtschaft und Hochschulen stärken

Entwicklungen wie autonomes Fahren, E-Mobilität oder moderne Verkehrsleit- und Lenksysteme kündigen für die niedersächsische Automobil- und Verkehrsindustrie und ihre Zulieferer große technologische Umwälzungen an. Die AfD wird insbesondere die anwendungsbezogene Forschung aufwerten und die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen verbessern. Dadurch kann unsere Industrie im internationalen Wettbewerb weiter in Spitzenpositionen gehalten werden.

Wir werden berücksichtigen, dass die niedersächsische Verkehrsindustrie nicht nur aus VW besteht, sondern auch in den Bereichen Schienenfahrzeuge, Luftfahrt und Schiffbau aktiv ist.

Die Vergabe öffentlicher Fördermittel darf nicht nach politischer Ideologie erfolgen, sondern muss insbesondere den Gesichtspunkt eines möglichen wirtschaftlichen Nutzens berücksichtigen - Marktwirtschaft statt Planwirtschaft!

51. Den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft stoppen

Die AfD fordert international gleiche Bedingungen für ausländische Investoren und wendet sich entschieden gegen die Ungleichbehandlung in bestimmten Ländern. Wir sehen es als Missbrauch des freien Marktes an, wenn große Staatskonzerne im Namen ihrer Regierungen in Deutschland Firmen übernehmen oder staatlicherseits aus dem Ausland heraus gezielt Beteiligungs- und Unternehmenszukaufe gesteuert werden. Für Staaten, die Beschränkungen bei Kapitalbeteiligungen und Kapitalverkehr erlassen haben, sollen hier ebenfalls entsprechende Beschränkungen gelten.

Auch das System der Zerschlagung von Unternehmen mit dem Ziel der Mehrwerterzielung, wie es von einigen Finanzinvestoren betrieben wird, lehnen wir ab.

52. Störung von Lieferketten vorbeugen – Produktion nach Niedersachsen zurückholen

Um die Lieferketten im technologisch wichtigen Hochleistungssektor zu stabilisieren, sollten vor allem elektronische Bauteile und Pharmarohstoffe wieder verstärkt in Niedersachsen produziert werden. Die AfD fordert die Ansiedlung von Hochleistungsindustrie in Niedersachsen.

53. Bürokratieabbau sichert und schafft Arbeitsplätze

Die beste und zugleich preiswerteste Wirtschaftsförderung ist nach unserer Meinung eine Reduzierung des bürokratischen Aufwandes, sei es bei Investitionsprojekten, in der Buchhaltung oder bei Publizitätspflichten für kleine AGs. Wir werden bürokratische Vorschriften vereinfachen, wie z. B. zum Mindestlohn. Wir setzen uns dafür ein, wieder einen funktionierenden Arbeitsmarkt einzurichten. Das Prinzip von Angebot und Nachfrage führt dazu, dass Unternehmen gute Arbeitnehmer nur dann dauerhaft an sich binden können, wenn sie ihnen vorteilhafte Arbeitsbedingungen bieten.

54. Schluss mit Bevormundung – freie Unternehmer

Unternehmerischer Freiraum, egal, ob bei Produktion oder Investition, aber auch Lohnunterschiede bei unterschiedlicher Qualifikation sind wesentliche Merkmale einer leistungsfähigen Marktwirtschaft. Die AfD wendet sich daher strikt gegen die wachsende staatliche Bevormundung.

55. Benachteiligung beseitigen – Gleichmacherei beenden

Gerade im Hinblick auf kleine und mittlere Betriebe bzw. Behörden ist zwingend auf die Verhältnismäßigkeit des Aufwandes und der Kosten zu achten, z. B. bei Gleichstellungsbeauftragten. Wir halten es für äußerst problematisch, wenn kleinere Unternehmen das Ziel „professioneller“ Kläger werden. Daher gilt es, Missbrauchsmöglichkeiten auszuschließen und Abmahnvereine oder das ausufernde Verbandsklagerecht einzuschränken. Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz hat seinen Zweck verfehlt und ein unerträgliches Maß an bürokratischem Aufwand verursacht. Es ist daher ersatzlos zu streichen.

56. Schluss mit EU-Vergaberichtlinien – einheimische Betriebe zuerst

Gerade in strukturschwachen und ländlichen Räumen bieten kleine und mittlere Unternehmen überproportional viele Arbeitsplätze. Für diese Zielgruppe sind öffentliche Aufträge besonders wichtig. Der von der EU erzwungene Wettbewerb mit Anbietern aus Niedriglohnländern ist vielfach unfair: Reduzierte Sozial-, Umwelt- und Bestimmungsvorschriften, wie sie bereits bei unseren direkten EU-Nachbarn vorhanden sind, führen zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung zu Lasten unserer heimischen Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem untergräbt dieser Wettbewerb unser Lohnniveau und schadet damit den einheimischen Arbeitnehmern. Der Abfluss von Steuern und Abgaben aus der Region schadet zudem den öffentlichen Haushalten. Wir werden daher die Verpflichtung zur Anwendung der EU-Vergaberichtlinien auf staatliche Großvorhaben beschränken. Ferner wollen wir unsere einheimischen Betriebe steuerlich dadurch entlasten, dass wir die unsinnige „Energiewende“ in Deutschland beenden.

57. Wirtschafts- und Exportförderung als Anschubhilfe mit Erfolgskontrolle

Wir lehnen die Dauersubventionierung von Unternehmen ab. Im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung stellen wir die Förderung der mittelständischen Wirtschaft in Niedersachsen, vor

allem der kleinen und mittleren Betriebe, in den Vordergrund.

Ein Schwerpunkt sollte dabei auf der Erschließung neuer Märkte liegen, z. B. durch Gemeinschaftsstände an internationalen Messen, die Stärkung des Messestandorts Niedersachsen, internationale Kooperationen oder die Unterstützung bei der Erlangung behördlicher Genehmigungen im Ausland. Es gilt zudem nicht nur, Existenzgründungen durch Bürgschaften, Beratungshilfen etc. gezielter zu unterstützen und im Falle von Problemen bei der Unternehmensnachfolge Unterstützung anzubieten, sondern auch insolvenzbedrohten Unternehmen zu helfen oder sie in die Lage zu versetzen, an internationalen Ausschreibungen teilzunehmen.

58. Betriebe weiterführen und Neugründungen unterstützen

Die Sicherung von Arbeitsplätzen – ob im Zuge einer erfolgsversprechenden Sanierung oder durch die Weiterführung eines Betriebs – Vorrang vor einer Zerschlagung oder der Betriebsaufgabe haben. Hierzu werden wir die Existenzgründerberatung um die Bereiche Sanierungs- und Unternehmensnachfolgeberatung erweitern. Sonderförderungen und Sonderrechte für nichtdeutsche Bevölkerungsgruppen lehnt die AfD kategorisch ab.

59. Klare Herkunftsangaben auf Produkten

Erst die klare Herkunftsangabe auf allen Waren ermöglicht es dem Verbraucher, sich gezielt für regionale Waren zu entscheiden. Dies kann ohne Kosten zu einer Verringerung der Transportmengen beitragen und helfen, gerade die regionalen Betriebe zu stärken. Wir wollen die zunehmende Verwässerung des Markenzeichens „Made in Germany“ beenden. Hierzu werden wir den Mindestwertschöpfungsanteil in Deutschland angemessen erhöhen.

60. Keine Sanktionen zu Lasten unserer Wirtschaft

Wirtschaftssanktionen gegenüber anderen Ländern sind in der Regel nicht erfolgreich und schaden auch unserer Wirtschaft. Durch Sanktionen werden die gerade im Falle militärischer Konflikte ohnehin bestehenden Lieferengpässe noch verstärkt. Die AfD lehnt Wirtschaftssanktionen, welche nicht von den Vereinten Nationen beschlossen worden sind, kategorisch ab.

61. Unabhängige und kostengünstige Energieversorgung

Um mehr Unabhängigkeit von russischem Gas und Öl zu erreichen, müssen wir andere Lieferketten für unsere Energieversorgung finden. Flüssiggas- und Öllieferungen auch aus dem Iran und aus Venezuela können eine sinnvolle Alternative sein längerfristig die Abhängigkeit von russischen Lieferungen zu reduzieren. Generell darf aber auch der Kostengesichtspunkt wie aktuell beim teuren US-Flüssiggas im Vergleich zum billigen russischen Gas nicht völlig außer Acht gelassen werden. Handelsembargos gab es übrigens bisher fast nur auf Initiative der USA. Die staatlichen Eingriffe zu Gunsten oder zu Lasten bestimmter Energieträger vom Kohleausstieg bis zur massiven Subventionierung erneuerbarer Energien haben die Energieversorgung in Deutschland erheblich destabilisiert und sind sofort zu beenden

62. Regionale Bankeninfrastruktur erhalten

Regional verwurzelte Banken sind zur Versorgung der mittelständischen Wirtschaft mit Kapital und zur Abwicklung eines reibungslosen Geschäftsverkehrs in Niedersachsen unverzichtbar.

Wir wenden uns daher gegen die Schwächung der regionalen Kreditwirtschaft aus Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken und ihrer Spitzeninstitute durch aufsichtsrechtliche Beschränkungen von Seiten der EZB, die hierbei vornehmlich die Interessen der privaten Großbanken vertritt.

Banken mit staatlicher Beteiligung müssen Spekulationsgeschäfte untersagt sein, um das Haftungsrisiko für den Steuerzahler zu begrenzen.

63. Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten

Von der Nordseeküste über die Lüneburger Heide bis zu den Mittelgebirgen: Niedersachsen besitzt mit seiner abwechslungsreichen und naturnahen Landschaft einige der wichtigsten Urlaubsregionen Deutschlands. Die Zahl der Arbeitsplätze im Tourismus ist mehr als sechsmal so hoch wie im gesamten Bereich der „erneuerbaren Energien“ und doppelt so hoch wie in der Automobilbranche.

Die AfD sieht hier ein erhebliches Wachstumspotenzial, insbesondere bei Touristen aus dem Ausland.

64. Wohneigentumsquote erhöhen

Deutschland besitzt die mit Abstand niedrigste Wohneigentumsquote der EU. Wir wollen diese Quote erhöhen, indem wir den Erwerb einer Wohnung oder eines Hauses für den Normalverdiener und junge Familien erleichtern.

Insbesondere fordern wir Fördermaßnahmen für Familien mit Kindern sowie die umgehende Abschaffung der Wohnimmobilien-Kreditvergaberichtlinie.

65. Wohnraummangel nicht durch Massenmigration verschärfen

Der Wohnraummangel in Niedersachsen sorgt zunehmend für sozialen Sprengstoff. Auf der einen Seite fehlen bezahlbare Wohnungen, auf der anderen Seite werden die Mieten immer teurer, sodass bereits heute jeder fünfte Haushalt in Niedersachsen mehr als 40 % seines monatlichen Nettoeinkommens für die Miete aufbringen muss.

Mit nur knapp 54 % ist die Wohneigentumsquote in Niedersachsen verheerend niedrig.

Beide Entwicklungen beschleunigen die Verdrängung von Familien, Alleinerziehenden und Rentnern aus bestimmten Wohngebieten und führt immer mehr dazu, dass eine solide, soziale Durchmischung ganzer Bezirke nicht mehr gegeben ist. Flankiert und verstärkt wird dies durch einen weiter ungebremsten Migrationsdruck, der den Wohnraum in den letzten Jahren maßgeblich verknappert hat.

Wir fordern daher eine Zuzugsteuerung für Migranten nach dänischem Vorbild.

66. Mieten staatlicherseits nicht zusätzlich in die Höhe treiben

Da die Städte und Gemeinden in Niedersachsen für geflüchtete Menschen Wohnungen anmieten und dies teilweise zu Konditionen über dem normalen Mietpreisniveau, entsteht ein zusätzlicher Preisauftrieb und unfaire Konkurrenz auf dem Markt für Mietwohnungen. Dies trifft vor allem diejenigen Bürger, die eine Wohnung suchen und nicht staatlich alimentiert werden, sondern durch Arbeit ihr Einkommen erzielen.

Die Folge ist, dass Normalverdiener infolge staatlicher Eingriffe es immer schwerer haben, eine Wohnung anzumieten.

Die AfD fordert daher zusätzliche Anstrengungen der Politik, um auch deutschen Bürgern den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen.

67. Neubau statt mehr Mangelverwaltung

Mietendeckel und Mietpreisbremse schaffen keine neuen Wohnungen! Das Gegenteil ist der Fall: Investitionen in den Neubau werden weiter gebremst. Mit beiden Maßnahmen versuchen die Altparteien nur die Fehlsteuerung der letzten Jahre zu kaschieren.

Über viele Jahre wurden von der Politik Millionen von staatlichen Wohnungen an private Gesellschaften verschleudert, statt in den Neubau zu investieren. Der Einfluss kommunaler und staatlicher Wohnungsgesellschaften gerade auch auf die Preissetzung bei Mieten wurde durch die Politik praktisch völlig aufgegeben.

Die AfD fordert endlich wieder mehr Förderung des Wohnungsneubaus, wofür unterschiedliche Instrumente wie Baukindergeld, Erbbaurecht, Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften u. v. m. in der Vergangenheit mit Erfolg genutzt wurden.

Ein größeres Angebot bei Wohnungen wird automatisch auch zu mehr Wettbewerb um Mieter führen und damit den Mietenanstieg bremsen.

Davon leider unberührt bleibt natürlich die staatliche Mietpreisinfationierung als Folge neuer Vorschriften, z. B. im Zusammenhang mit der sogenannten „Klimapolitik“, welche die AfD ebenfalls klar ablehnt.

68. Wohnungsneubau erleichtern und attraktiver machen

Als langfristige Maßnahme zur Verbesserung des Wohnungsmarkts und als Bremse bei den Mietsteigerungen muss Niedersachsen wieder eine eigene Landeswohnungsbaugesellschaft unterhalten.

Die überbordenden Umweltauflagen und die ausufernden Regulierungen, die maßgeblich die Baukosten erhöhen, müssen grundsätzlich und umfassend auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft und verschlankt werden.

Wir brauchen dringend eine Attraktivitätssteigerung, um die Erstellung von Wohnimmobilien durch private, bürgerliche Investoren zu fördern, weil normaler Wohnungsbau nicht nur staatlich sein sollte. Niedersachsen benötigt umgehend einen Erlass zur Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren, der vorsieht, dass von der Einreichung der Unterlagen bis zur Entscheidung des Verfahrens maximal 90 Tage vergehen dürfen.

69. Mehr Wohngeld

Um gerade das Wohnungsangebot für sozial schwache Familien, Alleinerziehende und Rentner zu verbessern, fordert die AfD eine Erhöhung des Wohngeldes.

70. Mieten und Wohnungsbau nicht durch neue Vorschriften zusätzlich verteuern

Nur ein freier Wettbewerb der Energieträger schafft die Möglichkeit, den kostengünstigsten Brennstoff zu nutzen. Die AfD wendet sich entschieden dagegen, ab ca. 2025 bei Heizungserneuerung fossile Brennstoffe zu verbieten und damit Neubaukosten sowie Bestandsmieten staatlicherseits weiter in Höhe zu treiben.

71. Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt

Betriebe der kommunalen Infrastruktur besitzen eine herausragende Bedeutung, wenn sie der Daseinsvorsorge dienen. Sie dürfen daher nur mit Zustimmung der Bürger vor Ort privatisiert werden. Daneben muss in jedem Fall entweder eine zeitliche Befristung erfolgen oder ein Rückübertragungsvorbehalt eingeräumt werden.

Die Alternative für Deutschland leistet entschiedenen Widerstand gegen Bestrebungen, diese Selbstbestimmung durch EU-Vorschriften oder internationale Handelsabkommen auszuhebeln.

72. IHK und Handwerkskammer neu ordnen

Wir befürworten, dass Anforderungen im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, im Gutachterwesen oder z. B. in Bezug auf Genehmigungen im Kraftverkehr durch umlagefinanzierte Kammern klar geregelt werden.

Das Leistungs- und Anforderungsniveau darf zudem nicht abgesenkt werden.

Den Bereich der Interessenvertretung und Dienstleistungen der heutigen Kammern wollen wir aber auf freiwilliger Basis, d. h. mit freiwilligen Mitgliedschaften und Beiträgen, organisieren.

73. Reserven aktivieren und besser qualifizieren

In Niedersachsen gibt es gegenwärtig noch immer viele Unterbeschäftigte, darunter viele Arbeitslose, häufig sogar Langzeitarbeitslose. Dieses Reservoir kann aktiviert und qualifiziert werden.

Die Zuwanderung gering- oder unqualifizierter Personen, wie aktuell betrieben, ist daher völlig unsinnig.

Die Vorrangprüfung für deutsche Arbeitnehmer ist beizubehalten.

74. Fachkräfte stärken

In manchen Bereichen stehen aktuell gut ausgebildete Bewerber nicht mehr im Überfluss zur Verfügung. Von einem generellen Mangel kann dennoch keine Rede sein. Nur in wenigen Berufsfeldern gibt es mehr offene Stellen als Bewerber.

Nach Überzeugung der AfD Niedersachsen besteht dementsprechend kein Grund, die verbesserten Chancen von Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt gleich in eine allgemeine Mangelsituation umzu-deuten. Auf einem funktionierenden Arbeitsmarkt konkurrieren nicht nur Bewerber um Unternehmen, sondern eben auch Unternehmen um qualifizierte Arbeitskräfte.

Aktuell verlassen pro Jahr ca. 300.000 überwiegend gut ausgebildete Deutsche ihre Heimat vielfach in Richtung unserer europäischen Nachbarn.

Die AfD fordert endlich Maßnahmen, diesen Aderlass an z. B. Technikern, Ingenieuren, Facharbeitern und Ärzten zu reduzieren, statt ständig über angeblich notwendige Zuwanderung zu reden.

Statt Verbesserungen anzustreben, werden von der aktuellen Politik lieber Gelder an andere EU-Staaten verschenkt und in Deutschland dafür neue Abgaben eingeführt, eine noch längere Lebensarbeitszeit eingefordert oder noch mehr kaputtgespart und reguliert, wie z. B. im Gesundheitswesen.

75. Das duale System als zentrale Säule der Ausbildung stärken

Bei drei Vierteln der gegenwärtig besonders gesuchten Fachkräfte handelt es sich um Arbeitnehmer mit Berufsausbildung oder gar Meisterbrief. Für die Zukunft wird zudem ein wachsender Bedarf handwerklicher Fachkräfte und ein Überangebot an Akademikern prognostiziert.

Wir setzen uns daher für die Stärkung der dualen Bildungssysteme und für den Ausbau in der Fläche ein, um mehr praxisnahe und qualifizierte Fachkräfte auszubilden.

Der Meister- und der Facharbeiterabschluss helfen, hohe Standards zu erhalten.

Deshalb werden wir wieder für alle selbstständigen Handwerksberufe den Meister- oder Gesellenbrief zugrunde legen, um eine schleichende Aufweichung unserer Qualitätsstandards zu beenden.

5. Infrastruktur modernisieren und ausbauen

Für Niedersachsen als Wirtschaftsstandort und Transitland sind leistungsfähige und sichere Verkehrswege sowie eine gute Infrastruktur von größter Bedeutung. Der reibungslose Gütertransport gerade auch an den Häfen in Emden, Wilhelmshaven, Bremen und Hamburg ist für Ex- und Importeure ein wesentlicher Standortfaktor. Die aktuelle Situation, eine Folge von jahrzehntelangem Missmanagement, ist in vielen Bereichen mehr als unbefriedigend. Ob Verkehrswege (Wasser, Straße, Schiene) oder Netze (Strom, Internet, Wasser/Abwasser): Die Investitionen müssen wesentlich erhöht werden, um den gewaltigen Rückstau bei der Sanierung der Straßen, der Landesstraßen und Bundesstraßen, vor allem aber der Brücken in Niedersachsen nachzuholen.

Straßen und Brücken sind die Adern unseres Wohlstandes, ohne deren Instandhaltung gibt es keine florierende Wirtschaft und letztendlich weniger Arbeitsplätze.

Ebenso wichtig für unsere Wirtschaft ist der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer niedersächsischen Häfen. Hier müssen seitens der Landesregierung endlich auskömmlich Mittel für den Erhalt und die Weiterentwicklung zur Verfügung gestellt werden, damit diese auch zukünftig im internationalen Wettbewerb bestehen können.

76. Verkehrsinfrastrukturaufgaben an die Einnahmen koppeln

Die Kosten für den Bau und die Erhaltung von Fernstraßen sind Aufgabe des Bundes. Hierzu fließen dem Bund auch die enormen Steuereinnahmen zu.

Die Kreise und Kommunen sind für den Bau und Unterhalt von Kreis- und Gemeindestraßen verantwortlich, verfügen jedoch über keine eigenen Steuereinnahmen aus dem Verkehrssektor. Wir wollen diesen Mangel im Rahmen der Neuordnung der kommunalen Finanzen beheben und den Verteilungsschlüssel zugunsten der Kommunen verändern.

77. Dauerbaustellen vermeiden – Aufträge intelligent ausschreiben

Staus und der Verschleiß überlasteter Umleitungen verursachen erhebliche volkswirtschaftliche Kosten. Großräumige Umleitungen sorgen für steigende Kosten etc. durch zusätzlich gefahrene Kilometer.

Diese werden nicht selten durch schlechtes Baustellenmanagement und verzögerte Investitionen noch weiter in die Höhe getrieben. Gerade diese Mehrkosten für Bürger und Unternehmen müssen endlich berücksichtigt werden.

Wir lehnen es ab, auf minimierte Bauzeiten und rasche Umsetzung zu verzichten, nur weil die Mittel aktuell nicht eingeplant sind oder ein langsamerer Baufortschritt bei oberflächlicher Betrachtung billiger ist.

Wir fordern deshalb, dass bei Ausschreibungen von vornherein auf möglichst kurze Bauzeiten und geringe Verkehrsbehinderungen Wert gelegt wird und dass Umleitungsstrecken währenddessen baustellenfrei bleiben. Wir fordern, Ausschreibungen nach RAL zu gestalten (RAL= Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung).

78. Schluss mit ideologischer Verkehrspolitik

Wir sind für eine ausgewogene Verkehrspolitik, bei der kein Verkehrsmittel einseitig bevorzugt wird. Dies gilt auch für bestimmte Antriebs- und Motorvarianten. Ein Zulassungsverbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab, und befürworten stattdessen den Wettbewerb der verschiedenen Antriebssys-

teme in einem freien Markt. Jedoch halten wir die Forschung in den Bereichen wie der Elektro-Mobilität für einen Automobilstandort wie Niedersachsen für sinnvoll. Synthetische und alternative Kraftstoffe wie Autogas, Methanol, synthetischer Diesel oder Benzin, Wasserstoff u. a. müssen gefördert werden, da wir uns nicht allein auf die Elektrobatteriefahrzeuge verlassen wollen.

79. Straßen und Schienen im Staatseigentum

Schienen und Straßen dürfen nicht privatisiert werden. Die Bundesinfrastrukturgesellschaft, die Autobahn GmbH des Bundes, sehen wir daher sehr kritisch.

Wir fordern, dass die Länder von der Mitwirkung bei der Planung nicht ausgeschlossen werden sollen.

80. Transrapid statt Lastenfahrrad

Die AfD fordert eine stärkere Förderung von Innovationen im Bereich Verkehr und Verkehrslenkung als Alternative zu immer neuen staatlichen Regulierungen.

Gerade die Anbindung kleinerer Kreisstädte an das ICE-Netz der Bahn sollte deutlich verbessert werden.

81. Bahn modernisieren – Engstellen beseitigen

Wir sind dafür, die durch die Deutsche Bahn erwirtschafteten Gewinne konsequent zu reinvestieren, um die Wettbewerbssituation der Bahn zu verbessern. Hierzu gehören die rasche Beseitigung von Engstellen im Netz sowie die konsequente Umrüstung auf Flüsterbremsen und glatte Radlaufflächen für weniger Lärm.

82. Pendlerpauschale erhöhen

Durch die sehr stark gestiegenen Ölpreise sind die Einnahmen des Finanzministers aus dem Verkauf vom Benzin und Diesel enorm gewachsen. Es ist daher völlig gerechtfertigt, dass auf der anderen Seite Pendler eine steuerliche Entlastung bei ihren massiv gestiegenen Kosten für den Weg zur Arbeit erwarten.

Die AfD fordert eine Anpassung der Pendlerpauschale.

83. Strafen des Bußgeldkataloges sind vielfach unverhältnismäßig

Verkehrsübertretungen sowie generell Rechtsbrüche müssen geahndet und strafbewehrt sein.

Die aktuelle Politik in Sachen Verkehrsübertretungen zielt dabei aber offensichtlich vorrangig auf Staatseinnahmen ab. Völlig anders als bei normalen Straftaten werden die Bußgelder im Verkehrsbereich fortlaufend nach oben geschraubt, sodass vielfach keine Relation mehr zu den Geldstrafen in anderen Bereichen besteht.

Die AfD wendet sich gegen ein vorsätzliches Abkassieren. Bußgelder müssen dem Vergehen angemessen und einkommensabhängig gestaltet werden.

6. Energieversorgung in Niedersachsen

84. Die bisherige Klimaschutzpolitik ist falsch

Das Klima in allen Klimazonen der Erde – von tropisch bis polar – wandelt sich naturgesetzlich seit die Erde besteht. Die Veränderung des Klimas hat in erster Linie kosmische Gründe, vor allem Schwankungen der Sonneneinstrahlung.

Für einen nennenswerten Einfluss des Spurengases CO₂ auf Wetter und Klima gibt es keinen wissenschaftlichen Nachweis. In erdgeschichtlichen Zeiten war die Konzentration von CO₂ über zehnmal höher als heute, und das waren Zeiten mit einem blühenden Leben in Flora und Fauna. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, von dem bewährten Energiemix, also Kohle, Erdgas, Erdöl und Kernenergie, abzuweichen. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg, auch weil sie die positiven Effekte steigender CO₂-Konzentrationen nicht berücksichtigt. CO₂ ist die Grundlage allen Lebens auf der Erde, denn aus CO₂ bilden Pflanzen die Biomasse, von der Tiere und Menschen leben. Der steigende CO₂-Anteil in der Atmosphäre bewirkt bereits ein Ergrünen der Erde und hat die Produktion von Nutzpflanzen und damit die Welternährung erheblich verbessert.

Die AfD fordert daher die unverzügliche Abschaffung der CO₂-Steuer.

85. Der „Green-Deal“ dient nur der Kapitalverschiebung

Mit dem Klimaschutzplan 2050 und dem „Green Deal“ der EU steht für die regierenden Altparteien das Ziel der völligen Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft an oberster Stelle. Der Ausstieg aus der Kohle und das Verkaufsverbot von benzin- und dieselgetriebenen Kraftfahrzeugen sind beschlossene Vorhaben. Ziel ist die weltweite Umverteilung des Wohlstands, einschließlich einer Umverteilung in Deutschland von unten nach oben. Es geht auch um viele Milliarden Euro, die Deutschland jedes Jahr in einen Fonds einzahlen soll, der die Entwicklungsländer unterstützt. Die Erfahrung lehrt, dass diese Gelder in unklaren Kanälen und bei den Potentaten der dritten Welt versickern werden. Und wo soll das Geld letztendlich herkommen? Denn die Dekarbonisierung führt zur Deindustrialisierung Deutschlands mit der Folge einer drastischen Absenkung des Lebensstandards unserer Bürger.

Den Klimaschutzplan 2050 und „Green Deal“ der EU lehnen wir ab. Wir fordern, aus den Pariser Klimaverträgen auszutreten und den Zertifikatehandel zu beenden.

Außerdem werden wir die Unterstützung von politisch geprägter Klimaforschung einstellen und die sogenannten Klimaschutzbeauftragten abschaffen.

86. Der weitere Ausbau der sog. „Erneuerbaren“ ist keine Lösung

Unsere Landschaft ist mit Windkraft- und Solaranlagen zugebaut worden, und es sollen noch viel mehr werden. Die ungeheuren Kosten werden den normalen Bürgern aufgebürdet, die Belastung für die Umwelt und die gesundheitlichen Schäden für die Menschen werden in Kauf genommen. Das Grundproblem der „Erneuerbaren“ wird mit dem weiteren Ausbau immer schlimmer: Bei günstigem Wetter liefern sie mehr Strom als gebraucht wird, der billigst oder gar zu negativen Preisen ins Ausland verkauft werden muss. Oder wir bezahlen, weil Anlagen abgeschaltet werden mussten. Bei ungünstigem Wetter müssen die konventionellen Anlagen (Kohle, Atom, Gas) weiterhin die Versorgung sicherstellen, wir haben also doppelte Kosten ohne einen wirklichen Nutzen. Die Sicherheit unserer Stromversorgung kann nicht mehr gewährleistet werden und eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes erreichen wir so ebenfalls nicht. Die Energie- und damit die Lebenshaltungskosten werden noch weiter steigen.

Die Umverteilung von unten (normale Bürger) nach oben (Anlagen-Betreiber, Investoren, Zertifikatehändler, Spekulanten ...) wird noch größere Ausmaße annehmen. Dem werden wir Einhalt gebieten.

87. Günstige Lebensmittel haben Vorrang vor teurem Ökostrom

Der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzflächen für Windkraftanlagen, Solaranlagen und Monokulturen hat zugenommen. Neben den negativen Folgen für Umwelt und Natur (Biodiversität) führt dies auch zur Erhöhung der Pachtzinsen und somit zu einem Verdrängungseffekt zu Lasten bäuerlicher Betriebe. Der Betrieb von Biogasanlagen stellt dann eine attraktive Art der Energiegewinnung dar, wenn für dessen Erzeugung überwiegend landwirtschaftliche Reststoffe wie z. B. Gülle aus lokaler landwirtschaftlicher Produktion zum Einsatz kommen.

Wir wollen erreichen, dass Ackerflächen zum größten Teil zur Lebensmittelproduktion verwendet werden und nicht für erneuerbare Energien, denn sonst müssten wir vermehrt Nahrungsmittel importieren, wodurch die Ernährungssituation in den Ländern der Dritten Welt nachteilig beeinträchtigt wird.

88. Keine Ausnahmen für EEG-Anlagen

Umwelt und Landwirtschaft dürfen nicht weiter geschädigt werden. Daher lehnen wir EEG-subsidierte Solarparks und Windenergieanlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen und in Naturschutzgebieten ab. Wir wollen zudem erreichen, dass EEG-Bauvorhaben weiterhin naturschutzrechtlichen Beschränkungen unterliegen.

89. EEG abschaffen - Stromnetze wieder stabilisieren

Elektrische Energie muss sekundengenau bereitgestellt werden, so wie sie auch verbraucht wird. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die sonstigen Maßnahmen der sogenannten „Energiewende“ wird die Sicherheit der Stromversorgung zunehmend gefährdet.

Die Abschaffung des EEG ist daher eine zentrale Forderung der AfD, denn alle Bemühungen, durch eine vorübergehende Subventionierung (sog. „Anschub-Finanzierung“) zu marktfähigen Anlagen zu kommen, sind gescheitert.

EE-Anlagen können weiterhin im Rahmen der Gewerbefreiheit (also ohne Subventionen) ganz normal errichtet werden, sofern sie nicht der Natur oder den Menschen schaden.

90. Elektromobilität ist Marktsache

Die Technik der Elektromobilität ist mehr als 100 Jahre alt. Sie konnte sich bis heute am Markt nicht durchsetzen, weil es technisch schwierig ist, Strom in großen Mengen zu speichern. Dies begründet die geringe Reichweite und die hohen Kosten der Elektroautos. Die vollständige Versorgung des Personen- und Warenverkehrs mit Strom aus erneuerbaren Quellen würde eine Vervielfachung der Zahl an Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen sowie Großspeichern erfordern. Für eine flächendeckende E-Mobilität ergäbe sich ein zusätzlicher Stromverbrauch, der weit über dem liegt, welcher mit Wind und Sonne überhaupt erzeugt werden kann.

Es gibt zudem keinen Grund, überhastet die fossilen Energieträger ersetzen zu müssen: Immer neue Lagerstätten werden entdeckt und erschlossen. Auf Grund neuer Fördertechniken werden flüssige und gasförmige Kraftstoffe noch für sehr lange Zeit den Bedarf decken können, selbst wenn dieser weiter ansteigen wird.

Einem Verbot der sog. „Verbrenner“ treten wir entschieden entgegen.

Abgesehen von der Unterstützung der Forschung fordern wir daher, die Elektromobilität den Kräften des Marktes zu überlassen und staatliche Subventionen und regulatorische Markteingriffe zu beenden.

91. Kernenergie als verlässlichen Grundlaststromproduzenten beibehalten

Die zivile Nutzung der Kernenergie stellt eine der höchsten Errungenschaften des Menschen im Umgang mit der Natur dar und fordert gleichwohl ein Höchstmaß an Verantwortung. Heute wird die Kernenergie von fast zwei Drittel der Weltbevölkerung genutzt, viele weitere Länder planen den Einstieg. Dem Beschluss Deutschlands zum Ausstieg folgt fast niemand auf der Welt.

Nach der weiteren Abschaltung von drei Kernkraftwerken (KKW) Ende 2021 erzeugen die letzten noch bestehenden drei Kernkraftwerke kostengünstig ca. 7 % des verlässlichen Grundlaststroms, dieser kann durch die wetterabhängigen EE-Anlagen nicht ersetzt werden und ist daher unverzichtbar. Bei einem endgültigen Ausstieg entstünde eine Lücke in der Versorgung mit der Gefahr eines Black-outs. Es ergibt keinen Sinn, diese Lücke durch Import von Atomstrom aus den Nachbarländern zu schließen, abgesehen davon, dass diese unter Umständen nicht liefern können oder wollen.

Aus all diesen Gründen ist eine Ausnutzung der technisch gesicherten Laufzeiten der noch bestehenden KKW, die zu den sichersten auf der Welt gehören, die einzig sinnvolle Maßnahme.

92. Forschung und Entwicklung der Kernenergietechnik wieder aufnehmen

Weltweit wird die Kernenergie weiterentwickelt und ausgebaut. Wir wollen nicht, dass sich Deutschland ohne Not aus der Erforschung einer zukunftssicheren Technik ausklinkt. Daher sollen auch hier Forschung und Entwicklung an Reaktoren der Generation IV wieder aufgenommen werden. Diese sind inhärent sicher und ermöglichen die weitere Verwertung der bei uns lagernden abgebrannten Kernelemente, sodass dann die Endlagerung zu großen Teilen überflüssig wird.

Wir sind dafür, sowohl den Einsatz von Thorium an Stelle von Uran näher zu erforschen als auch die Möglichkeiten des Dual-Fluid-Reaktors mit integrierter Wiederaufarbeitung. Bei diesen Technologien bestehen in Notfallsituationen weder eine Explosions- noch eine Strahlungsgefahr. Wir fordern außerdem eine bessere finanzielle Ausstattung der Kernfusionsforschung.

93. Ein geologisches Endlager wird nicht benötigt

Abgebrannte Brennelemente sind kein Müll, sondern energetische Wertstoffe und können wieder aufgearbeitet werden. Sie benötigen daher kein geologisches Endlager. Atommüll von heute ist die Energiequelle von morgen. Frankreich und Russland erzeugen ihren Strom schon heute zum Teil aus recyceltem Atommüll.

Als Endprodukt verbleiben die eigentlichen Spaltstoffe, diese haben nur ein sehr geringes Volumen. Sie können oberirdisch sicher gelagert werden und nach 100 bis 300 Jahren dem normalen Wertstoffkreislauf zugeführt werden.

94. Fossil befeuerte Kraftwerke bleiben unverzichtbar

Da die „Erneuerbaren“ bisher keine planbare und sichere Energie liefern können, sind die mit Kohle und Gas befeuerten Kraftwerke eine unverzichtbare Säule der Stromerzeugung und werden noch auf unabsehbare Zeit benötigt. Eine baldige Abschaltung wird es aus technischen Zwängen nicht geben können. Daher brauchen diese Kraftwerke verlässliche ökonomische Bedingungen.

Ältere Kraftwerke sollten durch neuere ersetzt werden, da sie bessere Wirkungsgrade und einen niedrigeren Schadstoffausstoß aufweisen. Dies alles sichert zudem die Arbeitsplätze der Beschäftigten.

Der deutsche Alleingang des Kohleausstiegs ist wirkungslos, denn derzeit sind weltweit mehr als 400 Kohlekraftwerke im Bau oder in Planung.

7. Unsere Landwirte schützen – Höfesterben beenden

95. Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft

Lebt der Bauer, lebt das Land! Unsere gut ausgebildeten Landwirte müssen wieder in die Lage versetzt werden, von ihrem Einkommen den sozialen Standard ihrer Familien sichern zu können und Investitionen für den Weiterbestand ihrer Höfe zu tätigen, denn sie müssen ihren Arbeitsplatz selbst finanzieren und für die nächste Generation bewahren. Die AfD will die Rahmenbedingungen für den produzierenden Landwirt deutlich verbessern.

Wir fordern daher, dass die ausufernde Bevormundung durch die EU-Bürokratie sowie bürokratische Überreglementierungen des Bundes und Landes zurückgenommen werden müssen. Die Landwirte brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit. Der Beruf des Landwirts muss wieder attraktiver werden und mehr Wertschätzung erfahren. Den bäuerlichen Landwirten darf nicht die Existenzgrundlage entzogen werden, weil sie langfristig die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung in Deutschland sichern. Die Existenzsicherung unserer Viehbetriebe trägt maßgeblich zur Stabilisierung der Ernährungsversorgung unserer Bevölkerung bei und muss daher von Seiten der Politik nachhaltig gesichert werden.

96. Regionalisierung und Direktvermarktung fördern

Der Ausbau regionaler Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften ist ressourcenschonend, sichert Arbeitsplätze in landwirtschaftlichen Familienbetrieben mit kleinteiligen Strukturen und garantiert das Einkommen der ländlichen Bevölkerung. Dazu gehört auch die Veredelung von bäuerlichen Produkten durch mittelständische Molkereien und Schlachthöfe.

Wir fordern in diesem Bereich ebenfalls einen Abbau bürokratischer und gesetzlicher Hürden und eine Rückführung der Entscheidungskompetenzen auf die Bundes-, Länder- und Kommunalebene.

Wir unterstützen die Betreiber von Hofläden, die regionale Produkte vermarkten und damit für eine Nahversorgung im ländlichen Raum sorgen. Auch in diesem Bereich müssen bürokratische Vorgaben abgebaut werden. Einschlägige EU-Verordnungen lehnen wir ab.

97. Der Bodenspekulation entgegenwirken

Der Flächenverbrauch auf Kosten der Landwirtschaft nimmt in Deutschland rapide zu, obwohl dies nicht notwendig ist, wenn bestehende Wohn- und Gewerbeflächen angemessen und behutsam verdichtet und Industriebrachen neu genutzt werden.

Wir sind entschieden gegen die Umwidmung von landwirtschaftlichen Nutzflächen zu Naturschutzgebieten als Ausgleichsflächen für Baugebiete oder Infrastrukturprojekte. Grunderwerb, insbesondere durch steuerfreie Share Deals, durch internationale Investoren auf dem deutschen Bodenmarkt sind gegen die Interessen unserer Landwirte gerichtet. Die bestehenden Grundverkehrsbeschränkungen für landwirtschaftliche Flächen müssen auf den Handel mit Anteilen von Gesellschaften erweitert werden.

Das bisherige Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) in Niedersachsen hat bisher Zugriffe auf die „Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft“ verhindert.

Der 2. Entwurf des Landesraumordnungsprogramms sieht vor, dass dieser Mechanismus entfallen soll. Es besteht infolgedessen die Gefahr, dass nach Beendigung der Photovoltaik-Nutzung auf Grund naturschutzrechtlicher Gründe eine landwirtschaftliche Nutzung dieser Fläche unmöglich ist. Diese landwirtschaftlichen Flächen würden dann für die Nutzung landwirtschaftlicher Erzeugung nicht mehr zur Verfügung stehen und fallen somit ersatzlos weg!

Energiekonzepte müssen nach Ansicht der AfD gemeinsam mit den Gemeinden, den Landkreisen und den Landwirten unter Einbeziehung der Bedürfnisse der Landwirtschaft gestaltet werden.

98. Heimische Landwirtschaft erhalten

Die Sicherung der Grundversorgung unserer Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln ist durch einen hohen Selbstversorgungsgrad sicherzustellen. Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland versorgen ohnehin nur noch knapp die Hälfte der deutschen Bevölkerung.

Hier müssen wir einen Kurswechsel einleiten. Agrarflächen müssen vorrangig der Nahrungsmittelherstellung dienen.

Extensivierung und Flächenverbrauch führen zudem zu weiter ansteigenden Nahrungsmittelimporten. Steigende Preise und Hunger werden gerade in der 3. Welt die Folge sein, wie der Krieg in der Ukraine gerade eindrucksvoll deutlich gemacht hat (Weizenpreis + 300 % z. B. in arabischen Ländern).

Die AfD fordert eine Abkehr von weiteren Importen aus Mercosur-Staaten, erst recht, soweit diese nicht den hohen europäischen Qualitätsstandards entsprechen.

99. Der Green Deal ist ein schlechter Deal

Die politisch gewollte Extensivierung mit massiven Ertragsrückgängen würde das Ziel einer hohen Selbstversorgung für die heimische Bevölkerung nachhaltig gefährden.

Die AfD fordert daher, dass mit Blick auf die aktuelle Versorgungssituation die 4 %-ige Flächen-Zwangsstilllegung durch den Green Deal in der neuen GAP-Periode ab 2023 sofort rückgängig gemacht werden muss.

100. Verschärfte Düngeverordnung sofort abschaffen

Eine bedarfsgerechte Düngung mit Mineraldünger muss in Niedersachsen im gesamten Bereich der Pflanzenproduktion möglich bleiben. Die vorgeschriebene 20 %-ige Unterversorgung der Pflanzen mit Düngernährstoffen wird zu einer starken Ertragsreduzierung führen. Die derzeit gültige verschärfte Düngeverordnung muss bei der akuten Düngerversorgungsproblemlage durch Sanktionen und Kriegsfolgen unverzüglich der aktuellen Lage angepasst werden.

Die AfD fordert eine präzisere Binnendifferenzierung der roten Gebiete mit aktuellen, regionsspezifischen Nitrat-Messwerten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass nicht nur die Landwirtschaft Verursacher für eine eventuelle Nitratbelastung einzelner Grundwasserkörper ist. Das Nitratmessstellennetz ist zu einem repräsentativen, verursacherbezogenen Messstellennetz neu zu gestalten. Die Auflagen der verschärften Düngeverordnung müssen sofort aktualisiert werden, da diese auf Falschmeldungen durch nicht repräsentative Nitratmessungen und -meldungen vom Bundesumweltamt an die EU-Bürokratie beruhen.

101. Moderne Technik nutzen, um unsere Betriebe für die Zukunft zu stärken

Die Digitalisierung im ländlichen Raum muss weiter vorangetrieben werden. Auch landwirtschaftliche Betriebe in Einzellage müssen die Möglichkeit haben, diese verstärkt einzusetzen.

102. Rücknahme der Änderung der EU-Förderung

Die AfD lehnt jede weitere Verschiebung des Geldes aus der ersten Säule der EU-Förderung in die zweite Säule ab. Wir fordern deshalb, dass die getätigten, landwirtschaftlich nachteiligen Änderungen zurückgenommen werden. Die Unterstützungszahlungen aus der ersten Säule sind keine Subvention für die Landwirte. Sie dienen ausschließlich dem Ausgleich von wettbewerbsbeschränkenden Produktionsauflagen und höheren Produktionskosten.

103. Weidetiere schützen statt Risse von Raubtierrudeln honorieren

Bei der starken Vermehrung der Wolfspopulation zeigen sich nun die gravierenden Schattenseiten dieser wieder angesiedelten Wildraubtiere. Hunderte Weidetierhalter sind in Niedersachsen in ihrer Existenz bedroht, da der Wolf nunmehr seinen Nahrungstisch auf die Nutztiere auf der Weide ausgedehnt hat und die Ausgleichszahlungen, falls sie denn überhaupt geleistet werden, die Schäden nicht annähernd kompensieren können. Die ersten Betriebsaufgaben bei großen Schäfereien durch die wiederholten Raubtierangriffe zeigen deutlich die Brisanz und die weiter steigende Gefahr. Frankreich und Schweden haben dem Rechnung getragen und eine Höchstzahl für Wölfe festgelegt. (Frankreich 500, Schweden 350). Es wird Zeit, dass Deutschland diesem Beispiel folgt, um weiteren Schaden von den Weidetierhaltern abzuwenden.

104. Schweinemarkt in Deutschland retten, totalen Strukturbruch verhindern

Der Preis für Schweinefleisch ist auch in Niedersachsen durch die Corona-Krise und nach dem Auftreten der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Brandenburg und Sachsen dramatisch abgestürzt. Die AfD fordert Maßnahmen zur Versorgungssicherung und Marktpreisstützung für Schweinefleisch durch staatliche Beihilfen für die private Lagerhaltung, um die ASP-Folgen abzumildern und für eine Versorgungsnotlage notwendige Reserven zu schaffen.

Die niedersächsischen Schweinehalter und Ferkelerzeuger benötigen eine Zukunftsperspektive wie beispielsweise eine 5D-Kennzeichnung, damit die Merkmale Geburt, Aufzucht, Mast, Schlachtung und Verarbeitung in Deutschland für den Verbraucher ersichtlich sind.

105. Versorgungslage mit Milch für die Bevölkerung sichern

Das Milchland Niedersachsen hat bei der Erzeugung von einigen Milchprodukten einen Anteil von bis zu 30 % in Deutschland. Auch wenn sich der Milchpreis zuletzt wieder stabilisiert hat, muss die Politik hier handeln und endlich Erleichterungen auf der Kostenseite ermöglichen. Rechtliche Verschärfungen aus dem Gewässerschutz und dem Düngerecht bei gleichzeitiger Einhaltung der geforderten hohen Qualitätsstandards der Milch stellt die Milcherzeugerbetriebe vor große Herausforderungen.

Um einen weiteren Rückgang der Milcherzeugerbetrieb zu verhindern, sollen für die bäuerlichen Betriebe beispielsweise Erschwernisausgleiche für Schutzgebiete beibehalten und finanzielle Unterstützungen für Tierwohlmaßnahmen gewährt werden.

106. Wettbewerb bei Molkereien erhalten - Kleinbetriebe schützen

Die 7 anlieferungsstärksten meldepflichtigen Molkereien nehmen bereits ca. 90 % der in Niedersachsen angelieferten Milchmenge auf.

Wir wollen die Versorgungssicherheit in Niedersachsen sicherstellen, eine Monopolbildung verhindern und echte Regionalität schaffen. Hierfür fordern wir eine sofortige rechtliche Umsetzung der UTP-Richtlinien mit harten Konsequenzen gegen den unlauteren Wettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel.

Gerade kleinere Betriebe bieten überproportional viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum und ermöglichen kurze Transportwege von den milcherzeugenden bäuerlichen Familienbetrieben zu den Molkereien. So werden auch vor- und nachgelagerte Arbeitsplätze in der Region erhalten.

107. Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben

Der grundgesetzlich verankerte Tierschutz muss von der Geburt bis zur Schlachtung der Nutztiere sichergestellt werden. Mehr Tierschutz ist nur durch moderne Stallungen möglich. Planungssicherheit und Zukunftsperspektiven sind für die Landwirtschaft unabdingbar.

Genehmigungsverfahren für Um- und Neubauten müssen rechtlich verschlankt werden und eine lang-

fristige Rechtssicherheit hergestellt werden. Neubauten müssen über ihre Nutzungsdauer, auch bei rechtlichen Änderungen ohne Nachrüstungen, weiterbetrieben werden können.

Wo NGOs und private Vereine mit kriminellen Aktionen gegen Tierhalter aktiv sind, muss dieses sofort durch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen juristisch geahndet werden.

108. Tiertransporte reduzieren

Wir fordern den Wiederaufbau dezentraler, mittelständischer Schlachthöfe, weil dies dabei hilft, Tiertransporte kurz zu halten.

Die AfD lehnt „Stallhaltung auf Rädern“ ebenso ab wie industrielle Großschlachthöfe die den Antransport der Tiere über riesige Entfernungen erforderlich machen.

Betäubungsloses Schlachten darf es selbst aus religiösen Gründen nicht geben.

109. Wir erkennen den positiven Wert der Jagd an

Wir erkennen den positiven Wert der Jagd an und stellen uns schützend vor unsere Jäger, denn diese leisten in freiwilliger Erfüllung ihrer Aufgaben einen wertvollen Beitrag für den Natur- und Landschaftsschutz. Eine weitere Verschärfung des Jagdgesetzes lehnen wir ab. Wir befürworten die traditionelle Jagdausübung und unterstützen das Leitbild: Wald mit Wild im Einklang der Natur.

110. Naturschutz statt sogenanntem „Klimaschutz“

Wir lehnen die CO₂-Bepreisung im Rahmen der sogenannten Klimapolitik prinzipiell ab. Solange diese Politik aber praktisch durchgeführt wird, muss auch die Speicherleistung der Land- und Forstwirtschaft entsprechend honoriert werden. Jede gebundene Tonne CO₂ (auf Grundlage anerkannter Berechnungsmodelle) muss mit dem gängigen Marktpreis aus den Finanzmitteln der CO₂-Abgaben vergütet werden. Etwaige Finanzierungslücken sind aus der zweiten Säule der Landwirtschaft zu tragen. Gleichzeitig setzen wir uns für wettbewerbsfähigen, steuerbefreiten Agrardiesel, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern (Frankreich etc.), ein. Bis zur Novellierung unterstützen wir nachhaltig den Fortbestand der bisherigen Agrardieselrückvergütung. Die bestehenden reststoffverwertenden Hofbiogasanlagen sollten zur Strommarktstabilisierung weiter betrieben werden. Neue, den Pachtmarkt störende Großprojekte zur Methanerzeugung und Einspeisung als Erdgasersatz lehnen wir ab.

Die AfD steht für den Erhalt der Natur und den Erhalt der Artenvielfalt in unserer Heimat. Daher lehnen wir die aktuelle Umweltzerstörung durch die Energie- und Landwirtschaftspolitik der Altparteien, insbesondere der Grünen, strikt ab.

111. Die Gängelung der Forstwirtschaft beenden

Die Forstwirtschaft hat vor allem die Aufgabe, wirtschaftlich Holz zu produzieren. Holz ist einer der wichtigsten heimischen Rohstoffe. Die Entscheidung darüber, welche Baumarten angepflanzt werden, gehört allein in die Hände der Waldbauern und Forstwirte.

Bürokratische Eingriffe wie die einseitige Förderung der Anpflanzung von Buchen lehnt die AfD auch wegen der damit verbundenen ökologischen Verarmung klar ab.

112. Natur- und Landschaftsschutz gewährleisten – Flächenausweitung stoppen

Wir stehen dafür ein, den Schutz von Niedersachsens einzigartigen Natur- und Landschaftsräumen auch weiter zu gewährleisten. Die Ausweisung weiterer Schutzgebiete, FFH-Gebiete, NATURA 2000-Gebiete sowie Nationalparkausweitungen lehnen wir ab, zumal diese zu einer schleichenden Enteignung der betroffenen Eigentümer führen.

113. Unsere Fischer wirksam unterstützen

Wir setzen uns für den Schutz der Weltmeere vor der rücksichtslosen Überfischung durch internationale Fangflotten ein.

Internationales Recht ist zwar durchzusetzen, allerdings lehnen wir die willkürliche Ausweisung von Meeresschutzzonen ab, wenn sie die nachhaltig wirtschaftende mittelständische Fischerei in ihrer Existenz gefährdet. Bei Verhandlungen über internationale Fangquoten müssen die berechtigten Interessen der deutschen Fischer mit Nachdruck und gleichberechtigt durchgesetzt werden. Natur- und Umweltschutzbestimmungen dürfen in Deutschland zudem nicht strenger als in anderen europäischen Ländern ausgelegt werden.

Die AfD fordert einen Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen für unsere Fischer.

Die Fischtreppe an Stromhindernissen in deutschen Flüssen sind nach wie vor unzureichend und müssen zugunsten der Wanderfische erheblich verbessert werden.

114. Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen

Wir wollen Anreize schaffen, damit Unternehmen ihre Produktionsstätten in ländliche Gebiete verlagern und Firmenneugründer ermutigt werden, in ländlichen Gebieten ansässig zu werden. Dies gilt ganz besonders für die digitalen Arbeitsbereiche.

Der schnelle weitere Ausbau des digitalen Breitbandnetzes muss daher äußerste Priorität genießen. Ferner schafft er gerade für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Voraussetzungen „in den eigenen vier Wänden“ mobil zu arbeiten. Je mehr Firmen und Handwerksbetriebe in ländlichen Gebieten ansässig sind, desto weniger findet eine Landflucht in die Städte statt. Gerade auch für junge Menschen entstehen so Zukunftsperspektiven in ihrer angestammten Heimat.

115. Tourismus in ländlichen Regionen fördern

Von der Nordseeküste über die Lüneburger Heide bis zu den Mittelgebirgen: Niedersachsen besitzt mit seiner abwechslungsreichen und naturnahen Landschaft einige der wichtigsten Urlaubsregionen in Deutschland. Die Zahl der Arbeitsplätze im Tourismus ist mehr als sechsmal so hoch wie im gesamten Bereich der „erneuerbaren Energien“ und doppelt so hoch wie in der Automobilbranche.

Die AfD sieht hier noch ein erhebliches Wachstumspotenzial, insbesondere bei Touristen aus dem Ausland. Tourismus sollte daher durch die Landesregierung stärker gefördert werden.

Melkhüs, kleine Raststätten in der unmittelbaren Nähe eines Radweges, in denen Milchspezialitäten und Produkte aus der Region angeboten werden, können z. B., die Attraktivität einer Region gerade für Fahrradtouristen zusätzlich erhöhen und zugleich die Direktvermarktung unterstützen.

116. Ferien auf dem Bauernhof stärken, effizient fördern und vermarkten

Der Fremdenverkehr ist als Wirtschaftsfaktor unverzichtbar und sollte Vorrang vor Windkraft- und Solaranlagen haben, die beide den Wert der Landschaft nachhaltig mindern.

Gerade durch das Konzept „Ferien auf dem Bauernhof“ kann für landwirtschaftliche Betriebe eine zusätzliche Einnahmequelle erschlossen und zugleich vielen Städtern ein Einblick in den harten Lebensalltag auf einem Bauernhof vermittelt werden.

8. Der AfD-Sozialpakt

117. Das Wertvollste in Niedersachsen sind seine Menschen

Den Menschen in unserem Land wieder Sicherheit im Arbeitsleben und im Alter zu geben, ist unser Ansporn und unsere Verpflichtung zugleich. Erst wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind, beginnen die Menschen wieder, in ihre Zukunft zu investieren.

Haben die Menschen in unserem Land eine Zukunft, dann hat auch unser Land wieder eine Zukunft.

Die AfD strebt hierzu in verschiedenen Bereichen unseres Sozialsystems Änderungen an. Hierzu zählen die Themenbereiche Arbeitslosigkeit, Besteuerung kleiner Einkommen, Armutsgefährdung, Pflege und vieles mehr.

118. Hartz IV muss dringend verbessert werden

In Niedersachsen betrug die Zahl der Hartz IV-Empfänger Ende 2019 fast 700.000. Um die Anzahl der Bezieher zu senken, gilt es bevorzugt, Menschen aus Hartz IV in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu vermitteln. Das bringt den Menschen Erfüllung und Anerkennung in der Gesellschaft. Gleichzeitig sinken die Sozialkosten.

Die AfD fordert,

- ▶ die Qualifizierung zu erweitern,
- ▶ die Arbeitsförderung sinnvoll ausbauen,
- ▶ die Eingliederung in Betriebe für Arbeitslose stärker zu fördern und
- ▶ die Hinzuverdienstgrenzen zu erhöhen.

Es ist die Agentur für Arbeit, die wir erhalten müssen, da sie es ist, die wichtige Schritte in der Arbeitsmarktpolitik unternimmt und somit gerade für nachfolgende Jahrgänge die Zukunftsgestaltung mit Arbeit gewährleistet.

119. Gute Arbeit, guter Lohn, gute Rente

Jeder soll durch Vollzeitarbeit gut leben und entsprechende Rentenansprüche erwerben können. Dazu brauchen wir angemessene Löhne.

2019 lagen 35 % aller Bruttoarbeitslöhne unter 2000 Euro pro Monat. Die sich daraus ergebenden nettolohnbezogenen Rentenansprüche im Alter erreichen damit gerade einmal die Größenordnung der aktuellen Leistungen an Sozialhilfeempfänger.

Das Problem der Altersmut kann so nach Ansicht der AfD mitnichten verringert werden, sondern wird weiter zunehmen.

120. Steuern und Abgaben insbesondere auf Löhne senken Leistung muss sich lohnen

Leider ist das aktuelle Steuersystem leistungsfeindlich. Immer mehr Brutto wird durch Steuern und Abgaben aufgezehrt. Die Abzüge sind viel zu hoch, gerade für geringe und mittlere Einkommen.

Die Forderung der AfD ist daher eindeutig: die Steuerbelastung kleiner und mittlerer Einkommen und Renten muss gesenkt, die Lohnnebenkosten müssen begrenzt werden.

Aktuell führt jede Lohnerhöhung dazu, dass die prozentuale Steuerlast der Bürger weiter ansteigt, die Steuern also überproportional steigen.

Die AfD will die Steuerprogression daher an einen Inflationsindex koppeln und damit verhindern, dass der Finanzminister weiterhin erheblich von hohen Inflationsraten profitiert.

121. Steuerfreigrenzen für kleine Einkommen und Renten erhöhen

Die AfD findet es widersinnig, kleine Einkommen und Renten einerseits zu besteuern und dann wieder mit staatlichen Unterstützungsleistungen aufzubessern.

Wir werden daher den steuerlichen Freibetrag in der Lohn- und Einkommensteuer deutlich erhöhen.

Die AfD fordert die **Anhebung der Steuerfreigrenze für Nettoeinkommen auf mindestens 15.000 Euro pro Jahr** sowie eine fortlaufende Anpassung entsprechend der Pfändungsfreigrenze.

Wir verstehen nicht, dass Einkommen einerseits als Grundsicherung von der Pfändung ausgenommen sind, aber der Staat dennoch genau von diesen noch weitere Steuern einkassiert!

Dies wird gleichzeitig den Abstand zum Bezug von Hartz-IV-Leistungen erhöhen, entsprechend unserer Forderung: **„Es muss mehr Geld in der Tasche des kleinen Mannes verbleiben“.**

122. Doppelbesteuerung der Renten beenden

Viele Rentner, die seit 2005 Steuern auf ihre Renten bezahlen, unterliegen damit einer Doppelbesteuerung. Die AfD fordert, diesen verfassungswidrigen Zustand umgehend zu ändern.

Die AfD sieht die Besteuerung von Renten prinzipiell kritisch. Die von der AfD geforderte generelle Anhebung des Steuerfreibetrages auf über 15.000 Euro pro Jahr würde auch viele Rentner spürbar entlasten und somit bis zu einer Rente von 1.250 Euro eine Doppelbesteuerung vermeiden.

123. Nur Sachleistungen für ausreisepflichtige Ausländer

Aktuell halten sich immer mehr eigentlich ausreisepflichtige Personen in Deutschland auf. Rechtsmittel und andere Maßnahmen verzögern die Ausreise in vielen Fällen ganz gezielt, wobei weiterhin vollumfänglich Sozialleistungen in Anspruch genommen werden können.

Die AfD fordert daher, **ausreisepflichtigen Ausländern nicht die vollen Sozialleistungen zu gewähren.**

Ausreisepflichtige sollen stattdessen **nur noch Sachleistungen** erhalten.

Darüber hinaus wird die AfD die Zuwanderung von EU-Ausländern in die Sozialsysteme begrenzen und **keine Sozialleistungen mehr auf ausländische Konten überweisen.**

124. Das Eigentum unserer Bürger schützen und mehren

Die staatlich befeuerte hohe Inflation bedroht massiv die Sparvermögen, Lebensversicherungen, Betriebsrenten etc. unserer Bürger. Die aktuelle Politik steht damit im krassen Widerspruch zum grundgesetzlichen Auftrag.

Darüber hinaus werden die Abgaben für Klima und Umwelt kontinuierlich in die Höhe getrieben und die explodierenden Kosten für Lebensmittel, Heizen und Tanken zehren einen immer größeren Teil von Renten und Einkommen auf.

Die AfD wird dem entgegenwirken und in einem ersten Schritt die EEG-Umlage abschaffen und Energiesteuern senken.

Es ist doch geradezu absurd, wenn z. B. auf die CO₂-Steuer auch noch Mehrwertsteuer erhoben wird und der Staat letztlich von jeder Preissteigerung, insbesondere bei Energie, zusätzlich profitiert.

125. Armutsgefährdung auf dem höchsten Stand

In Niedersachsen waren 2019 und damit bereits vor der Pandemie mit rund 1,26 Millionen Menschen (fast 16 % der Bevölkerung) so viele Einwohner wie noch nie zuvor von Armut bedroht oder arm. Und dies, obwohl die Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig war und die Löhne seit Jahren angeblich ständig gewachsen sind.

Eigene Kinder, die wir so dringend brauchen, stellen immer noch das größte Armutsrisiko dar (Tendenz steigend). Verschärft wird diese Situation durch die aktuell stark steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten bei gleichzeitig sinkenden Reallöhnen. Alleinerziehende und Frauen sind dabei ganz besonders von Armut und Altersarmut bedroht.

Gerade im Interesse der Kinder fordert die AfD entschiedene staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Armutsrisikos.

126. Kleinkindbetreuung durch Eltern und Großeltern fördern

Große Studien (z. B. NICHD 1919 und 2007) belegen die Risiken der Fremdbetreuung für die Kindesentwicklung in den ersten Lebensjahren.

Die AfD fordert daher die Einführung eines Betreuungsgeldes für die ersten drei Jahre, welches als Lohnersatzleistung gezahlt und am Nettolohn der letzten drei Jahre orientiert sein soll, gedeckelt auf die Höhe des allgemeinen durchschnittlichen Nettogehalts.

127. Die Mittelschicht ist die Basis unserer Demokratie

Die Mittelschicht bildet das Rückgrat unserer Gesellschaft. Aber nur, wenn diese mittlere Einkommensgruppe auch für viele Menschen erreichbar ist, kann gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt und die Demokratie stabilisiert werden. Gerade für junge Menschen wird es immer schwerer, sich in der Mittelschicht zu behaupten, von einem Aufstieg dorthin ganz zu schweigen.

In Deutschland ist die Mittelschicht seit 23 Jahren kontinuierlich geschrumpft und hat sich auch in Zeiten einer guten Konjunktur nicht erholt.

Daraus leitet die AfD klare Forderungen an die Politik ab:

- ▶ Die Aufstiegschancen für junge Menschen müssen verbessert werden, zum Beispiel durch eine Ausbildungsgarantie.
- ▶ Die Möglichkeiten für und Inanspruchnahme von Erwachsenenbildung muss gestärkt werden, damit die Beschäftigungsfähigkeit erhalten bleibt.
- ▶ Umfassende Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung müssen genutzt werden, um neue, gute und sozial abgesicherte Arbeitsplätze zu schaffen.
- ▶ Die steuerliche Belastung der Arbeitnehmer muss reduziert werden.
- ▶ Die Familien müssen finanziell so gestärkt werden, dass Eltern wieder eine echte Wahlfreiheit haben, wie lange sie ihre Kinder in der Familie betreuen.

128. Pflegesituation in Niedersachsen verbessern

3/4 der Pflegebedürftigen werden in Niedersachsen zu Hause durch die Familie gepflegt. Somit tragen die Familien der Pflegebedürftigen die Last der Pflege. Dabei sind auch viele Kinder zwischen 12 und 18 Jahren, in die Pflege der Angehörigen ganz oder teilweise eingebunden.

Fürsorgliche Pflege kostet Zeit und Geld. Aus diesem Grund fordert die AfD eine Erhöhung der Pflegesätze und eine deutliche Aufwertung der Häuslichen Pflege.

9. Arbeit schafft Wohlstand

Statt durch den Hebel der Beschäftigung die Sozialkassen zu stärken, wird durch die derzeitige Praxis deren Gesamtsituation kontinuierlich verschlechtert.

Die Aufnahme immer weiterer Migranten durch die Freizügigkeitsregel der EU und die Politik der Altparteien auf Bundes-, Landes und Kommunalebene frisst unseren Wohlstand und lässt keinen Platz zur Verbesserung der Situation der deutschen Bevölkerung. Wir brauchen endlich wieder Konzepte für unsere Bürger, die unsere Bürger und unser Land weiterbringen.

129. Die AfD fordert ein Ende der geschönten Arbeitslosenstatistik

In den letzten Jahrzehnten haben die Altparteien durch immer neue Maßnahmen die tatsächliche Arbeitslosigkeit schön gerechnet, indem bestimmte Gruppen von Arbeitslosen einfach nicht mehr mitgezählt wurden.

Jede Analyse der Situation bedarf korrekter Zahlen. Somit gehören alle, die Arbeit suchen, aber derzeit in einer Qualifizierungsmaßnahme sind, natürlich ebenfalls zu den Arbeitslosen. Das gleiche gilt für Ältere, die aufgrund von Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit nicht mehr mitgezählt werden oder aber für Kranke, welche aufgrund ihrer Krankheit aktuell heraus gerechnet werden.

Wer jedes Jahr Hunderttausende von Armutsmigranten ins Land lässt, braucht sich nicht zu wundern, dass die Arbeitslosenquote unter gering qualifizierten Menschen steigt. Gleichzeitig fordern dann die Altparteien, diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt werden nicht durch Einwanderung von Unqualifizierten, sondern durch Qualifizierung der vorhandenen Arbeitslosen und Produktivitätssteigerungen in der Wirtschaft gelöst. Nur dies sichert unseren Wohlstand auch in Zukunft und schafft die Basis für ein funktionierendes Sozialsystem.

130. Keine Gleichstellung von Personen mit langer Erwerbsbiografie und Zuwanderern

Arbeitslosigkeit kann jeden treffen. Sei es durch Langzeiterkrankung, Konkurs des Arbeitgebers oder den massiven Wandel in der Arbeits- und Industriewelt, wie dieser aktuell unter dem Oberbegriff „Digitalisierung 4.0“ oder dem „Great Reset“ von den Eliten betrieben wird.

Die AfD fordert, dass bei der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I die Dauer der Vorbeschäftigung (Erwerbsbiografie) berücksichtigt werden muss.

Wer lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, darf nicht schon nach 12 Monaten in das Arbeitslosengeld II abgeschoben werden. Gerade ältere Arbeitnehmer werden hier massiv benachteiligt. Die finanzielle Gleichstellung von jahrelang Erwerbstätigen und in die Sozialsysteme Zugewanderten lehnen wir deshalb strikt ab.

131. Leiharbeit angemessen entlohnen

Leiharbeit bietet Arbeitgebern die Möglichkeit, auf Schwankungen bei der Produktnachfrage flexibler zu reagieren. Umgekehrt nimmt der Arbeitnehmer dafür deutliche Nachteile gegenüber Festangestellten in Kauf.

Für die AfD ist es daher selbstverständlich, dass diese Situation nicht einseitig zum Nachteil des Arbeitnehmers gestaltet sein darf.

Konkret heißt dies: Leiharbeitnehmer sind vergleichbaren Stammarbeitnehmern hinsichtlich der Entlohnung ab dem 1. Arbeitstag gleichzustellen.

Um dem erhöhten Kündigungsrisiko und der erwarteten Flexibilität der Leiharbeitnehmer Rechnung zu tragen, wollen wir eine Flexibilitätsprämie einführen. Sie wird als prozentualer Aufschlag auf das maßgebliche Arbeitsentgelt geleistet.

132. Mindestlohn stärken

Die AfD spricht sich ganz klar für Mindestlöhne im Kampf gegen Lohndumping als Folge von EU-Freizügigkeit und der Massenzuwanderung gering qualifizierter Flüchtlinge aus.

133. Qualifikation statt Alimentierung

Landes- und Bundesregierung konnten in den letzten Jahren die tatsächliche Arbeitslosigkeit nicht wirklich dauerhaft senken. Lediglich durch Anpassung der Statistik wurde ein entsprechender Eindruck erweckt. Die heutigen Eingliederungs- / und Qualifizierungsmaßnahmen gehen am Arbeitsmarkt vorbei. Daher kann aus einem Pool von mehreren Millionen Arbeitslosen nur eine geringe Zahl an Arbeitsplätzen besetzt werden. Die Quote der Langzeitarbeitslosen bleibt daher weiter unverträglich hoch.

Wir vertreten als Lösungsansatz eine gezielte Qualifikation geeigneter Arbeitsloser oder Hartz IV-Empfänger in Abstimmung insbesondere mit den kleinen und mittelständischen Unternehmen, in denen in Deutschland 80 % aller Arbeitnehmer beschäftigt sind. Nur so kann sichergestellt werden, dass derartige Maßnahmen den tatsächlichen Arbeitsmarkterfordernissen entsprechen.

134. Eingliederung und Weiterbildung gezielt fördern

Eine Eingliederung mit nach und nach sinkenden Zuschüssen soll zunächst die Kosten für Einarbeitung/Weiterbildung des Arbeitnehmers auf Seiten des Arbeitgebers kompensieren, berücksichtigt aber dann auch die zunehmende Einsetzbarkeit des Arbeitnehmers im Arbeitsprozess.

Relativ hohe Anfangszuschüsse steigern dabei den Anreiz für Arbeitgeber, z. B. einen Langzeitarbeitslosen seinen Erfordernissen entsprechend selbst zu qualifizieren.

So entsteht aus einem Sozialempfänger ein Sozialbeitragszahler. Das ist das Ziel der AfD.

135. Neustart nach Kindererziehung erleichtern

Kind und Karriere sind für viele derzeit noch zwei gegensätzliche Entscheidungsalternativen. Aus Angst vor beruflichen Nachteilen oder aus Gründen fehlender betrieblicher Angebote entscheiden sich zudem viele hochqualifizierte Fachkräfte aktuell leider gegen ein Kind.

Junge Frauen wollen sich um ihre Kinder kümmern, aber auch später wieder entsprechend berufstätig sein.

Wir wollen Weiterbildungen bei Änderungen am Arbeitsplatz, um Müttern die Aufnahme der Tätigkeit im alten Job zu erleichtern. Hierzu sind die Belange der Arbeitgeber und der Mitarbeiter abzustimmen.

136. Eltern/Frauen, die Kindererziehung leisten, dürfen nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung benachteiligt werden

Nur wer in den 20 Jahren von dem Renteneintritt mindestens 18 Jahre in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert war, kann auch als Rentner weiter in der gesetzlichen Pflichtversicherung bleiben.

Da die Frauen in Deutschland bei der Geburt ihrer Kinder immer älter werden, führt dies häufig dazu, dass die Rückkehr in den Beruf erst zum Ende der vierziger Lebensjahre erfolgt, da sie sich zuvor häufig um die Kindererziehung kümmern.

Genau dieser Personenkreis, der eh durch geringere Ansparleistungen in der Rentenversicherung im Alter schon schlechter gestellt ist, wird aktuell vom Gesetzgeber noch weiter benachteiligt, da er dann ab dem Renteneintritt plötzlich in die teurere private Krankenversicherung für Rentner wechseln muss. Die AfD hält diesen Zustand für vollkommen inakzeptabel. Wir wollen diesen Missstand umgehend ändern und Kindererziehungszeiten bei der Berechnung der Vorversicherung entsprechend anrechnen.

137. Über eine Million Langzeitarbeitslose sind zu viel

Wer in Deutschland länger als 12 Monate arbeitslos gemeldet ist, wird von der Arbeitsagentur als Langzeitarbeitsloser geführt und erhält evtl. keine Stellenvorschläge mehr. Seit Jahren gibt es mehr als eine Million Langzeitarbeitslose.

Diese Menschen müssen nicht mehr beim Arbeitsamt vorstellig werden und einen Nachweis ihrer Bewerbungen vorlegen. Dieses Vorgehen betrifft insbesondere die Personengruppe der 50- bis 64-Jährigen in Deutschland. Ab 63 Jahren erfolgt dann die Zwangsverrentung, wenn Arbeitslosengeld II gezahlt wird.

138. Ältere Arbeitnehmer gehören nicht aufs Abstellgleis

Die deutsche Gesellschaft altert stark, negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt sind aber nicht zwangsläufig, da sich unter den älteren einheimischen Bürgern sehr viele Fachkräfte befinden. Aus diesem Grunde gilt es, unsere qualifizierten und erfahrenen älteren Menschen nicht fahrlässig auf das Abstellgleis zu schieben, sondern sie als Potenzial und Bereicherung für die Wirtschaft wie auch für unser Land allgemein zu betrachten. Auch ältere Arbeitnehmer sind ein integraler Bestandteil des Arbeitsmarktes, ihnen sind seitens der Politik und Wirtschaft Wertschätzung und Anerkennung entgegenzubringen. Sie sind es, die durch ihre wertvolle Erfahrung den Unterschied ausmachen und so die beste Qualität liefern.

Wir fordern daher, dass die Zwangsverrentung durch das Jobcenter beendet wird. Die Zwangsverrentung gibt es nur, um Statistiken zu schönen.

139. Das Potenzial älterer Arbeitnehmer optimal nutzen

Viele ältere Arbeitnehmer haben in einem langen Berufsleben Fähigkeiten und Erfahrungen gesammelt. Diese gilt es weiter für den Arbeitsmarkt nutzbar zu machen.

Wir fordern daher, altersgerechte Berufsbiografien zu erleichtern. Dazu gehören beispielsweise die zu verbessernden Programme für Aus- und Weiterbildung sowie Möglichkeiten der individuelleren Arbeitszeitgestaltung, um den Übergang vom Arbeitsleben in die Rente fließender zu machen und auch Arbeitswünsche über das Rentenalter hinaus zu erleichtern.

140. Aktualität gemeldeter offener Stellen der Jobbörse der Arbeitsagentur

In der Statistik der Agentur für Arbeit finden sich zu oft Stellen, die schon längst besetzt sind. Dies ergibt ein falsches Bild des Arbeitskräftebedarfes. Hier muss korrekt gearbeitet werden. Daher fordern wir bessere, zeitnahe Überprüfungen der gemeldeten offenen Stellen. Nur dann entspricht die Statistik auch der wirklichen Situation am Arbeitsmarkt.

141. Abwanderung von Fachkräften entgegenwirken Zuwanderung Geringqualifizierter stoppen

In den letzten Jahren haben jedes Jahr ca. 300.000 überwiegend junge Deutsche unser Land verlassen, um eine Arbeit im Ausland anzunehmen. Die Ursachen sind vielfältig, zeigen aber in einigen Bereichen

doch sehr deutliche Nachteile der Situation in Deutschland. Überlastungen im Gesundheitsbereich, hohe Besteuerung von Arbeit und Leistung, überbordende Bürokratisierung und mangelnde Freiheit bei der Berufsausübung bis hin zu unzureichender Förderung von Zukunftstechnologien und Existenzgründern. Viele Problemfelder lassen sich klar benennen und könnten verändert werden. In den Altparteien fehlt dafür jedoch der Wille.

Statt immer mehr gering qualifizierte Menschen, häufig mit zusätzlichen Lasten für die Sozialsysteme, nach Deutschland zu holen, **fordert die AfD, endlich Maßnahmen, um der massenhaften Auswanderung gut ausgebildeter deutscher Fachkräfte entgegenzuwirken.** Diese sind in Deutschland zur Schule gegangen und wir alle haben vielfach ihre Ausbildung an deutschen Universitäten mitbezahlt. Jetzt zuzusehen, wie viele unser Land verlassen, um anderswo zu arbeiten und natürlich dann dort Steuern und Sozialabgaben zu bezahlen, ist völlig unsinnig.

142. Arbeitsmarktpolitik verbessern

Arbeitsmarktpolitik greift tief in die individuellen Belange der Bürger ein. Zum einen, wenn sie als Arbeitslose Zielgruppe von Arbeitsmarktpolitik sind, zum anderen ist auch ein Großteil der Arbeitnehmer von arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen betroffen. Dazu zählen Regelungen zur Arbeitszeit oder zum Beitrag für die Arbeitslosenversicherung/Arbeitsförderung.

Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesrepublik Deutschland stützt sich auf drei Säulen: Die Arbeitsvermittlung, die Arbeitslosenversicherung und die aktive Intervention in den Arbeitsmarkt mit Maßnahmen wie der beruflichen Fort- und Weiterbildung sowie Umschulungen.

Kernpunkte der Arbeitsmarktpolitik sind die Vollbeschäftigung, aber auch die Senkung der Lohnnebenkosten und Sicherung der Erwerbsbiografien.

Grundvoraussetzung für eine Senkung der Arbeitslosigkeit und der Zahl der Hartz IV-Empfänger sowie der damit verbundenen Kosten ist natürlich die Einbeziehung des entsprechenden Personenkreises in die Vermittlungstätigkeit. Völlig unverständlich ist es daher, dass im November 2019 nur 36 % der Leistungsbezieher von Hartz IV als arbeitslos gemeldet waren. 64 %, also fast 2/3, wurden nicht in der Vermittlungstätigkeit erfasst.

Die AfD fordert einmal mehr ein sachgerechtes und ungeschöntes Vorgehen.

143. Jugendarbeitslosigkeit senken – Abschlussquote für Schule und Ausbildung erhöhen

Wir haben in Niedersachsen ca. 9 % Jugendliche ohne Ausbildung. Ein wichtiges Ziel von Arbeitsmarktpolitik muss es sein, diesen Anteil zu senken und so späterer Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Die AfD fordert daher ein Wiederaufleben des Programmes JUMP.

Nicht fehlen darf an dieser Stelle natürlich der Verweis darauf, dass eine wesentliche Ursache der Jugendarbeitslosigkeit nicht im Arbeitsmarkt, sondern bereits in ungenügenden Bildungsleistungen im Schulsystem zu suchen ist. Defizite aus diesem Bereich im Zuge der Arbeitsmarktpolitik aufzuholen, ist schwierig und teuer.

Die AfD fordert daher ganz entschieden eine leistungsorientiertere Schulbildung. Wir alle wissen, lernen tut der Mensch sein ganzes Leben. Die Schule soll in erster Linie gut auf den Übertritt in einen neuen Lebensabschnitt vorbereiten.

10. Die Familien sind das Herz und die Zukunft unserer Nation

144. Für den Erhalt der Familie als Grundpfeiler unserer Gesellschaft

Die AfD bekennt sich zur Familie als grundlegender Pfeiler unserer Gesellschaft. Die Familie sichert den Bestand des deutschen Volkes, und das über Generationen hinweg.

Idealerweise besteht die Kernfamilie aus Vater, Mutter und Kindern. Andere Lebensmodelle lehnen wir nicht ab. Was wir allerdings ablehnen, ist das Herabwürdigen der traditionellen Familie.

Familie beinhaltet die Erziehung der Kinder, Sicherheit, Obhut, Heimat und Liebe. Auch die Betreuung und Fürsorge betagter oder kranker Angehöriger ist ein unabdingbarer Wert einer Familie.

Wir wollen die Familien in Niedersachsen unterstützen und ein klares Zeichen für ein Ja zum Leben und zur Zukunft setzen.

145. Übergriffe des Staates in die Familien verhindern

Aus gutem Grund hat das Grundgesetz in Artikel 6 die Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung gestellt. Die AfD stellt sich klar gegen die populistische Forderung, „Kinderrechte“ ins Grundgesetz aufzunehmen. Hinter diesem Begriff verbirgt sich in Wahrheit ein Angriff gegen Eltern, Kinder und Familien, denn durch diese Änderung würde sich der Staat ein unangemessenes Eingriffsrecht in die Kindeserziehung erzwingen. Deswegen hat der Gesetzgeber die gesamte Familie unter Schutz gestellt und nicht nur Teile von ihr. Wir haben den Anspruch, Familien zu schützen - auch vor unangemessener staatlicher Einflussnahme.

Es ist die Pflicht eines Staates, finanzielle Hindernisse hinsichtlich der Familienplanung zu minimieren und im Gegenzug die Erziehungs- und Fürsorgeleistung der einzelnen Mitglieder anzuerkennen.

146. Die Familie aufwerten und sichern

Die AfD setzt sich für eine kinderfreundliche und Familien wertschätzende Gesellschaft ein. Die Familie spielt für etwa Dreiviertel der Deutschen nach wie vor eine sehr wichtige Rolle, aber ihre gelebte Bedeutung hat über die Jahre stark abgenommen. Angst vor sozialem Abstieg, Armutsrisiken und Unsicherheit sind mit ursächlich dafür, dass Kinderlosigkeit zu etwas Alltäglichem geworden ist. Dies ist auch hinsichtlich der demografischen Entwicklung ein besorgniserregender Trend, welcher sich seit Jahrzehnten abzeichnet. Eine höhere Geburtenrate in Niedersachsen ist notwendig, wenn unsere Gesellschaft und Kultur für die Zukunft bewahrt werden sollen.

Wir fordern eine größere Anerkennung der Erziehungsleistung sowie eine Familienpolitik, die gerade junge Menschen zur Familiengründung ermutigt und sie finanziell entlastet.

147. Familien finanziell entlasten

Der Aspekt finanzieller Gerechtigkeit ist für eine familienfreundliche Politik ungemein wichtig. Erst wenn eine echte steuerliche Entlastung von Familien der Regelfall wird, kann von Solidarität mit Familien ernsthaft gesprochen werden. Kinder dürfen kein Armuts- und Abstiegsrisiko sein! Vielmehr ein Grund für gesellschaftliche Anerkennung und höheren sozialen Status. Das bestehende Steuerrecht ist kompliziert und veraltet.

Das Ehegattensplitting soll erhalten, aber zum Familiensplitting weiterentwickelt werden, sodass der Steuertarif der gemeinsamen Kinderanzahl angepasst und der sozialen Lage der Familie gerecht wird. Dieses Familiensplitting sollte auch bei Trennungen und bis zum 18. Lebensjahr der Kinder bzw. bis zum Ende der ersten Berufsausbildung (max. bis 27) erhalten bleiben.

Zusätzlich sollen Eltern zur Herstellung der Lastengerechtigkeit bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden, ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird.

148. Bezahlbarer Wohnraum für Familien

Neben der Schaffung von günstigen Mietwohnungen wollen wir auch möglichst viele Familien in die eigenen vier Wände bringen. **Bauland soll vergünstigt an Familien abgegeben werden.** Statt teurer Förderung von Energieeffizienzhäusern wollen wir **gestaffelte Teilerlasse nach Kinderzahl.**

149. Hebammenberuf unbedingt erhalten

Nach wie vor gibt es zu wenige Hebammen. Aktuell bestimmt eine EU-Richtlinie eine schrittweise Akademisierung des Berufsstandes. Fraglich ist, ob diese Neuerung einen Anreiz schaffen wird, den Beruf der Hebamme wieder attraktiver zu machen. Womöglich werden engagierte Frauen ohne Studiemöglichkeit ausgegrenzt.

Bisher war unser System der Berufsausbildung qualitativ hochwertig und anerkannt. Die Probleme hinsichtlich der Berufshaftpflichtversicherung und des Sicherstellungszuschlags für Hebammen, die Geburten betreuen, sind noch nicht vollumfänglich gelöst. Dies ist unverständlich und der Hauptgrund für den Hebammenmangel.

Wir fordern als Partei, die klar das Leben bejaht, die Berufsgruppe der Hebammen dringend zu unterstützen, um zu gewährleisten, dass Mütter und Kinder einen optimalen Start ins Leben erfahren.

150. Ehe stärken – Trennungsfolgen mindern

Kinder sind die Hauptleidtragenden, wenn sich die Eltern trennen. Die daraus resultierenden Schäden müssen reduziert werden, indem die Problematik aus der Sicht des Kindes betrachtet wird. Dazu zählen auch die Unterstützung und Beratung getrenntlebender Eltern.

Da die Mehrheit der Trennungskinder bei den Müttern aufwächst, ist ein besonderes Augenmerk auf die Einbeziehung der Väter in die Erziehung zu legen. Kinder brauchen Vater und Mutter, die jeweils unterschiedliche Aspekte für die Entwicklung einbringen. Kinder dürfen nicht als Druckmittel oder Instrument der Rache dienen, indem der Kontakt dem anderen Partner erschwert oder verwehrt wird. Die Umgangsrechte und -pflichten beider Elternteile müssen entsprechend gestärkt werden. Wir fordern auch bei nichtehelichen Kindern ein gemeinsames Sorgerecht ab der Geburt.

Umgangsbehinderung stellt ein schwerwiegendes Fehlverhalten dar, welches den betroffenen Kindern sowie dem anderen Elternteil nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügt.

Ein derartiges Verhalten kann nicht toleriert werden und muss bei fehlender Einsicht des boykottierenden Elternteils zur Einschränkung des Sorgerechts zu Gunsten des kooperativen Elternteils führen, wenn es keine schwerwiegenden Gründe für die Umgangsverweigerung gibt.

151. Alleinerziehende Eltern unterstützen

Die Lebensrealität zeigt das Zerbrechen jeder dritten Ehe und eine Vielzahl von Eltern, häufig Mütter, die zu Alleinerziehenden werden.

Die Lebenssituation, alleinerziehend zu sein, darf nicht zu Armut führen oder negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder bedeuten.

Die AfD fordert deshalb eine bessere Unterstützung durch die Solidargemeinschaft.

152. Familienstrukturen generationsübergreifend stärken

Die Jugend, aber auch die Senioren sind Teil unserer Familien. Die AfD steht für die Förderung häuslicher, familiennaher Pflege von Senioren und einem Ausbau von Mehrgenerationenhäusern. Regionale Strukturen müssen zum Wohl der Familie gefördert werden, um der Entwicklung des Auseinanderfallens von Familien und der Einsamkeit von Senioren entgegenzuwirken.

153. Bewegung unserer Kinder fördern und Familien unterstützen

Die Zahlen der übergewichtigen Kinder steigen, das Leben unserer Jugend spielt sich mehr und mehr digital ab. Um diesem negativen Trend entgegenzuwirken, die Familien finanziell zu entlasten und auch um die Nachwuchsförderung unserer Sportvereine in Niedersachsen zu unterstützen, soll jedes Kind die Möglichkeit erhalten, **in einen Sportverein seiner Wahl beitragsfrei einzutreten**. Die Kosten hat das Land Niedersachsen zu tragen.

154. Die Gefahren der „Virtual Reality“ für unsere Jugend ernst nehmen

Viele digitale Neuerungen erweisen sich als hilfreich und fortschrittlich. Kinder und Jugendliche sind vermehrt mit der Digitalisierung von großen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens konfrontiert. Aber die Gefahren des Internet und der „Virtual Reality“ müssen mehr ins Bewusstsein rücken: Es drohen Cyber-Mobbing, Datenmissbrauch, die sittliche Desorientierung und Verrohung von Kindern und Jugendlichen durch Pornografie und Gewalt oder Straftaten bis hin zu Sexualdelikten.

Wir fordern daher dringend eine vermehrte Aufklärung über digitale Medien. Nicht nur Schulen, sondern auch Eltern sind gefragt, hierbei Verantwortung zu übernehmen, wenn es um den maßvollen und zeitlich begrenzten Umgang mit dem Internet geht.

Vorbeugende Maßnahmen der Schulen und mehr Anlaufstellen müssen zur Unterstützung geschaffen werden, wenn Kinder Opfer von Cybermobbing oder Internetkriminalität wurden.

155. Frauen unterstützen – ungeborenes Leben schützen

Die AfD fordert, im Beratungsgespräch für Schwangere in Not sollten Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch erwägen, auch die Alternative der lebensrettenden Adoptionsfreigabe ausreichend vermittelt werden. Diese verdient den Respekt der Gesellschaft. Besonders sensibel umgegangen werden muss mit Frauen, die durch eine Gewalttat schwanger geworden sind.

Schwangerschaftsberatung in Konfliktsituationen darf nicht ergebnisoffen sein, sondern muss mit dem Ziel der Bejahung des Kindes erfolgen. Die AfD Niedersachsen nimmt folgende Position des Grundsatzprogramms für sich in Anspruch: „Die AfD steht für eine Kultur des Lebens und ist im Einklang mit der deutschen Rechtsprechung der Meinung, dass der Lebensschutz bereits mit dem Embryo beginnt.“

Es ist notwendig, dass das geltende Verfassungsrecht umgesetzt wird, den Schutz der Ungeborenen in den Lehrplänen der Schulen sowie im öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk ausreichend zu thematisieren.

156. „Gender Mainstreaming“ keine Plattform geben

Die dem Gender Mainstreaming zugrunde liegenden Theorien haben mit Wissenschaft nichts zu tun, sondern widersprechen der naturwissenschaftlich orientierten Anthropologie.

Gender Mainstreaming versucht, der Gesellschaft, besonders Kindern und Jugendlichen, unentwegt eine Dekonstruktion der Geschlechter „Mann“ und „Frau“ aufzuzwingen. Es findet ein fundamentaler

Angriff auf die natürlichen Grundlagen unserer Gesellschaft statt, den die AfD entschieden ablehnt. Wir fordern, dass endlich damit aufgehört wird, die Lebensrealität der meisten Menschen in Niedersachsen zu ignorieren. Diese identifizieren sich sehr wohl mit einem der Begriffe männlich oder weiblich. Aus diesem Grund lehnen wir eine auf linken Ideologien basierende Pseudowissenschaft wie „Gender Studies“ sowie die Politik des „Gender Mainstreaming“ ab. Die finanzielle Förderung ideologischer Gender-Projekte muss sofort eingestellt werden.

157. Frühsexualisierung unserer Kinder verhindern

Die Frühsexualisierung unserer Kinder muss gestoppt werden. Die schon im Kindergarten propagierte Frühsexualisierung zielt nicht auf eine altersgerechte Aufklärung, sondern auf die Manipulation unserer Kinder ab. Sie bewirkt eine Verunsicherung bis hin zur Zerstörung von geschlechtlicher Identität, eine Beseitigung natürlicher Schamgrenzen und wichtiger Schutzräume. Jede Form der Frühsexualisierung unserer Kinder muss unterbunden werden.

158. Kinder brauchen Bindung

Eine Fremdbetreuung von Kindern unter drei Jahren lehnen wir entschieden ab, da in dieser Zeit die Bindung zwischen Vater, Mutter und Kind entscheidend ist.

Familien brauchen eine echte Wahlfreiheit zwischen der Kinderbetreuung zu Hause und der Fremdbetreuung in einer Kita.

Der Staat hat die finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, so dass diese Entscheidung ausschließlich innerhalb der Familien getroffen werden kann. Keine Familie darf aus finanziellen Gründen dazu gezwungen sein, ihr Kind in eine Kita abgeben zu müssen.

Das Ziel der AfD ist es, Familien darin zu unterstützen, ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können.

159. Corona-Impfpflicht für unsere Kinder verhindern

Die Entwicklung eines Impfstoffes dauert normalerweise mehrere Jahre. Soviel Zeit ist notwendig, um Nebenwirkungen und Spätfolgen abschätzen zu können und alle Genehmigungsverfahren zu durchlaufen. Die neuartigen Impfstoffe gegen das Corona-Virus dagegen wurden in wenigen Monaten entwickelt. Eine ausreichende Testung gab es nicht. Hinzu kommt, dass diese Impfstoffe anders als herkömmliche Impfstoffe nicht auf einer Immunantwort auf abgeschwächte Erreger beruhen, sondern völlig neuartige Verfahren nach sich ziehen, um den Körper zur Produktion von Antikörpern anzuregen. All das sollte uns skeptisch stimmen. Berichte von allergischen Reaktionen, Herzinfarkten, Thrombosen und Todesfällen in Zusammenhang mit der Impfung zeigen uns, dass der Impfstoff ein nicht einschätzbares Risiko birgt.

Aus diesem Grund lehnen wir eine Impfpflicht und eine Einschränkung der Grundrechte für Ungeimpfte generell ab, aber besonders für unsere Kinder, für die die Eltern die Verantwortung tragen, ab.

Die AfD wird alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um eine Zwangsimpfung für unsere Kinder zu verhindern.

11. Gesundheitsversorgung sichern – Strukturen modernisieren

160. **Gesundheit ist keine Ware**

Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen; sie zu schützen, muss das oberste Gebot einer guten Gesundheitspolitik sein. Bei der Ausrichtung gesundheitspolitischer Maßnahmen muss das Patientenwohl immer im Mittelpunkt stehen. Wirtschaftliche Interessen müssen hintangestellt werden. Gesundheit kann und darf kein Geschäft sein. Der Verkauf kommunaler Krankenhäuser an ausschließlich gewinnorientierte, private Klinikkonzerne hat sich als Fehler herausgestellt.

Die AfD fordert, die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser durch Abbau des Investitionsstaus zu verbessern. Im letzten Jahr wurde der bestehende Investitionsstau mit 2,2 Milliarden Euro beziffert. Die vom Land zur Verfügung gestellten Fördermittel für Baumaßnahmen in Höhe von derzeit 120 Millionen Euro jährlich müssen verdoppelt werden. Zudem bedarf es aus Sicht der AfD eines landeseigenen Strukturfonds in Höhe von einer Milliarde Euro zur Beschleunigung einer Verbesserung der stationären Versorgung.

161. **Mehr lokale Gesundheitszentren**

Neben der niedergelassenen und freiberuflichen Ärzteschaft als einer tragenden Säule der Gesundheitsversorgung begrüßen wir auch alternative Versorgungsformen wie lokale Gesundheitszentren. Lokale Gesundheitszentren versammeln ein breites Spektrum an Fachrichtungen und können moderne Arbeitszeitmodelle anbieten und sich somit an die neuen Anforderungen junger Absolventen anpassen. Das erprobte Modell der Polikliniken wird hier in Ansätzen erfolgreich weitergeführt. Die Führung der Gesundheitszentren durch Klinikkonzerne sehen wir kritisch, da diese einen Teil der Daseinsvorsorge darstellen und der Patient nicht nur noch als Objekt in einer auf Gewinnmaximierung gedrehten Krankenhausmaschinerie betrachtet werden darf.

162. **Hebammen aktiv unterstützen**

Die AfD Niedersachsen will die Geburt zu Hause oder in Geburtshäusern als alternatives Angebot auch in der Fläche erhalten. Ausgleichszahlungen oder der Sicherstellungszuschlag lösen das grundsätzliche Problem immer weiter steigender Haftpflichtprämien nicht.

Wir fordern daher, die freiberuflich tätigen Hebammen von der Berufshaftpflichtversicherung zu entlasten.

163. **Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln**

Wir werden die Zusammenarbeit der Leistungserbringer insbesondere bei chronisch Kranken fördern sowie die Gesundheitsberufe besser organisieren und weiterentwickeln. Die mangelnde Vernetzung der Akteure und die oft mangelhafte Patientenzentrierung sind zentrale Kostentreiber im deutschen Gesundheitswesen.

Deshalb fordern wir die substanzielle Weiterentwicklung von regionalen Gesundheitsnetzwerken, um Steuerungsmöglichkeiten vor Ort mit einem hohen Maß an Bürgerbeteiligung zu schaffen.

164. **Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung**

Die 2003 eingeführte Vergütung stationärer Leistungen in Form von diagnosebasierten Pauschalen hat dazu beigetragen, dass einst rentabel geführte, wohnortnahe Krankenhäuser unrentabel geworden und in wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Privatisierungen, Schließungen und Zusammenlegungen waren und sind die Folge.

Wir können und wollen uns wirtschaftlichen Realitäten nicht verschließen. Aber wir wollen diese Entwicklung ergebnisoffen prüfen und gesundheitspolitische Fehlentscheidungen im Sinne der Patienten abwenden. Den Rückzug staatlicher bzw. kommunaler Krankenhausträger aus der stationären Versorgung sehen wir kritisch. Bei der wirtschaftlich gebotenen Zusammenlegung von Standorten setzen wir auf Bürgerbeteiligung und Transparenz. Es muss sichergestellt werden, dass damit keine Verschlechterung der Versorgung verbunden ist.

Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, die Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten in kommunale Hände zurückzuführen und zu erhalten. Eine weitere Industrialisierung der Medizin durch Klinikkonzerne lehnen wir ab.

165. Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern

Die AfD Niedersachsen fordert, dass Notfallpraxen, sog. Portalpraxen, flächendeckend an die Krankenhäuser, die mit ihnen zusammenarbeiten, angegliedert werden und 24 Stunden am Tag für die Patienten erreichbar sind. Dies reduziert die teure und fehlgesteuerte Inanspruchnahme der Krankenhausambulanzen und erhöht die Sicherheit der Akteure.

166. Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache

Gesundheit ist immer auch eine Frage des Vertrauens. Ärzte und Pflegekräfte, die den Patienten nicht verstehen, sind wenig geeignet, Vertrauen zu schaffen.

Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, müssen daher die deutsche Sprache in Wort und Schrift sicher beherrschen.

167. Besser vorsorgen

Das beste Gesundheitssystem ist eines, das so wenig wie möglich in Anspruch genommen wird. In Deutschland besteht Einigkeit darüber, dass Prävention neben der kurativen Medizin, der Rehabilitation und der Pflege zu einer vierten Säule im Gesundheitswesen ausgebaut werden soll. Prävention vermeidet nicht nur Krankheiten, sondern steigert auch die Lebensqualität und die Lebensdauer. Durch entsprechende Förderprogramme und Angebote in Schulen wollen wir erreichen, dass Kinder und junge Erwachsene von vornherein über die Risiken einer ungesunden Lebensführung aufgeklärt und zu einer gesunden Lebensführung angeregt. Wir möchten die allgemein verbreitete Fragestellung: „Ich bin erkrankt, was mache ich jetzt?“ durch die Fragestellung „Wie werde ich gar nicht erst krank?“ ersetzen. Die Rahmenvereinbarung zum Präventionsgesetz verpflichtet das Land, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kommunen und Kreise in die Lage versetzt werden, diese Mittel abzurufen und zu verwenden.

Wir fordern daher von der Landesregierung ein kostenfreies Schulessen nach den Zertifizierungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung anzubieten, sodass unseren Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern ein gesundes Wachstum ermöglicht wird.

168. Den Kommunen die Durchführung von Prävention ermöglichen

Mit dem Präventionsgesetz 2015 sind die Krankenkassen gesetzlich dazu verpflichtet worden, Mittel für Präventionsprogramme auch in allen niedersächsischen Gebietskörperschaften vorzuhalten.

Das Land Niedersachsen hat dafür zu sorgen, dass alle Kommunen diese Mittel auch abrufen und einsetzen können.

169. Bewegung und sportliche Betätigung sind fester Teil des Lebens

Wir unterstützen sowohl den Schul- als auch den Vereinssport, weil beiden Bereichen eine entscheidende Rolle für die Gesundheit der Bevölkerung zukommt.

Die AfD fordert daher ein Sportförderprogramm zur Verhinderung von Ausfällen beim Schulsport, bei dem die Sportvereine eingebunden werden.

170. Pflegefachkräftemangel beheben statt beklagen

Die Pflegebranche leidet unter akutem Fachkräftemangel. Die Zahl alter und pflegebedürftiger Menschen steigt ständig an, während die Zahl der Fachkräfte sich verringert. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der zukünftige Pflegepersonalbedarf auf Basis der Ermittlung des individuellen Pflegebedarfs der Patienten und Bewohner abgeleitet wird und so Pflegepersonaluntergrenzen für alle medizinischen Bereiche festgelegt werden.

Angesichts der enormen Belastungen, die mit der Pflegetätigkeit verbunden sind, wollen wir die finanziellen Rahmenbedingungen verbessern und uns unter anderem dafür einsetzen, dass die Gehälter in bundeseinheitlichen Tarifen festgelegt werden und damit auch Abwanderungen entgegenwirken.

Um der Pflege eine Stimme zu verleihen und die Rechte der Pflege zu stärken, fordern wir, dass die Pfleger selbst darüber abstimmen können, ob sie die Errichtung einer gestärkten Standesvertretung mit freiwilliger Mitgliedschaft wünschen.

171. Fachleute in die Aufsichtsgremien

Wir fordern, dass in den Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft eine Besetzung der Aufsichtsgremien durch qualifizierte Fachleute erfolgt, damit erforderliche Reformen nicht am Einfluss von Parteipolitikern scheitern.

172. Antibiotikastrategie forcieren

Bereits heute werden rund 30 % der sogenannten Reserveantibiotika in der industriellen Tierhaltung eingesetzt. Neben der Entwicklung neuer Antibiotika ist ein konsequentes Hygiene-Management wie am Beispiel der Niederlande notwendig, um Infektionen mit Krankenhauskeimen zu verhindern.

Wir fordern deshalb eine Liste von „Reserve-Antibiotika“, die nur dem Menschen vorbehalten sind. Auch alle anderen Quellen der Antibiotikaresistenz – wie etwa die Hygiene in Krankenhäusern – müssen stärker fokussiert und kontrolliert werden.

173. Keine Impfpflicht – Impfen muss freiwillig bleiben!

Die AfD verteidigt das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 GG und die Entscheidungsgewalt jedes Einzelnen über seinen Körper.

Das Corona-Infektionsgeschehen zeigt, dass die bisher zur Verfügung stehenden Impfungen weder ausreichend schützen noch über mehrere Monate wirksam sind. Trotz Impfung überträgt sich das Virus weiter. Die Politik hat die Krankenhäuser vor der Wintersaison weiter geschwächt: Mehr als 4.000 Intensivbetten wurden 2021 abgebaut. Auch die Impfpflicht für das Pflegepersonal, es gibt z. Z. ca. 30 % ungeimpfte Pflegekräfte, hat die Anzahl von betreibbaren Intensivbetten stark reduziert. Um von ihrem Versagen abzulenken, versucht die Politik nun, die Gesellschaft zu spalten: Die Ungeimpften sollen zum Sündenbock für den nächsten „Lockdown“ gemacht werden.

Dabei war kurz nach Beginn der Pandemie bereits klar, dass wir lernen müssen, mit dem Corona-Virus zu leben. Und zwar klug und mit Augenmaß. Eine Welt ohne Viren wird es auch zukünftig nicht geben.

Eine gesunde Lebensweise und soziale Kontakte sorgen für ein robustes Immunsystem und sind durch Impfungen nicht ersetzbar.

Stattdessen wird der Druck auf Ungeimpfte mit der Drohung einer Impfpflicht immer weiter erhöht, und wer heute noch als vollständig geimpft gilt, gilt morgen schon als ungeimpft. Wer sich impfen lassen möchte, kann und soll sich selbstverständlich jederzeit impfen lassen. Für die meisten Menschen stellt eine Corona-Infektion jedoch keine Gefahr dar. Kinder zeigen oft gar keine Symptome. Deshalb darf das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit nicht preisgegeben werden.

Wir müssen unsere Risikogruppen schützen. Aber auch unsere Freiheit. Halten wir zusammen – gegen die Spaltung. Bleiben wir gesund. Aber ohne Zwang!

174. Palliativmedizin ausbauen

Jeder Bürger, dessen Lebensende unausweichlich ist, hat das Recht, sein Leben in Würde und ohne Schmerzen beenden zu können. Dazu bedarf es einer flächendeckenden palliativmedizinischen Versorgung in Form eines ganzheitlichen Konzeptes. Bislang ist der Bedarf an Einrichtungen der spezialisierten Palliativmedizin, wie etwa Hospizen und Palliativstationen, in Niedersachsen nicht gedeckt. Wir fordern daher, das palliativmedizinische Angebot nachhaltig zu fördern und weiter ausbauen.

175. Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld

Die im Rahmen der demografischen Entwicklung zu erwartende Erhöhung der Anzahl der Pflegebedürftigen bei gleichzeitiger Verringerung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel ist eine enorme gesellschaftliche Herausforderung. Zugleich wünschen sich die meisten Menschen, so lange wie möglich im häuslichen Umfeld gepflegt zu werden. Aus diesem Grund setzt sich die AfD ganz besonders für die Interessen von pflegebedürftigen Menschen, pflegenden Angehörigen und Pflegefachkräften ein.

Deshalb wollen wir die häusliche Pflege besser honorieren und Anreize setzen, Angehörige zu Hause zu pflegen. Angesichts der hohen Kosten, die ein Pflegeplatz im Heim erzeugt, sind die Vergütungen für pflegende Familienangehörige noch zu niedrig. Wir fordern auch eine höhere Anrechnung von Pflegeleistungen innerhalb der Familie auf die Lebensleistung und somit auf die spätere Rentenzahlung. Außerdem muss die Eigenbeteiligung in der stationären Pflege begrenzt werden. Im Bereich des Wohnungs- und Städtebaus muss der demografische Wandel berücksichtigt werden, um der alternden Bevölkerung den individuellen Zugang zum gesellschaftlichen Leben so lange es geht zu ermöglichen.

Wir unterstützen auch Wohnmodelle, z. B. Mehrgenerationenhäuser, die es im sinnvollen Rahmen ermöglichen, dass sich Menschen gegenseitig helfen.

176. Stationäre Pflege durch klare Fokussierung verbessern

Der Staat hat nicht die Aufgabe, alle Pflegebedürftigen in staatlichen Pflegeheimen zu betreuen. Das kann er zukünftig auch gar nicht leisten. Er setzt allerdings die Rahmenbedingungen.

Die stationäre Pflege soll vor allem Bedürftigen mit schweren oder mehreren Einschränkungen zugleich (Multimorbidität) dienen, bei denen die Angehörigen oder Mitbewohner überfordert sind und die häusliche Unterbringung nicht mehr vertretbar ist.

Durch eine Konzentration auf diejenigen Menschen, die stationäre Pflege am dringendsten nötig haben, wollen wir die finanziellen Mittel zielgerichtet einsetzen, um darüber hinaus noch Spielraum für die Verbesserung der Situation der häuslichen Pflege zu haben.

177. Pflegeberufe stärken

Die Versorgung in der Pflege muss sich gleichermaßen an den Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen, ihrer Angehörigen und Pflegefachkräften orientieren. Menschenwürdige Pflege braucht qualifiziertes und vor allen Dingen über hinreichend Zeit verfügendes Pflegepersonal.

Ursachen für fehlenden Berufsnachwuchs und die mangelnde Bereitschaft, dauerhaft in pflegerischen Berufen tätig zu sein, sind neben hohem Leistungsdruck und Überlastung auch eine unzureichende gesellschaftliche Wertschätzung des Berufes bei weitgehend inadäquater Entlohnung. Die niedersächsischen Pflegevergütungssätze sind im deutschen Vergleich deutlich zu niedrig. Das akzeptieren wir nicht länger.

Wir fordern an dieser Stelle, dass Niedersachsen eine Vorreiterrolle einnimmt und als Flächenland ein Modellprojekt „Pflege ohne Zeitdruck“ in Deutschland die höchsten Vergütungssätze zahlt.

Um die verschiedenen Pflegeberufe wieder attraktiver zu gestalten, fordern wir

- ▶ eine Entbürokratisierung der pflegerischen Tätigkeiten,
- ▶ mehr und ansprechendere Aus- und Weiterbildungsangebote,
- ▶ eine leistungsgerechtere Vergütung sowie
- ▶ einen verbindlichen länderübergreifenden Mindestpersonalschlüssel für das Pflegepersonal
- ▶ und eine Beendigung des Experimentes der generalisierten Pflegeausbildung.

178. Den Rettungsdienst wieder zur schnellen Hilfe machen

Die Mitarbeiter des Rettungsdienstes sichern Tag für Tag das Leben und die Gesundheit der Bürger. Der Rettungsdienst leistet einen unschätzbar wertvollen Beitrag zu Gesundheitsvorsorge und Gefahrenabwehr. Die Hilfsfrist kann aber durch den Rettungsdienst zukünftig nicht mehr flächendeckend eingehalten werden.

Die AfD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die Hilfsfrist durch den Rettungsdienst eingehalten werden kann. Das bedeutet mehr Dezentralisierung der Rettungswachen und eine Ausweitung der Luftrettung. Das Sicherheitsempfinden der Bürger hängt nicht nur davon ab, wie schnell die Polizei vor Ort sein kann, sondern auch davon, wie schnell in medizinischen Notfällen geholfen werden kann. Für den Patienten zählt jede Sekunde. Wir fordern daher weiterhin, mobile Ersthelfer (First Responder) flankierend zum Rettungsdienst auf freiwilliger Basis in das Notrufsystem aufzunehmen. Der mögliche Einsatz von Sonderwarneinrichtungen für Ersthelfer ist hierbei ebenfalls zu prüfen. Auf Initiative der AfD ist diese Forderung bereits in zwei Landkreisen und einer kreisfreien Stadt in Sachsen-Anhalt erfolgreich umgesetzt worden.

179. Mehr Unabhängigkeit von Importen – auch in der Medizin

Die erste Auseinandersetzung mit dem neuen Coronavirus im Frühjahr 2020 hat uns gezeigt, dass in einer solchen Lage allein die Nationalstaaten handlungsfähig und in der Lage sind, Schutzmaßnahmen zu organisieren. Auch für den Fall, dass wir einmal mit einem gefährlicheren Virus als dem COVID-19-Erreger konfrontiert werden, müssen wir sicherstellen, dass Deutschland sich in einer solchen Krise medizinisch versorgen kann.

Wir fordern deshalb, die Produktion medizinischer Güter in Deutschland gezielt darauf auszurichten, dass wir unabhängiger von instabilen Regierungen oder von fragwürdigen Interessen Dritter werden. Einheimische Unternehmen sollen stärker eingebunden werden. Eine gemeinsame Produktstrategie und Konzeption müssen flankierend begleitet werden. Angesichts der Dimen-

sion und der Kosten der Abhängigkeit von fernen Märkten lohnt sich ein solches Konzept auch für die Volkswirtschaft. Wie in der Landwirtschaft und damit bei der Ernährung unserer Bevölkerung streben wir auch bei versorgungsrelevanten Medikamenten nach größtmöglicher Unabhängigkeit vom Weltmarkt.

Dazu gehört die vorsorgliche Einrichtung von Notfalllagern für kritische bzw. lebensnotwendige Arzneimittel, da Produktionsverlagerungen oder Produktionsausfälle im Krisenfall nicht auszuschließen sind.

180. Abrechnungssystem patientenfreundlich reformieren

Die gesetzliche Regelung des DRG-Systems (Abrechnungssystem der Krankenhäuser) hat dazu beigetragen, dass einst rentable, wohnortnahe Kliniken in wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Hierbei steht nur noch der Abrechnungsfall und nicht der Mensch im Mittelpunkt. Die AfD fordert, das DRG-System abzuschaffen. Es sichert offenbar keine bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung für den Patienten.

12. Bildung ist Zukunft – unser Bildungssystem wiederaufbauen

181. Schule. Aber normal. Für ein leistungsorientiertes Schulsystem und eine ideologiefreie Bildung

Hervorragende Bildung und die Vermittlung von fundierten Kenntnissen, welche durch ein leistungsstarkes Bildungssystem gewährleistet werden, sind ein entscheidender Schlüssel zur Bewältigung der Probleme unseres Landes und zur Erziehung der Jugend zu mündigen Bürgern. Nur durch ein hohes Niveau der Schul- und Universitätsausbildung werden wir in der Lage sein, die Herausforderungen und Aufgaben der Zukunft zu meistern.

182. Ideologiefreie Bildung

Leider müssen wir feststellen, dass die Universitäten und Schulen in Niedersachsen in zunehmendem Maße ihre Kernaufgaben, Bildung und Wissen zu vermitteln, nicht mehr erfüllen können. Sie sind zu einem Experimentierfeld linker Ideologen und praxisferner Theoretiker geworden, so dass die eigentliche Aufgabe von Lehrern, die Erteilung eines niveaureichen Unterrichtes, mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden ist. Das niedersächsische Bildungssystem und -niveau verfallen zunehmend. Hier muss es zum Wohl unserer Kinder unbedingt eine Kehrtwende geben!

Die AfD ist die einzige Partei, die eine grundlegende Wiederherstellung des weltweit anerkannten dreigliedrigen Schulsystems, die Wiedereinführung der Diplom- und Magisterstudiengänge und die Rückkehr zum Leistungsgedanken anstrebt.

183. Inklusion nur mit Augenmaß

Die AfD Niedersachsen steht für Inklusion mit Augenmaß.

Die Inklusion in Regelschulen, wie sie derzeit Anwendung findet, ist ein Irrweg. Hier spielen ideologische Vorstellungen, nicht jedoch das Kindeswohl, der Elternwille oder die Arbeitssituation der Lehrer eine übergeordnete Rolle.

Das in Niedersachsen zurzeit praktizierte System der Inklusion muss bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt als gescheitert angesehen werden. Personalmangel und unzureichende finanzielle Ausstattung der Schulen zeigen schon jetzt, dass die wesentlichen Ziele, die damit verbunden werden, nicht zu erreichen sind. Die Lehrer sind überfordert, denn ein qualifizierter Unterricht auf verschiedenen Niveaustufen gleichzeitig ist schlicht nicht möglich. Eine erzwungene Inklusion auf Kosten der Unterrichtsqualität und auf dem Rücken unserer Kinder darf nicht weiter stattfinden und muss sofort beendet werden. Wir wollen das ehemals gut funktionierende System der Förderschulen wiederherstellen, erhalten und ausbauen.

Die AfD sieht aber auch die Chancen, die mit einer sinnvollen Inklusion verbunden sind. Dabei gilt es, zwei Arten von Inklusion zu unterscheiden:

Die traditionelle, gewachsene Inklusion: Seit Jahrzehnten werden behinderte Schüler, die begabt sind und sich angemessen verhalten können, an Regelschulen unterrichtet. Sie müssen dort dieselben Leistungsanforderungen erfüllen wie ihre Klassenkameraden und erleben alle Höhen und Tiefen des Schullebens. So können sie selbstverständlich auch sitzenbleiben. Allerdings werden sie entsprechend ihrer Behinderung unterstützt. Diese Inklusion mit Augenmaß hat sich bewährt.

Die neue, erzwungene Radikalinklusion: In Niedersachsen dürfen alle behinderten Kinder eine Schulform besuchen, die von ihren Eltern gewählt wird. Das betrifft auch Lernbehinderte, geistig Behinderte und schwer Verhaltensgestörte. Sitzenbleiben können lernbehinderte und geistig behinderte Schüler nicht. Wer die Leistungsanforderungen nicht erfüllen kann, hat Anspruch auf

einen maßgeschneiderten Unterricht im Unterricht, der aber von nur einem Lehrer in der Klasse nicht gewährleistet werden kann. Die betroffenen Lehrer sind dauerhaft überfordert und können niemandem mehr gerecht werden. Es kommt nicht selten vor, dass in einem Klassenraum mehrere Förderkinder mit verschiedenen Behinderungen mit jeweils einer Schulbegleitung unterrichtet werden. Dass in solch einer Situation kein normaler Unterricht möglich ist (allein schon wegen des Lärmpegels), ist verständlich. Finanzpolitiker erhoffen sich von der Abwicklung der Förderschule Einsparungen, die auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft vollzogen werden. Insbesondere die Lernbehinderten sollen in den Regelschulen preiswert untergemischt werden. Wir wollen für jedes Kind, das aufgrund einer Behinderung Lernschwierigkeiten hat, eine angemessene Förderung sicherstellen, die ihm ermöglicht, das Beste aus seiner Situation zu machen. Von daher kann es keine Automatik für eine gemeinsame Beschulung geben.

184. Ganztags als Ausnahme

Die ganztägige „Beschulung“ muss eine Ausnahme bleiben. Sie ist kein bildungspolitisches, sondern eher ein sozialpolitisches Instrument. Ganztags bedeutet mehr Betreuung, aber nicht mehr Unterricht. Dass Schüler nach sechs Stunden Unterricht und einer Mittagspause noch effektiv lernen können, ist eine Missachtung der Realität.

Der Ganztags dient in erster Hinsicht der Förderung der Erwerbstätigkeit beider Elternteile und besonders von Frauen, was der kindgerechten Erziehung zuwider läuft. Sie begünstigt damit die weitere Zerstörung der Familie. Als Nebeneffekt verabschieden sich immer mehr Eltern von der Erziehungsarbeit. Freizeit- und Vereinsaktivitäten wie Musikschule, Sportvereine, Pfadfinder oder Freunde besuchen kommen zu kurz. Individuelle Interessen und Begabungen kann eine Ganztagschule in diesem Ausmaß nicht bieten und fördern. Die Ganztagschule erhöht ebenso nach Ansicht von vielen Ärzten und Psychologen die psychische Belastung von Kindern und gefährdet eine gesunde Entwicklung besonders sensibler Schüler. Die psychische und nervliche Belastung von Kindern und Jugendlichen in der Schule nimmt deutlich zu. Ruhe und Rückzug sind kaum mehr möglich, die ständige soziale Interaktion überfordert viele Kinder.

185. Digitalisierung vorantreiben

Die AfD unterstützt eine für den Lehrbetrieb geeignete Digitalisierung der Schulen. Dafür sind die Schulen mit moderner Hard- und Software auszustatten. Im Einzelnen hat jede Schule mindestens einen Systemadministrator zu bekommen. Des Weiteren muss jeder Klassenraum mit einem Smartboard versehen werden, welches selbstverständlich einen Internetzugang besitzt. Die Einführung von speziellen Schulverwaltungsprogrammen, wie z. B. IServ, die die Kommunikation zwischen Lehrern, Schülern und Eltern erleichtern, ist zu unterstützen.

Allerdings sind alle Bestrebungen abzulehnen, auch den Unterricht selbst zu digitalisieren und die Erarbeitung von Wissen aus dem analogen Lernprozess herauszulösen, um die Lehrerpersönlichkeit durch das Medium zu ersetzen. Der Lehrer, sein Unterricht und das Unterrichtsgespräch sind und bleiben im Unterricht die wesentlichen Punkte für alle Schüler.

186. Werte und Integration in der Schule fördern

Die für unser Zusammenleben entscheidenden Werte, z. B. Verantwortung, Teamfähigkeit, Ehrlichkeit, Fleiß, Verlässlichkeit, Toleranz, Kameradschaft, Gewaltfreiheit, Solidarität, individuelle Freiheit, Primat des Rechtsstaats und Demokratie, sollen in Schulen vermittelt werden.

Ebenso ist die Beherrschung der deutschen Sprache wesentlicher und unverzichtbarer Teil des Bildungsauftrags der Schule. Zu viele Schüler kommen ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Regelschulen und haben deshalb geringere Bildungschancen. Dies ist eine Herausforderung für den Staat ebenso wie für die betreffenden Familien, denen klare Signale gegeben werden sollten.

Schule und Gesellschaft brauchen ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit und Homogenität. Auch Schulveranstaltungen sind ein Mittel der Integrationsförderung; dazu gehören Klassenfahrten, Sportveranstaltungen oder Theateraufführungen, an denen alle teilnehmen.

Einheimische Schüler dürfen infolge des massiven Zuzugs von Kindern, die kein Deutsch sprechen, nicht in ihrer schulischen Entwicklung beeinträchtigt werden. Schüler von neu eingewanderten Migrant*innen, welche die deutsche Sprache nicht oder nicht ausreichend beherrschen, sind zunächst in Vorbereitungsklassen zu unterrichten. Schüler aus Familien mit Bleibeperspektive sollen auf einen Abschluss in Deutschland vorbereitet werden, Schüler ohne Bleibeperspektive auf eine Rückkehr in ihre Heimat. Die Übernahme der Schüler in die Regelklassen setzt gute Deutschkenntnisse sowie Fachkenntnisse voraus; diese sind durch Tests zu prüfen.

187. Ethikunterricht statt Religionsunterricht

Die AfD ist für die Ersetzung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen durch einen Ethikunterricht, der u. a. wesentliche Aspekte der Weltreligionen, unter besonderer Berücksichtigung des Christentums, enthält.

Sollte aus dem politischen Willensbildungsprozess dennoch eine Einführung islamischen Religionsunterrichts resultieren, muss dieser strikt grundgesetzkonform und frei von ausländischer inhaltlicher und finanzieller Einflussnahme sein.

188. Kopftuchverbot im Unterricht

Die AfD Niedersachsen spricht sich für ein Kopftuchverbot an allen öffentlichen Schulen und generell für Mitarbeiter in der Öffentlichen Verwaltung aus.

Das Kopftuch bei Schülern und Lehrkräften ist mit dem Gedanken der deutschen Leitkultur, in die sich alle Einwanderergruppen einzufügen haben, nicht vereinbar.

Die AfD tritt für ein leistungsfähiges, differenziertes, fachlich ausgerichtetes und durchlässiges Schulsystem ein. Grundsätzlich wird damit die Rückkehr zum bewährten dreigliedrigen Schulsystem angestrebt, welches über Jahrzehnte durch hervorragende Bildungserfolge den Wohlstand Deutschlands sicherte und weltweit als Vorbild diente. Dieses hervorragende Schulsystem, das den jungen Schülern in ihrer Entwicklung zu selbstständig denkenden Staatsbürgern und Berufstätigen unterstützt, basiert auf Erfahrung und Realitätssinn. Hier zeigt sich, dass die unterschiedliche Ausprägung von intellektuellen und praktischen Befähigungen durch kein Schulsystem aufgehoben werden kann. Die Annahme ist falsch, dass durch eine allgemeine Vergabe des Abiturs und einem Akademisierungswahn ein gesellschaftlicher Fortschritt erzielt werden kann.

Die AfD setzt sich dementsprechend für eine Stärkung des dualen Systems und die deutliche Profil-schärfung der allgemeinbildenden Schulen ein.

189. Die Hauptfächer stärken

Mathematik, Deutsch und Englisch sind die unverzichtbaren Fächer, die einen Schwerpunkt des Unterrichts darstellen müssen.

Wenn einem Hauptfach wie Mathematik tendenziell nur noch maximal drei Wochenstunden zur Verfü-

gung stehen, weil Nebenfächer einen immer weiteren Raum einnehmen, ist das ein Irrweg, der beendet werden muss.

190. Schule normal – trotz Corona

Durch die langen Schulschließungen aufgrund von Covid-19 konnten nicht alle Unterrichtsziele der letzten Schuljahre vermittelt werden. Das sog. Homeschooling konnte diesen Ausfall gerade in den Hauptfächern nicht kompensieren, so dass viele Schüler erhebliche Lernrückstände haben. Diese Lernrückstände müssen dringend aufgeholt werden, ansonsten droht eine weitere Verschärfung der Bildungskatastrophe.

Unsere Forderung: Schule muss wieder normal sein.

Der Unterricht sollte ohne Masken stattfinden, Förderunterricht am Nachmittag muss organisiert werden, freiwilliges Wiederholen einer Klasse muss möglich sein, unterrichtsfremde Inhalte sollten zugunsten des Wesentlichen gestrichen werden. Es darf keine Schulschließungen geben, denn die Schulen benötigen regulären Unterricht. Ein weiteres Absenken der Anforderungen bzw. des Niveaus kann keine Lösung sein und darf nicht stattfinden.

Mobile Impfstationen auf dem Schulgelände werden von uns entschieden abgelehnt.

Die Schulen werden heutzutage mit zu vielen Aufgaben belastet. Die Kernaufgabe ist jedoch die Erteilung von Unterricht für alle Schüler. Diese Kernaufgabe hat die Schule zuerst zu erfüllen. Sollte es aufgrund von mangelnder Unterrichtsversorgung oder von erhöhtem Krankenstand zu Personalengpässen im Schulalltag kommen, so ist zuvörderst der Regelunterricht für alle Klassen zu gewährleisten. Zusatzbedarfe wie Ganztagsunterricht, Förderunterricht oder Inklusion sind in diesem Falle nachrangig zu versorgen.

Die Landesregierung hat darüber hinaus für ausreichend Reserven zu sorgen, um insbesondere längerfristige Unterrichtsausfälle ggf. mit Springern etc. zu vermeiden.

191. Gendern abschaffen

Sprachwidriges Gendern wird in Deutschland von einer kleinen Minderheit in den ideologischen Zentren von Bundesregierung, Landesregierung, kommunalen Verwaltungen, Behörden, öffentlich-rechtlichem Rundfunk, privaten Rundfunksendern, Konzernen und Kirchen gegen ca. 70 % der deutschen Bevölkerung versucht durchzusetzen (z. B. Schornsteinfeger*innen und Schornsteinfegende).

Diese Begriffe sind nicht nur aus sprachwissenschaftlicher Sicht völlig unsinnig und stören die Präzision der Sprache, die Sprachökonomie und den Sprachfluss. Sie sind grammatikalisch falsch und auch nicht stringent für alle Begriffe durchzuhalten. Die AfD ist die einzige Partei in Deutschland, die sich gegen dieses von gleichgeschalteten Behörden, Institutionen und Konzernen beförderte unsinnige Gendern stellt, das sprachwidrig ist und unserer Sprache als historisch gewordenem kulturellem Schatz Schaden zufügt.

192. Schule ohne politische Indoktrination

Schüler sollen an staatlichen Schulen ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Weltanschauung gemeinsam erzogen und unterrichtet werden. In Erziehung und Unterricht soll die Freiheit zum Bekenntnis religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen geachtet und auf die Empfindungen Andersdenkender Rücksicht genommen werden.

Die Praxis der regierenden Altparteien wird diesem Anspruch nicht gerecht. Sie betrachten das niedersächsische Schulsystem als ihr parteipolitisches, weltanschauliches und ideologisches Machtinstrument. Dies spiegelt sich u. a. in der Verunsicherung von Kindern bezüglich ihres von Geburt an natürlichen Geschlechts, einer antideutschen EU-Propaganda und der Dämonisierung der AfD wider. Die Altparteien schrecken nicht davor zurück, das Schulschwänzen der „Fridays-for-Future-Bewegung“ als „Lernen durch Engagement“ zu verkaufen und damit Schüler zu instrumentalisieren.

Politische Indoktrination durch Lehrer richtet großen Schaden bei Schülern an: Sie werden in der Bildung eigener Urteile beeinträchtigt und zu einem bestimmten erwünschten Verhalten (political correctness) erzogen. Betroffene Schüler trauen sich in einem solchen Klima der Angst nicht mehr, ihre Meinung offen auszusprechen, weil sie schlechte Noten oder Anfeindungen fürchten.

Die Indoktrination in der Schule muss beendet werden.

193. Berufliche Bildung stärken

Der wirtschaftliche Erfolg seit der Gründung der Bundesrepublik wurde maßgeblich auf dem Fundament Handwerk, Handel und Industrie aufgebaut. Dies sind die Pfeiler, die den Wohlstand Deutschlands sichern.

Das Tandem aus Unternehmen und Berufsschulen ist schon lange ein Erfolgsmodell, welches mit der dualen Ausbildung aus Schülern gute Fachkräfte im jeweiligen beruflichen Kontext ausbildet. Dazu benötigen wir gut ausgebildete Haupt- und Realschulabsolventen mit Grundlagenwissen, auf dem die Erlangung beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten aufbauen kann. Wir wollen möglichst alle Schüler gemäß ihren Kenntnissen und Fähigkeiten ein Ausbildungsangebot machen können, damit sie durch ihren beruflichen Erfolg ihren Lebensunterhalt dauerhaft sichern können.

Erhalt und Ausbau des beruflichen Schulsystems sollen eine gute Entwicklung für die Menschen vor Ort, die Wirtschaft und unsere Gesellschaft fördern.

Die berufsbildenden Schulen dürfen dazu auch den Bereich der Weiter- und Fortbildungen im Sinne des lebenslangen Lernens nicht vernachlässigen. Hier gilt es, in Zusammenarbeit mit den Kammern aus Handwerk und Industrie bedarfsgerechte Bildungsgänge zum Nutzen der Fachkräfte anzubieten.

13. Kultur und Wissenschaft

Niedersachsen ist eine Wiege der deutschen Nation und ein bedeutender Kulturraum Nordeuropas. Wir pflegen unser Kulturerbe in den Traditionen des christlichen und freiheitlich denkenden Abendlandes. Unsere Leitkultur beinhaltet demokratische Selbstverfassung, Identität stiftendes Brauchtum und die Autonomie der Wissenschaften und Künste. Das Land Niedersachsen entstand aus Fürstenstaaten, Bistümern, Hansestädten und freien Bauernschaften. Diesen Binnenföderalismus gilt es zu bewahren bzw. wiederherzustellen. Pluralistische Meinungsbildung muss auch in den öffentlich-rechtlichen Medien verwirklicht werden. Kunstfreiheit als inhaltliche und Subsidiarität als wirtschaftliche Verantwortung ist maßgeblich in allen Belangen der Kulturpolitik.

194. Deutsche Sprache fördern und bewahren

Deutsch ist die angestammte Sprache, mit der sich unsere Nation verständigt. Ihre Literatur bewahrt unser kulturelles Wissen und gewährleistet das Verstehen von Generation zu Generation. Behörden und öffentliche Institutionen sind gehalten, sich in Wort und Schrift einer wohlgesetzten Umgangssprache zu bedienen. Der Gender-Sprache und fremdsprachigen Parallelgesellschaften erteilen wir eine Absage. Als schützenswerten geistigen Reichtum verstehen wir unsere landestypischen Mundarten.

Der Spracherwerb im Schulunterricht und in der Erwachsenenbildung muss auf höchste Qualitätsansprüche und entsprechende Leistungsprüfungen angelegt sein.

Wir fordern höhere Ankaufsetats für öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken, bei denen auch ein konservatives Themenspektrum sowie regionale Verlage und einheimische Autoren berücksichtigt werden.

Die Literaturgeschichte Niedersachsens – von der Ottonischen Renaissance über Humanismus und Aufklärung bis zur Heimatliteratur des 20. Jahrhunderts – soll durch Forschungsvorhaben, Veranstaltungen und Ausstellungen zu einem Schwerpunkt im kulturellen Gedächtnis ausgebaut werden. Durch umfangreiche Digitalisierung von historischem Schriftgut sollen Archive und akademische Einrichtungen ertüchtigt werden, ihre historischen Bestände für die Öffentlichkeit und die Forschung freier und leichter erreichbar zu machen.

195. Kultur in Bräuchen und Denkmälern erhalten

Viele Deutsche sind ratlos, vermutlich sogar sprachlos aufgrund des Verlustes der Tradition und der gesellschaftlichen Dekonstruktion. Diese Leere hat sich besonders durch die politisch gewollte Individualisierung bzw. Globalisierung verstärkt.

Die AfD ist konservativ im Sinne des christlichen Abendlandes. Wir schätzen die deutsche Lebensart und Identität in ihren ureigenen und vielfältigen regionalen Ausprägungen. Wir leben und lieben die deutsche Kultur in Verhaltensweisen und traditionellen Volksfesten.

Wir pflegen unsere regionale Kultur: Diese Nahräume, die Stadt, das Dorf, die Region benötigen wir, um im Zeitalter der Globalisierung bestehen zu können. Die Oldenburger, die Friesen und die Wendländer, alle benötigen regionale Anker, die ein Gefühl der Sicherheit schenken.

Wir wollen, dass das niedersächsische und ostpreußische Kulturgut digitalisiert wird, um leichter für jedermann zugänglich zu werden. Alles, was zur deutschen oder regionalen Kultur gehört, muss erhalten bleiben und sowohl politisch als auch finanziell gefördert werden. Wir verstehen die deutsche Geschichte als Kontinuum. Diese Kontinuität können wir erleben und sehen im deutschen

Brauchtum und in den architektonisch wertvollen Gebäuden und Denkmälern, beispielsweise den friesischen Bauern- und Fischerhäusern, den mittelalterlichen Burgen, den Fassaden der Gründerzeit oder in Bauten der Industriekultur.

Deshalb fordern wir die denkmalgeschützten Gebäude zu erhalten sowie kulturell bedeutende Bauwerke zu rekonstruieren. Wir befürworten die aktive Nutzung von Denk- und Ehrenmälern, denn diese sollen Teil des Schulalltags sein. Das Kulturgut der ehemaligen deutschen Ostgebiete soll bewahrt und vererbt werden.

196. Heimat und Industriemuseen sind ein lebendiger Teil unserer Geschichte

Ob Mühlen-, Brot-, Fischerei-, Bergbau-, Oldtimer- oder Heimatmuseum – regionale Museen unterhalten, überwiegend ehrenamtlich, vielfach wichtige kulturhistorische Sammlungen.

Wir fordern eine stärkere Förderung dieser Museen. Dies dient der Heimattradition und stärkt zugleich diese touristischen Attraktionen in den häufig ländlichen Kommunen.

197. Musik und Kunst mit klassischem Schwerpunkt

Wir stehen für eine moderne, wegweisende Kulturlandschaft und Kulturförderung, die sich ihrer Wurzeln, Traditionen und herausragenden historischen Schöpfungen bewusst ist.

Die klassische Hochkultur (Museen, Theater, Opern, Ballett, Sinfonieorchester) bedarf der staatlichen Subventionen. Auf diese Weise geförderte Einrichtungen sollen einen Schwerpunkt auf die herausragenden Werke der Geschichte legen.

Wir möchten breiten Bevölkerungsschichten den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen. Die Förderung von Musikschulen und Vereinen, die Stärkung der Fächer Kunst und Musik in den Schulen sowie unterstützende Programme wie „Wir machen die Musik“ möchten wir beibehalten sowie nach Möglichkeit ausbauen.

Wir kritisieren die zunehmende Politisierung der Kulturszene zugunsten des linken Mainstreams und der Political Correctness. Dadurch sind Themen wie Gender, Geschlechtergerechtigkeit, Antirassismus, Antikapitalismus und der sog. „Kampf gegen Rechts“ stark überrepräsentiert.

Künstler, die die AfD thematisieren möchten, laden wir ein, mit uns ins Gespräch zu kommen. Durch die Medien und den politischen Gegner ist ein völlig verzerrtes öffentliches Bild der AfD entstanden. Viele Inszenierungen haben dieses Bild bisher bedauerlicherweise unkritisch und die Tatsachen verdrehend weiterverbreitet.

Wir stehen für echte Kunstfreiheit, frei von politischen linken oder rechten Vorgaben so, wie es auch das Grundgesetz formuliert hat.

198. Medien müssen politisch unabhängig sein

Die Medienwirtschaft in Niedersachsen ist auf wenige Unternehmen konzentriert und bildet überwiegend einen linksliberalen Meinungsausschnitt ab. Die SPD-eigene Medien-Holding ddvg ist an zahlreichen norddeutschen Zeitungshäusern beteiligt, insbesondere an der Madsack-Gruppe, die wiederum über das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) eine zentralisierte überregionale politische Berichterstattung anbietet. Wir fordern die Herauslösung der SPD-Medienholding aus Beteiligungen und Kommanditstrukturen von Verlagen.

Echte Gewaltenteilung setzt auch eine Unabhängigkeit der Medien voraus, die es in Deutschland kaum noch gibt.

199. Verkleinerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Wir fordern, den Staatsvertrag des Landes Niedersachsen mit dem NDR im Jahre 2024 fristgerecht zu 2026 zu kündigen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner jetzigen Form ist nicht mehr zeitgemäß! Der „Grundversorgungsauftrag“ der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten umfasst derzeit noch Programmsparten, die von kommerziellen Anbietern bereits zur Genüge abgedeckt werden. Darum treten wir für eine strikte „Arbeitsteilung“ zwischen kommerziellem und nichtkommerziellem Rundfunk ein, bei der den nichtkommerziellen Angeboten die Aufgabe zukommt, nur diejenigen Programmsparten abzudecken, die von kommerziellen Rundfunkbetreibern nicht geleistet werden können.

Unser langfristiges Ziel ist der Ausstieg Niedersachsens aus allen Rundfunkstaatsverträgen. Stattdessen wird die Landesmedienanstalt mit dem Grundversorgungsauftrag für Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung in Radio und Fernsehen beauftragt, die diesen durch Lizenzierung kommerzieller und nichtkommerzieller Anbieter sicherstellt.

200. Abschaffung der Zwangsgebühr

Die zur Veranstaltung nichtkommerzieller Radio- und Fernsehangebote notwendigen Subventionen sollen nicht länger zwangsweise von den Bürgern aufgebracht werden. An die Stelle der Zwangsgebühr sollte eine Mischfinanzierung nichtkommerzieller Radio- und Fernsehangebote durch Abgaben von Medienkonzernen, Zuwendungen von Mäzenen und freiwillige Hörer- bzw. Zuschauerspendsen treten. Keine Subvention von Inhalten, die nicht der Subvention bedürfen!

201. Rundfunkräte direkt wählen

Wir wollen die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Anstalten (sofern diese bestehen bleiben) und die Aufsichtsräte der Landesmedienanstalten aus der Abhängigkeit von Parteien und Lobbygruppen befreien. Darum treten wir für eine Direktwahl der Mitglieder dieser Aufsichtsgremien durch die Bürger ein.

202. Entflechtung von „privatem“ Rundfunk und Pressekonzernen

Kommerzielle („private“) Radio- und Fernsehsender befinden sich oft in der Hand von Pressekonzernen. Wer bereits die Zeitungslandschaft beherrscht, sollte nicht auch noch Radio und Fernsehen beherrschen! Wir treten für eine Entflechtung von Presse und kommerziellem Rundfunk ein.

Heute werden selbst Meinungen in sozialen Netzwerken kontrolliert und überwacht. Wer „falsch“ denkt, ist schnell gelöscht. Dies führt zu voreilender Selbstzensur und damit zur Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Wir stehen für ein freies Internet, ohne Meinungszensur, ohne Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) und ohne Uploadfilter. Das Grundrecht der Meinungs- und Informationsfreiheit ist zu schützen und zu garantieren.

Mit Sorge registrieren wir, dass große ausländische Konzerne als Betreiber sozialer Medien inzwischen selbst Zensur ausüben, z. B. mittels ihrer „Gemeinschaftsstandards“, die zum Teil noch über die nach derzeitiger deutscher Gesetzeslage bestehenden Meinungsbeschränkungen hinausgehen. Wir wollen eine Gesetzeslage, die die Meinungsfreiheit im Netz garantiert und auf dem deutschen Markt vertretene Anbieter verpflichtet, diese Gesetzeslage zu achten.

203. Wissenschaft und Forschung, die wirklich frei sind

Der Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland ist abhängig von der Kreativität und dem Fortschritt seiner Forscher und Ingenieure. Während auf viele Lehrstühle und Studenten in den Geisteswissenschaften, insbesondere bei Gender- und Geschlechterforschung, verzichtet werden kann, gilt es die Lehre und Forschung in den MINT-Fächern zu intensivieren.

Wir stehen für eine grundsätzliche Freiheit der Wissenschaften und für die Freiheit der Forschungsaktivitäten der Wissenschaftler. Direkt oder indirekt politisch verordnete Einschränkungen, beispielsweise bei den Themen Kernenergie oder Gentechnik, gilt es zu beenden. Um Anschluss an Forschungstrends und an die Weltspitze zu behalten bzw. wieder zu erlangen, muss auch auf diesen, vom bisher vorherrschenden politisch korrekten Mainstream ausgegrenzten Bereichen wieder geforscht und gelehrt werden können.

Ähnlich wie bei der Kunst ist auch bei der Wissenschaft seit langem eine starke Politisierung zu erleben. Diese erkennt man an der Zahl der Lehrstühle unterschiedlicher Fachbereiche. Hier hat der klassisch-naturwissenschaftliche Bereich in den vergangenen Jahrzehnten stark gegenüber Themen wie Gender, Sozialwissenschaften und anderen Geisteswissenschaften verloren. Das gilt es bei künftigen Entscheidungen zu korrigieren.

14. Den Rechtsstaat schützen und die innere Sicherheit stärken

Innere Sicherheit ist eines der wesentlichen Politikfelder, die die Kernaufgaben des Staates darstellen:

Es geht um den Schutz unserer Bürger vor Kriminalität und Gefahren sowie um die Nothilfe im Unfall-, Katastrophen- und Havariefall.

204. Unabhängigkeit des Verfassungsschutzes herstellen

In Niedersachsen gibt es im Gegensatz zu anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland kein eigenständiges Landesamt für Verfassungsschutz, stattdessen gibt es nur eine Abteilung im Innenministerium, die mit den Aufgaben einer Verfassungsschutzbehörde betraut ist. Diese Abteilung ist an die Weisung ihres obersten Dienstherrn, des Ministers, gebunden. Dies zeigt die offensichtliche, parteipolitische Möglichkeit zur Einflussnahme des Innenministers auf die Arbeit der „Verfassungsschutz“-Abteilung in seinem Ministerium.

Die AfD fordert, dass eine Verfassungsschutzbehörde des Landes Niedersachsen ihre Arbeit unabhängig vom Politikbetrieb zu leisten hat.

Unabhängig davon, dass parteipolitische Einflussnahmen auf Behörden aller Ebenen immer eine Rolle spielen, muss bei der Aufstellung von Einrichtungen, deren Leiter nicht Regierungsmitglieder sind, auf Landesebene sichergestellt werden, dass die Gefahr einer parteipolitischen Instrumentalisierung und damit der Verlust der politischen Unabhängigkeit ausgeschlossen ist.

Dieses Erfordernis kann im Grundsatz nur gewährleistet werden, wenn sowohl die Struktur als auch die Kontrollmöglichkeit der Arbeit des Verfassungsschutzes dieser Maxime entsprechen.

Die AfD fordert daher die Einrichtung eines weitestgehend unabhängigen niedersächsischen Landesamts für Verfassungsschutz als eigenständige Landesbehörde mit einer Leitung, die einem dienstrechtlich zur Geheimhaltung verpflichteten, parlamentarischen Gremium jederzeit uneingeschränkt auskunfts- und rechenschaftspflichtig ist und in das Vertreter aller im niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien, unabhängig von einem Fraktionsstatus, gesandt werden.

205. Waffengesetz (WaffG) und die Angst des Staates vor den Bürgern

Aufgrund verschiedener terroristischer Anschläge in Europa wurde wiederholt das deutsche Waffengesetz (WaffG) verschärft. Es gilt als eines der schärfsten Waffengesetze der Welt. So bedauerlich die Anlässe waren, so wenig war es notwendig, hier weitere Verschärfungen vorzunehmen, die ausschließlich Personengruppen in Deutschland betreffen, die zu den zuverlässigsten und am meisten kontrollierten gehören. Auf Vorschlag der EU-Kommission hat das EU-Parlament in Reaktion auf die Terroranschläge von Paris im November 2015 die EU-Feuerwaffenrichtlinie geändert. Damit kommt es zu einer weiteren Verschärfung des Waffenrechts. Betroffen von der Verschärfung des ohnehin schon restriktiven Waffenrechts sind vor allem Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Die Gruppe der Legalwaffenbesitzer ist in Niedersachsen stark betroffen. Illegale, für terroristische Anschläge benutzte Waffen werden davon nicht erfasst. Die Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie lehnen wir weiterhin ab.

206. Keine weitere Verschärfung für Sportschützen, Jäger und Waffensammler

Letztmalig wurde in 2020 eine EU-Feuerwaffenrichtlinie erlassen, die aber das bisherige deutsche Waffenrecht bereits beinhaltet. Dennoch wird die Vorgabe der EU-Feuerwaffenrichtlinie genutzt, das ohnehin strenge deutsche Waffenrecht genau an diesen Stellen über das Maß der EU-Feuerwaffenricht-

linie hinaus zu verschärfen. Solche Änderungen sind nicht von der EU-Feuerwaffenrichtlinie gedeckt und entspringen offensichtlich dem Wunsch, den legalen Privatbesitz von Schusswaffen für schießsportliche, jagdliche und Sammlerzwecke weiter einzuschränken.

Weiter ist anzumerken, dass der Staat durch diverse Verschärfungen für den Bestand an Altwaffen, insbesondere in den Regelungen mit Bezug zur Eintragungspflicht von Vorderladerwaffen, nicht nur aktive Sportschützen, sondern auch unzählige Privatpersonen getroffen hat, die bisher legal Vorderladerwaffen aus vielerlei Gründen erworben haben. Plötzlich werden diese kriminalisiert.

Bereits zu dieser Zielsetzung muss festgestellt werden, dass die Sicherheit der Bevölkerung vor Terroranschlägen nicht dadurch verbessert werden kann, dass legale Waffenbesitzer in ihrem rechtmäßigen Umgang mit Waffen weiteren Restriktionen ausgesetzt sind. Stattdessen beinhaltet die EU-Feuerwaffenrichtlinie und somit auch die Umsetzung in nationales Recht neue Verbote, die sich allein gegen die allgemein hin als rechtstreu eingeschätzten Sportschützen, Jäger und Sammler, mithin gegen die Legalwaffenbesitzer richten. Das eigentliche Ziel der Gesetzesänderung wird mit diesen Regelungen nicht erreicht.

Wir als AfD Deutschland lehnen jede weitere Verschärfung des WaffG ab und unterstützen unsere Sportschützen, Waffensammler und die Jäger in ihrem Bestreben.

Statt Legalwaffenbesitzer zu kriminalisieren, ist dem illegalen Waffenbesitz und -handel ein Riegel vorzuschieben.

207. Linke Gewalt entschieden bekämpfen

Die Altparteien haben den Kampf gegen den Linksextremismus nicht nur aufgegeben. Sie haben ihn in den letzten Jahren nicht einmal geführt.

Der Linksextremismus überschreitet zunehmend die Schwelle zum Linksterrorismus. Wir fordern daher verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen den Linksextremismus.

Der Staat drückt schon lange ein Auge zu, wenn es um Gewalt von links geht. Im Jahre 2014 kippte die damalige Bundesministerin Schwesig (SPD) das Verbot der Förderung extremistischer Vereine durch den Bund. Aber auch auf Länderebene fließen seit Jahren Millionen von hart verdienten Steuergeldern in zwielfichtige Vereine und Initiativen „gegen rechts“. So finanziert der Staat seine erklärten Feinde. Linke Parteien wie Grüne, SPD und Linke (SED) nehmen dabei gerne in Kauf, dass politische Gegner bedroht, verfolgt und angegriffen werden. Renate Künast (Grüne) forderte gar 2020 ungeniert eine verlässliche Finanzierung dieser NGOs und Antifa.

Die Gewährung staatlicher Fördergelder muss wieder an eine Verpflichtungserklärung gekoppelt werden, keine extremistischen Strukturen zu unterstützen. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung einer verbindlichen Extremismusklausel.

Gewalttätige und -unterstützende linksextremistische und autonome Gruppen, die der sogenannten Antifa zuzuordnen sind, sind als terroristische Vereinigungen, die „Antifa“-Logos als verfassungsfeindliche Symbole einzustufen. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Privilegierung von „Antifa-Recherchen“ muss verhindert oder ggf. umgehend abgeschafft werden.

Darüber hinaus fordern wir das Verbot der linksextremistischen Plattform „Indymedia“.

208. Stärkung unserer Polizei in Niedersachsen

Niedersachsen braucht mehr Polizisten. Doch der Beruf des Polizisten hat deutlich an Attraktivität verloren. In Bezug auf Bezahlung, Ausstattung und Aufstiegsperspektiven ziehen immer mehr potenzielle Kandidaten andere Berufsfelder vor. Die Anforderungen an Polizeianwärter mussten bereits

gesenkt werden, um den dringendsten Bedarf zu decken. Es ist daher das Ziel der AfD Niedersachsen, durch eine grundlegende Reform von Struktur und Ausbildung die Stärke und Effektivität der Landespolizei Niedersachsen zu erhöhen und die Sicherheit unserer Bürger wirksamer zu schützen.

Wir sehen im Ausbau der Befugnisse der Ordnungsämter sowie dem Aufbau einer Ordnungspolizei nach Berliner Vorbild die Möglichkeit, die Polizei von Routineeinsätzen im Bereich von Verkehrs- und Ordnungswidrigkeiten unterhalb der Grenze zu Straftatbeständen zu entlasten. Die Aufnahme von Verkehrsunfällen, Geschwindigkeitskontrollen sowie die Überwachung des Straßenverkehrs müssen nicht von Polizisten durchgeführt werden.

Polizisten sind nach unserer Überzeugung nicht die Ermittlungsgehilfen der Staatsanwaltschaft, sondern wesentlich zum Schutz der Bürger unseres Landes vor Kriminalität und Verbrechen sowie zur Durchsetzung von Recht und Ordnung, wo die Sicherheit der Bürger gefährdet ist, einzusetzen.

Entsprechend geschulte Justizermittlungsbeamte könnten die Aufgaben der Polizei weiter auf den Kern ihres Auftrages fokussieren. Schutz vor Kriminalität und Verbrechenprävention!

Der Umfang, die Ausrüstung und die Organisation der Polizei muss zukünftig das Ergebnis einer polizeifachlichen Aufgabenkritik ihres gesetzlichen Auftrags sein. Eine fachfremde politische Einflussnahme und eine Personalpolitik nach Kassenlage lehnen wir ab.

209. Feuerwehren ausbauen und verstärken

Die Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen stehen immer komplexeren Aufgaben und Gefahren gegenüber. Für die schwierige Löschung einer zunehmenden Zahl von Elektrofahrzeugen ist teilweise nur unzureichende materielle Ausstattung vorhanden. Gleichzeitig stehen immer weniger ehrenamtliche, junge Einsatzkräfte zur Verfügung.

Der Brandschutz in Niedersachsen stützt sich überwiegend auf ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren. Wir sind auf die Leistungsbereitschaft und Motivation leistungsfähiger Einsatzkräfte angewiesen. Der ehrenamtliche Einsatz dieser einsatzfähigen Feuerwehrleute ist jedoch kein Karrierevorteil, sondern in den Augen vieler Arbeitgeber eine Einschränkung und daher ein Nachteil.

Die AfD fordert daher eine einsatzorientierte Entlohnung für Einsatz, Übung und Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehren und eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung dieser Leistung. Die AfD regt als Anreiz für freiwilligen Feuerwehrdienst ein Betriebsrentenmodell an, in dem sich zum einen geleistete Ausbildungsdienste, Dienste im Realeinsatz und Fernbleibezeiten von der Familie in Altersvergütung/-rentenpunkte niederschlägt.

Es soll sich lohnen, sich zu engagieren. Die Anerkennung der Gesellschaft muss mess- und spürbar sein. Wir brauchen mehr freiwillige Feuerwehreinsatzkräfte!

Die AfD fordert außerdem eine Überarbeitung des Berechnungsschlüssels und eine Anpassung der personellen und technischen Ausstattung der Berufsfeuerwehren und hauptamtlichen Feuerwehrkräfte. Der aktuelle Berechnungsschlüssel von hauptamtlichen Feuerwehrkräften auf die Anzahl der Einwohner spiegelt nicht die gestiegene Brandlast immer komplexerer technischer Bauwerke und Anlagen wider. Die Herausforderung der Elektromobilität sind darin weder technisch noch personell berücksichtigt.

Wir benötigen mehr Einsatzkräfte und weniger Verwaltung.

210. Unsere Rettungsdienste – wichtig und schützenswert!

Neben den Feuerwehrleuten sind die Rettungsdienste die Ersten vor Ort – bei einem Autounfall, einem Brand oder einem medizinischen Notfall. Ihre Aufgabe ist es, Hilfe zu leisten. Aber immer häufiger werden sie bei dieser Arbeit angegriffen oder bedroht.

Die Innenbehörden sprechen von einer steigenden Zahl der tätlichen Angriffe auf Rettungsdienstmitarbeiter. Allein im Jahr 2020 wurden in Niedersachsen und Bremen 216 Kräfte des Rettungsdienstes während eines Einsatzes mit einem Messer angegriffen. Eine veröffentlichte Studie des DRK sorgte für Aufsehen, da diese eine immer größer werdende Zahl von Aggressionen gegenüber Rettungskräften aufzeigte.

Die AfD Niedersachsen fordert, die Problematik der Übergriffe auf Mitarbeiter des bodengebundenen Rettungsdienstes im Einsatz wahrzunehmen und wird sich dafür einsetzen, bedarfsgerechte Lösungen zum Eigenschutz der betroffenen Personen zu finden und Rettungsdienste beispielsweise bei der Anschaffung von Stichschutzwesten zu unterstützen.

211. Verbesserung des Katastrophenschutzes

Die Flutkatastrophe im Ahrtal hat den Bundesbürgern gezeigt, welche Bedeutung ein funktionierender Katastrophenschutz hat und welche Folgen es für Leben und Gesundheit hat, wenn dieser versagt.

Wir Niedersachsen haben die Erinnerungen an die Katastrophen des Heidebrandes, der Hochwasser von Elbe und Leine sowie diverse Sturmfluten nicht vergessen.

Der Katastrophenschutz stützt sich auf die Einsatzkräfte der Feuerwehren, der Rettungsdienste, Polizei und Kreisverwaltung des betroffenen Landkreises. Technisches Hilfswerk und Bundeswehr werden bei Bedarf zusätzlich angefordert, wenn mehr als zwei Landkreise betroffen sind. Landeseigene Reserven fehlen und können nur über den Bund und zunehmend private Unternehmen ergänzt werden. Das schafft Friktionen, erhöht den Koordinierungsaufwand und kann in letzter Konsequenz Menschenleben, private und wirtschaftliche Existenzen kosten.

Die Ahrtal-Katastrophe hat uns gezeigt, dass wir weder technisch, organisatorisch, noch personell in der Lage sind, eine solch langanhaltende Krisensituation zu bewältigen. Die AfD fordert den Aufbau von Landeskatastrophenschutzeinheiten.

Wir in Niedersachsen sind nicht ausreichend gegen die einem massiven, überregionalen Stromausfall, geschützt.

Die Alternative für Deutschland fordert einen Ausbau des Katastrophenschutzes zum Schutz unserer Bürger. Dieser muss personell und technisch so verstärkt werden, dass unsere Bürger die Gewissheit haben, dass ihnen auch bei einer länger andauernden Großschadenslage schnell und effizient geholfen werden kann. Unsere Einsatzkräfte sind keine Maschinen und haben auch Familien; sie dürfen nicht auf Verschleiß gefahren werden.

212. Wieder Nahrungsmittelvorräte für den Krisenfall bereithalten

Außerdem müssen Lagerkapazitäten für Nahrungsmittel geschaffen werden, da landwirtschaftliche Produkte im Krisenfall ebenfalls nicht sofort lieferbar sind. Auch wenn es in der Vergangenheit mit der Landesreserve Vorsorge für Katastrophenfälle gab, so treten heute neue Anforderungen auf. Während früher militärische Aspekte im Vordergrund standen, so rückt jetzt die Vorsorge bei Pandemien, Umweltkatastrophen, Cyberattacken und Terroranschlägen in den Mittelpunkt der Überlegungen zum Schutz der Bevölkerung. Die Aufrechterhaltung der Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser, Strom, Medizinprodukten sowie der Erhalt einer intakten Infrastruktur müssen höchste Priorität haben.

Die AfD fordert, wieder Nahrungsmittelvorräte anzulegen, die der gestiegenen Krisengefahr Rechnung tragen.

213. Alarmierung von Einsatzkräften und Bevölkerung

In Deutschland gab es allein im Jahr 2020 etwa 10.000.000 Alarmierungen für die Rettungsdienste in zivilen und öffentlichen Einsatzszenarien.

Es werden etwa 100.000 freiwillige Helfer und etwa 50.000 hauptamtliche Rettungskräfte angesprochen. Außerdem werden etwa 35.000 Rettungssanitäter und Notärzte in Deutschland vorgehalten.

Dies ist ein unglaublich großer Apparat, der einer effizienten Steuerung bedarf, damit die Kosteneffizienz nicht verloren geht. Die Fehlbarkeit dieser Steuerung wurde bei dem Unglück im Ahrtal 2021 sichtbar.

Ein wichtiger Punkt ist die Alarmierung von Rettungskräften sowohl technisch, quantitativ wie auch fachlich qualifiziert. Leider ist in Deutschland das Alarmierungswesen in einem inhärenten, d. h. nicht optimal ausgeprägten Zustand.

Die Alarmierung von freiwilligen Einsatzkräften erfolgt über eigene analoge oder digitale Pager-Dienste der regionalen Einsatzleitzentralen. Damit werden all diejenigen Einsatzkräfte alarmiert, die im Besitz eines solchen Pagers sind. Die Einsatzleitungen wissen aber erst kurz vor dem Einsatz, wer tatsächlich verfügbar ist und zum Einsatz erscheint. Das ist hinsichtlich der Einsatzplanung keineswegs optimal.

Über zivile Mobilfunk- oder Telefonnetze werden weder Einsatzkräfte noch die Bürger alarmiert, obwohl diese Techniken vorhanden sind. Einzelne Kick-Off Projekte in diversen Landkreisen zeigen, dass die technischen Möglichkeiten vorhanden sind. Alarmsirenen, jahrzehntelang vernachlässigt und demontiert, stehen nicht mehr flächendeckend zur Verfügung. Diverse Landkreise sind dazu übergegangen, Altanlagen zu modernisieren und digital auszubauen. Auch hier werden Grenzen sichtbar, die der gesetzlichen Regelung bedürfen wie z. B. der Ausbau von GSM-Funkstrecken und die Sicherung des Notbetriebs von Funkstrecken.

Die Alarmierung und Information der Bürger und der Einsatzkräfte in Notlagen ist jedoch zwingend notwendig und muss auf moderne, breitere Methoden gestellt werden, um Menschenleben zu schützen und aus Gefahren zu retten!

Es ist inakzeptabel, dass die Politik leitende Katastrophenschutz- und Feuerwehrbeamte für das eigene Versagen bestraft.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Niedersachsen bei Gefahr alarmiert werden können. Auch gegen die Politik in Hannover!

214. Für ein freies Netz

Die AfD steht für vernünftigen Datenschutz und den Schutz der Bürger. Wir wehren uns gegen eine flächendeckende Überwachung, die alle Bürger zu potenziellen Verdächtigen macht.

215. Sport ist eine Investition in die Zukunft unserer Bürger

Der Sport begegnet uns in vielfältiger Form, vom Schulsport über Sportvereine, kommerzielle Fitnesszentren und z. B. Reha-Anwendungen. In der Verantwortung des Landes sind dabei sowohl über das Kultusministerium der Schulsport als auch über das Innenministerium die Förderung des Breiten- und Spitzensportes gegeben. Die Bedeutung des Sportes für die Gesundheit und Gesundheitsvorsorge ist allgemein unstrittig.

Die Sportvereine in Niedersachsen sind überwiegend ehrenamtlich aufgestellt und finanzieren sich über Mitgliedsbeiträge sowie über öffentliche Zuwendungen oder Kredite bei Bauvorhaben.

Der Breitensport kann und muss aber auch außerhalb von Vereinen gefördert werden, um der geänderten Arbeits- und Lebenswelt der Bürger in Niedersachsen gerecht zu werden.

Öffentlich zugängliche Sporteinrichtungen und Trimm-Dich-Pfade müssen wieder Einzug in öffentliche Grünanlagen erhalten, so wie auch Anreize geschaffen werden müssen, sich im Breiten- und Vereinssport zu engagieren. Krankenkassenbeiträge in Verbindung mit jährlich abgelegten Sportnachweisen zu reduzieren, erscheint uns ebenso sinnvoll, wie verletzungsgefährliche Extremsportarten mit erhöhten Krankenkassenbeiträgen an den vermeidbaren Kosten zu beteiligen.

15. Massenzuwanderung stoppen – unsere Identität schützen

216. Niedersachsen ist kein Einwanderungsland

Die aktuelle Politik verstößt gegen den Auftrag des Grundgesetzes, den „Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden“. Sie verletzt das Prinzip der nationalen Identität und nimmt die Destabilisierung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Kauf. Eine solche Politik stellt die seit der Aufklärung in Europa entwickelten Prinzipien von Volkssouveränität und Demokratie auf den Kopf.

Die Alternative für Deutschland tritt für ein tolerantes und weltoffenes Deutschland ein. Doch Welt-offenheit ist nicht gleichzusetzen mit offenen Grenzen und Toleranz bedeutet nicht die Pflicht zur Selbstaufgabe.

Wir betrachten es daher nicht nur als das Recht, sondern auch als die Pflicht der AfD, die jahrhundertealte Identität Deutschlands und der Niedersachsen zu schützen.

Unsere Identität ist in Gefahr. Der Anteil von Menschen ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung ist in Deutschland in den vergangenen 50 Jahren um etwa das Sechzehnfache gestiegen. Schon jetzt leben in Deutschland mehr als 18 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Bei einer im bisherigen Tempo weitergehenden Masseneinwanderung steigt die Zahl der Migranten bis 2050 auf mindestens 35 Millionen.

Für unsere Kinder fordern wir eine Abkehr von der Politik der Einwanderung: Deutschland – und damit auch Niedersachsen – ist kein Einwanderungsland.

217. Die Massenzuwanderung erfolgt in die Sozialsysteme

Die Altparteien behaupten seit Jahren immer wieder, die Bundesländer würden Zuwanderung benötigen, da es aufgrund der zurückgehenden Bevölkerungszahl sonst zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften komme. Tatsächlich geht aber ein großer Teil der gegenwärtigen Zuwanderung am Arbeitsmarkt vorbei und direkt in die Sozialsysteme. Der Anteil von Personen ohne Berufsqualifizierung ist bei Migranten mehrfach höher als bei Deutschen, so wie die Sozialunterstützungsquote bei Zuwanderern um mehr als das Doppelte höher liegt als bei Deutschen.

Die Masse der sogenannten Flüchtlinge des Jahres 2015 wird aufgrund fehlender sprachlicher und beruflicher Fähigkeiten langfristig von Sozialleistungen leben. Allein das Land Niedersachsen muss bereits jetzt pro Jahr etwa zwei Milliarden Euro für die Bewältigung der illegalen Zuwanderung aufwenden.

Die seit Jahrzehnten stattfindende Einwanderung bildungsferner Menschen nach Niedersachsen löst also nicht das demografische Problem, sondern verschärft seine Folgen auf dramatische Weise. Sie senkt den Bildungsstand der Bevölkerung und damit ihre Produktivität ab, sie hilft nicht gegen Fachkräftemangel, sondern erzeugt Arbeitslosigkeit und belastet den Staatshaushalt.

218. Verfassungswidrige Zuwanderung beenden

Die sogenannte Flüchtlingskrise der Jahre 2015/2016 hat etwa 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland gebracht, oftmals illegal.

Artikel 16a (2) des Grundgesetzes sagt eindeutig, dass Menschen, die aus einem Mitgliedstaat der EU oder aus einem anderen Drittstaat einreisen, kein Anrecht auf Asyl besitzen.

Das deutsche Asylgesetz verlangt in §18, einem Flüchtling die Einreise zu verweigern, wenn er aus einem sicheren Drittstaat einreist. Diese Regelung entspricht auch dem europäischen Recht. Das Bundesverfassungsgericht stellte dies bereits in einem Grundsatzurteil 1996 fest.

Die Massenzuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland und die Durchführung von Asylverfahren für diese ist somit ein glatter Verfassungsbruch und verstößt gegen geltendes deutsches und europäisches Recht.

Für die AfD Niedersachsen hat es oberste Priorität, dass Deutschland die vollständige Kontrolle über die Zuwanderung wiedergewinnt.

Daher fordern wir, ständige Grenzkontrollen wieder einzuführen und damit ein illegales Übertreten der deutschen Grenze zu unterbinden.

219. Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen

Die bislang besonders nachlässige niedersächsische Abschiebep Praxis muss sich allein am geltenden Recht und an den Interessen der Bürger dieses Landes orientieren.

Asyl bedeutet Zuflucht auf Zeit. Anerkannte Asylbewerber müssen nach Entspannung der Lage in ihrer Heimat konsequent zurückgeführt werden. Flüchtlingshilfe sollte grundsätzlich vor Ort geleistet werden.

Wir fordern die konsequente Rückführung illegaler Zuwanderer in ihre Heimatländer oder sichere Drittstaaten.

Wir fordern, die Abschiebehaf für ausreisepflichtige Personen bis zur Ausreise zu vollziehen, die vollständige Einstellung sämtlicher Geldzahlungen an Personen ohne gültiges Aufenthaltsrecht und die Beendigung von „Integrationsmaßnahmen“ für illegale Zuwanderer.

Wir fordern gleichfalls energische außenpolitische Maßnahmen, um die Rückführung illegaler Migranten und abgelehnter Asylbewerber in ihre Heimatländer zu ermöglichen. Fehlende Papiere dürfen kein Ausreisehindernis sein. Bei Bedarf müssen durch deutsche Behörden entsprechende Ersatzpapiere erstellt werden können. Die sogenannte „Härtefall-Kommission“ ist abzuschaffen.

Mit dem Geld, das Deutschland für die erfolglose Bewältigung der Flüchtlingskrise im eigenen Land aufwendet, könnte in den Krisengebieten weitaus mehr hilfsbedürftigen Menschen geholfen werden.

220. Einschränkung der Pull-Faktoren

Im internationalen Vergleich sind die Leistungen für Asylbewerber in Deutschland und Niedersachsen unverhältnismäßig hoch. Anerkannte Bewerber erwartet eine lebenslängliche materielle Absicherung.

Die Mittel dafür werden aufgebracht von Steuerzahlern, die schwer dafür arbeiten müssen, aber keine Wirtschaftsflüchtlinge eingeladen haben.

Die Großzügigkeit des deutschen Staates verursacht eine erhebliche Sogwirkung, die zum Tod vieler Menschen führt. Insbesondere Niedersachsen zeigt eine ausgeprägte Willkommenskultur für die sogenannten Flüchtlinge und erleichtert ihnen die Einreise über die Flughäfen und Bahnstrecken. In den meisten Fällen, ohne dass die Bevölkerung etwas davon mitbekommt. Das Land lädt damit schwere moralische Schuld auf sich. Die Asylanerkennung führt zu einer sofortigen Gleichstellung in allen sozialen Sicherungssystemen, ohne jede vorangegangene Teilnahme am Solidarsystem, insbesondere ohne Einzahlungen in dieses System. Diese Praxis belastet Niedersachsens Landesmittel und seine Kommunen unnötig und muss daher politisch geändert werden.

16. Verbrechen bekämpfen – Demokratie schützen

221. Für einen konsequenten Strafvollzug

Vertrauen in die Justiz ist essenziell. Justiz braucht Vollzug.

Die ökonomischen Standards der Gefangenen dürfen nicht höher sein als die Standards in Alten- oder Pflegeheimen. Wir nehmen es nicht hin, dass ein Straftäter im Gefängnis besser lebt als ein Rentner im Altenheim.

Die Arbeit von Strafgefangenen darf nicht in erster Linie dem Einkommenserwerb der Straftäter dienen, sondern muss wenigstens einen Teil der Gefängniskosten decken.

Viele Gefängnisinsassen sind Mitglieder von Banden oder kriminell-religiösen Vereinigungen. Die übrigen Gefängnisinsassen sind vor ihnen zu schützen. Wir wollen daher Angehörige derartiger Gruppierungen von den übrigen Strafgefangenen isolieren.

Drogen haben keinen Platz im Gefängnis. Die Persönlichkeitsrechte von Straftätern sind nachrangig, wenn es um das Aufspüren von illegalen Substanzen geht, z. B. im Rahmen routinemäßiger Durchsuchungen der Zellen durch Drogenhunde.

222. Maßregelvollzug verschärfen Resozialisierung nicht zu Lasten der Sicherheit

Gegenwärtig können die Gefängnisverwaltungen allein über die Gewährung von Lockerungen beim Strafvollzug, wie z. B. den offenen Vollzug, Urlaub und Freigang, ohne dass die Staatsanwaltschaft hiervon auch nur etwas erfährt, entscheiden. Wir wollen sicherstellen, dass die Gewährung von Lockerungen im Strafvollzug grundsätzlich von der Zustimmung der Staatsanwaltschaft abhängig ist.

Resozialisierungsmaßnahmen sind sehr kostenintensiv und werden vom Steuerzahler finanziert. Diese Mittel dürfen daher nur Straftätern zugutekommen, bei denen eine Resozialisierungsfähigkeit tatsächlich besteht. Für die Strafgefangenen dürfen Resozialisierungsleistungen nicht länger als Angebot verstanden werden; sie sind vielmehr als Chance zu begreifen, die sie sich verdienen müssen. Der im Strafvollzug dominierende Resozialisierungsgedanke darf den Anspruch der Allgemeinheit auf Schutz vor gefährlichen Straftätern keinesfalls zurückdrängen. Die Sicherheit der Bürger muss oberste Priorität haben.

223. Die politische Freiheit schützen

Während der deutsche Staat Beobachter in ferne Länder entsendet, um den demokratischen Charakter von Wahlen zu prüfen, sehen sich hierzulande Aktive der AfD Drohungen, Gewalttaten und Diskriminierungen ausgesetzt. Die Blockade von Demonstrationen und die Störung von Wahlkampfveranstaltungen der AfD sind Alltag geworden und verhindern eine faire und gleichberechtigte Teilnahme am Prozess der politischen Willensbildung. Ein Land, in dem die Veranstaltung einer Oppositionspartei nur unter Gefahr und durch einen Polizei-Kordon hindurch zugänglich ist, kann nicht mehr als eine vollgültige Demokratie bezeichnet werden.

Wir fordern daher eine Präzisierung des Versammlungsrechtes, die es unmöglich macht, Gegendemonstrationen in Sicht- und Rufweite einer politischen Veranstaltung abzuhalten. Die Teilnahme an Blockaden und gewalttätigen Demonstrationen muss empfindlich bestraft werden.

224. Wiederherstellung des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit

Der Rechtsstaat scheitert, wenn Rechtsbruch zu häufig ungesühnt bleibt und das Vertrauen in die staatliche Ordnung beim Bürger hierdurch zu sinken beginnt.

Seit Jahren nimmt Deutschland unter den EU-Mitgliedsstaaten die weitaus meisten Asylbewerber auf, die in der Regel illegal nach Europa einreisen und von einem der Vollversorgung dienenden Leistungssystem auf Kosten der Steuerzahler angezogen werden. Altbundeskanzlerin Angela Merkel hat sich in einer historisch einmaligen Fehlleistung im September 2015 über geltendes Recht hinweggesetzt und eine „Herrschaft des Unrechts“ installiert, wie dies der damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer bezeichnete. Diese „Herrschaft des Unrechts“ besteht bis heute fort und wird unter der neuen Bundesregierung mit Bundeskanzler Olaf Scholz weiter aufrechterhalten.

Besondere Schwerpunkte müssen nach unserer Überzeugung bei der Bekämpfung und Verfolgung von Gewaltkriminalität, Sexualstraftaten, Drogen- und Einbruchskriminalität sowie politisch oder religiös motivierter Kriminalität gesetzt werden. Die offenkundige Ignoranz gegenüber Straftaten aus linksextremen Unterstützerkreisen wollen wir beenden und auch hier den Rechtsstaat wieder in Vollzug setzen.

Die sogenannte Corona-Pandemie wurde außerdem von den Altparteien ausgenutzt, um nach und nach die Grundrechte außer Kraft zu setzen.

Als einzige demokratische Kraft fordert die AfD Niedersachsen kompromisslos die Einhaltung der Grundrechte und die Wiederherstellung des Rechts und widersteht dem schrankenlosen Einwanderungswahn sowie der Willkommensdiktatur der Altparteien.

225. Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte sichern

Die Vergabe von Richterstellen muss sich am Leistungsprinzip orientieren. Eignung, Befähigung und fachliche Leistung müssen die alleinigen Kriterien für die Besetzung einer Richterstelle sein. Die derzeitige Form der Besetzungsverfahren über das Justizministerium ermöglicht die Vergabe nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Einer Ämterpatronage ist somit Tür und Tor geöffnet. Werden „Vertrauensleute der Regierung“ systematisch bevorzugt, befördert das eine dem Staat geneigte Judikatur. Insbesondere die Verfassungsgerichte, aber auch die Rechnungshöfe sind vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen.

Wir wollen die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern aller Ebenen und Gerichtshöfe sowie von Staatsanwälten beenden und für die Zukunft ausschließen.

Um die Unabhängigkeit der dritten Gewalt zu stärken, werden wir ihre Selbstverwaltung ausbauen, indem wir einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat im Sinne des Modellvorschlags des Deutschen Richterbundes einrichten.

226. Jugendstrafjustiz beschleunigen, damit sie erzieherisch wirkt

Gerade im Jugendstrafrecht muss ein schnelles Handeln der Justiz gewährleistet sein. Um pädagogisch wirken zu können, muss eine kurze Jugendstrafe sehr schnell verhängt werden. Dies ist so wichtig, dass zu diesem Zweck neue Richterstellen geschaffen werden müssen. Auch kleinere Delikte wie Graffiti, Sachbeschädigungen oder Vermummung auf Demonstrationen müssen sofort bestraft werden. Die AfD Niedersachsen vertritt die „Theorie der zerbrochenen Scheibe“. Bereits eine zerbrochene Fensterscheibe oder ein einziges Graffiti führen unmittelbar zur Verwahrlosung des Wohnumfeldes. Saubere Wege und saubere Häuser sind ein wichtiges Element der Kriminalitätsprävention.

Falsche Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse oder die Lebensumstände von Tätern oder die Tolerierung vermeintlich geringfügiger Delikte setzen das falsche Zeichen. Wir dürfen nicht dazu ermuntern, die Grenzen auszutesten. Wir dulden keine „Kuscheljustiz“.

227. Jugendstraftäter nachhaltig resozialisieren

Jugendliche Wiederholungstäter müssen gezielt erzogen werden. Sie müssen lernen, sich in Selbstdisziplin und Selbstbeherrschung zu üben und erkennen, dass sich Verbrechen nicht lohnen. Die AfD Niedersachsen wird daher den Strafraumen deutlich erhöhen. Der erhöhte Strafraumen soll nicht in erster Linie zu längeren Gefängnisaufenthalten von Jugendstraftätern führen. Der Jugendliche soll vielmehr in einer ganz deutlich verlängerten Resozialisierungsphase erzogen werden. Die Gefängnisstrafen können durch den freiwilligen Aufenthalt in Besserungsanstalten ergänzt werden, welche die Reststrafe verkürzen.

Resozialisierung für Wiederholungstäter kann dann erfolgreich sein, wenn sie dauerhaft aus ihrem sozialen Umfeld genommen werden.

Durch Fußfesseln werden wir gewährleisten, dass Straftäter einer geregelten Arbeit nachgehen. Gehen sie der Arbeit nicht nach oder wird gegen Auflagen verstoßen, so wird die Strafe verlängert oder Kurzarrest im Gefängnis verhängt. In der Resozialisierung darf dem Straftäter in keinem Fall eine Sozialleistung als Geldleistung zugutekommen. Möchte der Straftäter Geld, so muss er hierfür arbeiten. Dem Straftäter soll bewusst werden, dass finanzieller Erfolg mit Arbeit zusammenhängt.

Die Resozialisierung von Jugendlichen darf auf keinen Fall mit Erlebnispädagogik verbunden werden. Es darf nicht sein, dass jugendliche Straftäter auf Staatskosten Reisen ins Ausland unternehmen können.

228. Die Streitschlichtung neu ordnen – Gerichte entlasten

Die Gerichte der ersten Instanz müssen entlastet werden.

Wir fordern daher die obligatorische außergerichtliche Streitschlichtung als zusätzliche Zulassungshürde vor der amtsgerichtlichen Erstinstanz für alle Streitwerte unter 600 €, soweit sie im bisherigen Gesetz nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist. Die juristischen Streitschlichter arbeiten ähnlich den Notaren als Organ der Rechtspflege.

Außerdem sollen bei gescheiterter Streitschlichtung die erforderlichen Sachverständigengutachten in gekürzten selbstständigen Beweisverfahren eingeholt werden. Der Streitschlichter gibt sodann eine juristische Stellungnahme mit Votum ab.

Den Streitschlichter muss der Unterlegene bezahlen, wenn das Votum des Streitschlichters mit dem Urteil der ersten Instanz übereinstimmt. Im Übrigen trägt die Staatskasse die Kosten. Die Gebühren der Streitschlichtung müssen dem Arbeitsaufwand des Streitschlichters angepasst werden.

Die obligatorische außergerichtliche Streitschlichtung soll nur durch Juristen erfolgen. Es darf sich keine Paralleljustiz etablieren. In keinem Fall ist die Scharia Teil der deutschen Rechtsordnung, auch nicht bei kleineren Konflikten.

229. Der Schutz der Bürger hat Vorrang

Es ist nicht hinnehmbar, dass Kriminelle in kürzester Frist wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Bei Wiederholungstätern ist Wiederholungsfahr als Haftgrund offenkundig und Untersuchungshaft daher grundsätzlich anzuordnen. Die vorhandenen Instrumente müssen durchgesetzt werden. Verdächtige mit ungeklärter Identität oder mehreren Staatsangehörigkeiten sind wegen Fluchtfahr generell in Haft zu nehmen. Die Zahl der Haftplätze muss erhöht, die Verfahrensdauer deutlich beschleunigt werden, um Abschreckungseffekte zu erzeugen.

Die aktuelle Praxis des niedersächsischen Strafvollzugs für besonders gefährliche Verbrecher ist unverantwortlich. In Niedersachsen entweichen jedes Jahr etwa 15 hochgefährliche Insassen aus dem Maßregelvollzug, mit oftmals schlimmen Folgen für die Bevölkerung. Es kommt immer wieder zu Gewaltver-

brechen sowie zu versuchten und vollendeten Tötungsdelikten durch entwichene Häftlinge. Dasselbe gilt für Häftlinge, die in Phasen von Lockerungen das Haftgelände für einen bestimmten Zeitraum legal verlassen dürfen.

Wir fordern daher, den Maßregelvollzug zu verschärfen, die Kapazitäten auszubauen und Hafterleichterungen einzuschränken. Der Schutz der Allgemeinheit hat für uns Vorrang vor der Resozialisierung einzelner Straftäter.

230. Schluss mit geschönten Statistiken

Die Kriminalitätsstatistik und wissenschaftliche Studien belegen die höhere Kriminalität von Ausländern sowie Deutschen mit Migrationshintergrund besonders bei der Gewaltkriminalität. Die Erfassung der Identität aller einreisenden Nicht-EU-Bürger ist ausnahmslos vorzunehmen. Die Ausweisung ausländischer Straftäter in ihre Herkunftsländer würde eine deutliche Erhöhung der Sicherheit zur Folge haben und muss durchgesetzt werden. Um präventiv besser wirken zu können, müssen alle Daten in der Kriminalstatistik zur Auswertung und Analyse erhoben und bereitgestellt werden.

231. Mehr Personal für die Justiz

Die Judikative ist eine wichtige Säule unserer Demokratie. Die Funktions- und Leistungsfähigkeit unserer Justiz gegen Kriminalität und bei der Bearbeitung von Zivil- und Verwaltungsverfahren kann nur mit noch mehr Personal nachhaltig gesteigert werden. Die Richterschaft, der Justizvollzugsdienst und andere Berufsgruppen in der Justizverwaltung stehen aufgrund der Altersstruktur in den nächsten Jahren vor einer Pensionierungswelle. Zudem gestaltet sich besonders im Justizvollzugsdienst die Nachwuchsgewinnung als schwierig.

Die AfD Niedersachsen fordert daher eine signifikante weitere Aufstockung des Personals, insbesondere bei Richtern, Staatsanwälten, Bewährungshelfern und Verwaltungsangestellten. Für den Justizvollzugsdienst ist eine wahrnehmbare Einstellungsoffensive durchzuführen sowie die Attraktivität dieses Berufes durch finanzielle Anreize zu steigern.

232. Personal im Strafvollzug richtig einsetzen

Auf der einen Seite sind völlig überlastete Staatsanwaltschaften und Gerichte sowie eine ausgedünnte und politisch am Gängelband geführte Polizei der Grund dafür, warum sogar bekannte Intensivtäter immer wieder ihr Unwesen treiben können. Auf der anderen Seite existiert in Niedersachsen ein ausgefeiltes System sozialer und rechtlicher Betreuung, das sich um die Belange von Straftätern kümmert von den strafrechtlichen Ermittlungen zu Beginn bis zur Zeit nach Verbüßung der Strafe zum Zwecke der Resozialisierung. Diese jahrzehntelange falsche Schwerpunktsetzung der Altparteien muss beendet werden. Natürlich sollen im erforderlichen Umfang auch Betreuungsangebote für Straftäter sichergestellt werden, um Resozialisierungschancen zu nutzen.

In erster Linie bedarf es aber einer konsequenten und zeitnahen Ahndung jedes Rechtsbruchs. Zu diesem Zweck wollen wir die erforderlichen finanziellen, materiellen und technischen Mittel bereitstellen, um Staatsanwaltschaften und Gerichte personell und materiell in die Lage zu versetzen, Straftaten konsequent und schnell aufzuklären, anzuklagen und Recht zu sprechen.

Eine handlungsfähige Justiz ist für uns eine Selbstverständlichkeit und gehört zu den Grundfaktoren für das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Hierfür ist neben der Schaffung neuer Stellen auch die Digitalisierung der Justiz voranzutreiben. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Verfahrensdauer bei Gericht erheblich verkürzt wird und Fristen gewahrt bleiben.

233. Größere Realitätsnähe der Strafjustiz herstellen

Bei Strafverfahren wegen schwerer Gewalt und/oder Eigentumsdelikten fallen Urteile gegen Angehörige mancher Gruppen oft unverhältnismäßig mild aus, was sowohl den Abschreckungseffekt der Strafverfolgung als auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Effizienz der Rechtspflege negativ beeinflussen muss.

Wir fordern daher, dass Richter an Strafkammern insbesondere in größeren Städten jeweils eine Woche pro Jahr die örtlichen Polizeikräfte in Problemgebieten im Streifen- und Einsatzdienst begleiten, um einen besseren Eindruck der Situation vor Ort zu bekommen.

234. Recht sprechen – kein Bonus für Prominente und Reiche

Sogenannte „Deals“ haben im Strafrecht nichts zu suchen. Bei Strafverfahren müssen am Ende Urteile stehen, die nicht wie Vergleiche anmuten. Wir fordern, dass im Strafverfahren die Wahrheitsfindung im Mittelpunkt steht und bei der Strafzumessung das Gesetz eingehalten wird.

Urteilsabsprachen im Strafverfahren, die einer quasi vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Gericht und den Verfahrensbeteiligten gleichkommen, stehen mit dem Rechtsempfinden der meisten Bürger nicht im Einklang und beeinflussen das Ansehen der Justiz sowie das Vertrauen der Bevölkerung in deren Unabhängigkeit nachteilig. Im Strafrecht haben Geschädigte und die Angeklagten ein Recht auf ein Urteil. In diesem Zusammenhang darf es keine sogenannten Prominentenboni bei der Strafzumessung geben. Wer das Gesetz bricht, soll ungeachtet seiner gesellschaftlichen Stellung bestraft werden.

Bei der Aussetzung von Strafen zur Bewährung fordern wir eine restriktivere Vorgehensweise. Straftäter dürfen nicht den Eindruck haben, dass die Begehung von Straftaten keine ernst zu nehmenden Sanktionen nach sich ziehen.

235. Effektivität im Justizsystem wiederherstellen

Die AfD Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass alle bestehenden Gesetze auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft und alle nicht notwendigen Gesetze aufgehoben werden. Insbesondere kann es nicht sein, dass die Gerichte immer wieder hastig und unüberlegt verfasste Vorschriften prüfen und aufheben müssen.

Ferner ist sowohl bei bereits bestehenden Gesetzen als auch beim Erlassen neuer Gesetze stets darauf zu achten, wie sie so gestaltet werden können, dass sie gut justiziabel sind. Das bedeutet, dass Gesetze einfache und klare Regeln enthalten sollen, die nach Möglichkeit bereits vom Ansatz her Zweifelsfragen nicht aufkommen lassen und Entscheidungskriterien enthalten, die an leicht ermittelbare Umstände anknüpfen.

236. Opfer- und Zeugenschutz ausbauen; Schutz der Richter

Zur wirksamen Verfolgung von Verbrechen der organisierten Kriminalität sowie von Gewaltverbrechen ist der Schutz der Richter insbesondere vor Einschüchterung sowie eine Stärkung des Opfer- und Zeugenschutzes erforderlich. Es muss verhindert werden, dass jemand aufgrund seiner Bereitschaft vor Gericht auszusagen ein zweites Mal zum Opfer wird. Auch dürfen Straftäter nicht deswegen ungeschoren davorkommen, weil sie Zeugen oder Richter einschüchtern konnten.

237. Opferanwälte für Nebenkläger

Wenn der Täter Anspruch auf einen Pflichtverteidiger hat, muss auch das Opfer über eine juristische Unterstützung verfügen. Wir wollen daher jedem Opfer als Nebenkläger im Strafverfahren kostenfrei einen Opferanwalt zur Seite stellen. Wir wollen zudem die Rechte von Opfern sowie deren

Angehörigen im Strafverfahren ausweiten. Insbesondere für traumatisierte Personen muss eine intensivere und individuell angepasste Opferbetreuung durchgeführt werden. Weiterhin wollen wir in Niedersachsens Gerichten geschützte Zeugenschutzzimmer und Vernehmungszimmer mit Videotechnik einrichten lassen, um auch hier eine Bedrohung und Beeinflussung auszuschließen.

238. Keine kulturellen und religiösen Vorbehalte – kein Scharia-Recht auf deutschem Boden

Unser Rechtssystem wird immer weiter aufgeweicht. Häufig werden Straftaten bei entsprechendem kulturellem Hintergrund der Täter nicht angemessen geahndet.

Wir lehnen jede Aufweichung der bestehenden deutschen Strafgesetzgebung aufgrund einer Rücksichtnahme auf Eigenheiten und Rechtsnormen anderer Kulturkreise ab. Religion, Kultur und Ideologie dürfen keinen mildernden Einfluss auf das Strafmaß haben.

Wir sind gegen jegliche Art von Paralleljustiz und fordern deren konsequente Verfolgung im Rahmen des geltenden Rechts. Wer in Deutschland leben möchte, hat sich über unser Rechtssystem zu informieren und es zu respektieren.

Eine Regelung von Konflikten nach dem Gesetz der Scharia, und sei es auch nur ansatzweise, darf es in Niedersachsen nicht geben.

Die bestehenden Rechtsnormen des Internationalen Privatrechts bleiben von dieser Stellungnahme unberührt.

239. Keine Staatsverträge mit den islamischen Verbänden

Jegliche Staatsverträge mit den islamischen Verbänden wie in Hamburg lehnt die AfD Niedersachsen kategorisch ab.

240. Keine Gendersprache in der Justiz

Gendergerechte Sprache hat in der Justiz nichts verloren. Klare, verbindliche Gesetze und Urteile, für die der Staat verantwortlich ist, bedürfen einer präzisen und korrekten Sprache. Die Verwendung gendergerechter Schriftsprache ist zu untersagen, um für Verständlichkeit und Klarheit zu sorgen.

241. Einfach gelagerte Strafverfahren zeitlich straffen

Wir wollen die niedersächsischen Staatsanwaltschaften ermutigen, das in der Strafprozessordnung vorgesehene beschleunigte Verfahren verstärkt einzusetzen, so dass zwischen Tat und Urteil nur wenig Zeit vergeht. Durch die zeitliche Straffung einfach gelagerter Strafverfahren kann die erzieherische Wirkung gerade auch bei Jugendlichen und Heranwachsenden besser zur Geltung kommen. Daher setzen wir uns dafür ein, das beschleunigte Verfahren auch auf das Jugendstrafrecht auszuweiten.

17. Die Europolitik gefährdet unseren Wohlstand

242. Schluss mit der Inflationierung unseres Geldes durch die EZB

Allein in den letzten zwei Jahren haben die Zentralbanken im Umfang von 16.000 Milliarden neues Geld geschaffen (ca. 4000 Milliarden Euro durch die EZB). Dies hat im Ergebnis zu zwei Effekten geführt. Die Vermögenspreise sind enorm gestiegen, d. h. viele Milliardäre haben durch Corona ihr Vermögen verdoppelt. Auf der anderen Seite hat das Geld die Spekulation mit Rohstoffen angekurbelt. Egal ob Holz, Kupfer usw., die Preise sind explodiert. Der Endverbraucher bekommt immer weniger für Lohn und Rente und muss immer mehr für Lebensmittel, Energie und Miete ausgeben.

Die AfD fordert daher ein sofortiges Ende der Inflationierung unseres Geldes durch die EZB und eine Rückkehr zur Stabilitätspolitik statt immer höherer Inflationsziele.

243. Bargeld muss weiter vollumfänglich Zahlungsmittel bleiben

Die EU-Kommission und auch der Europäische Gerichtshof haben in der letzten Zeit Entscheidungen getroffen, die das Bargeld immer weiter untergraben. Die Einführung eines digitalen Euro wird die Abschaffung zusätzlich vorantreiben.

Die AfD fordert daher eine verbindliche Annahme- und Ausgabepflicht für Bargeld in allen Bereichen der Wirtschaft durch die Verankerung im GG.

244. Ende der Finanzierung Südeuropas durch Target 2-Schulden

Mit aktuell 1200 Milliarden Euro ungedeckter, unbesicherter Target 2-Forderungen sind andere Euro-Zentralbanken bei der Bundesbank verschuldet. Namhafte Ökonomen warnen daher davor, dass die Bundesbank im Falle eines EU-Austritts von z. B. Italien insolvent würde und vom deutschen Steuerzahler rekapitalisiert werden müsste.

Die AfD fordert daher in einem ersten Schritt die sofortige Einhaltung der geltenden EU-Verträge, welche die aktuell betriebene rechtswidrige Staatsfinanzierung oder auch die Vergemeinschaftung der Schulden verbieten.

In einem 2. Schritt muss die Zuständigkeit in allen monetären Fragen (Geld, Banken, Steuern, Haushalte/Verschuldung...) in die nationale Hoheit zurückgeführt werden.

245. Enteignung der deutschen Sparer stoppen

Seit über 10 Jahren drückt die EZB das Zinsniveau für Sparer und Inhaber von Lebensversicherungen immer weiter auf zuletzt negative Werte. Dieser völlig absurde Zustand dient einzig und allein dazu, die völlig überschuldeten Eurostaaten insbesondere in Südeuropa irgendwie vor dem Kollaps zu retten. All dies geschieht aber auf Kosten der privaten und betrieblichen Alterssicherungen. Immer mehr Pensionskassen und Lebensversicherungen geraten daher in Schwierigkeiten, von negativen „Erträgen“ für Sparer und Versicherte ganz zu schweigen.

Die AfD fordert daher das sofortige Ende der Zinsmanipulation durch die EZB die zudem über Immobilienpreis-Explosion die Mieten immer weiter in die Höhe treibt.

18. Die Bundeswehr ist uns in Niedersachsen willkommen – wir stehen hinter unserer Bundeswehr

246. Streitkräfte sind wesentlicher Ausdruck staatlicher Souveränität!

Die AfD steht hinter der Bundeswehr, ihrer Einbindung in das kollektive Verteidigungsbündnis der NATO und bei der Erfüllung ihres militärischen Auftrages in Niedersachsen und im Ausland.

Wir begrüßen Übungen der Bundeswehr und verbündeter Truppen in der Fläche sowie das Wirken der Jugendoffiziere in den Schulen im Rahmen einer notwendigen sicherheitspolitischen Information; mithin sehen wir die Jugendoffiziere auch als notwendige „Werbeträger“ für den Beruf des Soldaten in einer Zeit der Aussetzung der Wehrpflicht!

Das Auftreten der Bundeswehr in Niedersachsen fördert die Verbundenheit der Bevölkerung mit den Streitkräften sowie das Verständnis für den Auftrag unserer Soldaten.

Unsere Verbundenheit gilt den Soldaten, den Reservisten, den Veteranen und ihren Familien. Der Soldat in Uniform muss geachteter Teil des öffentlichen Lebens in unserem Land sein.

247. Die Bundeswehr ist traditionell wichtig für Niedersachsen

Die AfD fühlt sich mit ihren Soldaten in einer die Generationen übergreifenden Tradition verbunden.

Niedersachsen ist mit seinen ca. 50 Standorten und NATO- Truppenübungsplätzen einer der bedeutendsten Stationierungsräume aller Teilstreitkräfte und übender NATO-Kontingente in Deutschland.

Die dauerhafte Präsenz deutscher Soldaten in Niedersachsen ist ein bedeutender Wirtschafts- und Sicherheitsfaktor. Streitkräfte sind Arbeitgeber, direkte und indirekte Steuerzahler durch die Soldaten und ihre Angehörigen sowie Auftraggeber für lokale Betriebe.

Zur gefechtsnahen Aus- und Weiterbildung sowie Inübunghaltung sind die im Land liegenden Truppenübungsplätze unverzichtbar. Über diese Nutzung hinaus bilden sie Biotop, gesuchte Lebensräume für die heimische Fauna und Flora.

Unsere ca. 30 000 Soldaten in Niedersachsen, das Landeskommando Niedersachsen, unsere Reservisten, sind uns willkommene und wertvolle Unterstützung im Katastrophenschutz; siehe Brand in der Lüneburger Heide, Hochwasserschutz an der Elbe, Einsatz der „Sanität“ wider das Virus!

Wir unterstützen den verfassungsgemäßen Einsatz der Bundeswehr in Niedersachsen und ihren Dienst im Rahmen der nationalen Sicherheitsvorsorge.

Wir fordern, dass ehemalige Liegenschaften und Kasernen für eine Nutzung durch die Bundeswehr in Krisenzeiten, d. h. den dann notwendigen Streitkräfteaufwuchs, in Betrieb gehalten werden. Sie dürfen nicht als „Flüchtlingsunterkünfte“ oder Gewerbebetriebe zweckentfremdet werden.

In Zeiten, in denen deutsche Panzer in einen fremden Krieg gesendet werden sollen, aber die verfassungsgemäße Verteidigungsfähigkeit unserer Nation darniederliegt, ist für die Wähler der Alternative für Deutschland die Bundeswehr ein Raum freien und treuen Dienens, welches wir im privaten und politischen Handeln stützen und fördern.

248. Krieg ist kein Mittel der Politik

Die AfD ist gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes. Zumal, wenn diese ohne UN-Mandat erfolgen. Die Aufgabe der Bundeswehr ist die Landesverteidigung im Rahmen des westlichen Bündnisses und nicht die Unterstützung geostrategischer Interessen anderer Länder.

Wir wenden uns daher auch entschieden gegen Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete, egal, ob in Europa, der arabischen Welt oder anderswo.

Diese Politik hat sich in über 70 Jahren bundesdeutscher Geschichte bewährt und muss beibehalten werden. Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz sind, gerade für uns als Deutsche, Grundelemente der Demokratie und daher in anderen Ländern ebenfalls einzufordern.

